

### **3. Sitzung**

Mittwoch, 14. Dezember 2011

#### **Inhalt**

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
- 1.1. Personalangelegenheiten  
Wahl eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates
2. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 2. Sitzung der 4. Session der 14. Gesetzgebungsperiode
3. Einlauf
- 3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
- 3.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend Verkauf von landeseigenen Grundstücksteilflächen in Obertauern im Gemeindegebiet von Untertauern  
(Nr 206 der Beilagen)
- 3.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend die Einräumung eines Kaufoptionsrechtes an den landeseigenen Liegenschaften EZ 30218, 30014 und 30214, je Grundbuch 56537 Salzburg, für die Gemeinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft m.b.H.  
(Nr 207 der Beilagen)
- 3.1.3 Bericht der Landesregierung über den Nationalpark Hohe Tauern für das Jahr 2010, insbesondere über die Gebarung des Salzburger Nationalparkfonds, an den Landtag gemäß § 26 NPG  
(Nr 205 der Beilagen)
- 3.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesrechnungshofgesetz 1993 und das Landtags-Geschäftsordnungsgesetz geändert wird  
(Nr 255 der Beilagen)
- 3.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Ortstaxengesetz 1992 und das Kurtaxengesetz 1993 geändert wird  
(Nr 256 der Beilagen)
- 3.1.6 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Betriebsfestigungsgesetz geändert wird  
(Nr 257 der Beilagen)
- 3.1.7 Vorlage der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots  
(Nr 258 der Beilagen)
- 3.2 Anträge
- 3.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler betreffend die Personalkürzungen in den sogenannten "Kleinen Anstalten" des Landes  
(Nr 259 der Beilagen)

- 3.2.2 Antrag der Abg. Mag. Hagenauer und Steidl betreffend die Vermeidung der Beschaffung und Verwendung von Produkten aus Kinderarbeit  
(Nr 260 der Beilagen)
- 3.2.3 Antrag der Abg. Mag. Meisl, Riezler und Ing. Mag. Meisl betreffend die Erhöhung von Gebühren in Zusammenhang mit der Sachwalterschaft  
(Nr 261 der Beilagen)
- 3.2.4 Antrag der Abg. Steidl und Dr. Solarz betreffend Lärmschutzmaßnahmen auf der A 1 Westautobahn im Bereich Lieferung  
(Nr 262 der Beilagen)
- 3.2.5 Antrag der Abg. Dr. Solarz und Ing. Mag. Meisl betreffend die Einführung der gemeinnützigen Arbeit als zusätzliche Weisungsmöglichkeit ins (Jugend-)Strafrecht  
(Nr 263 der Beilagen)
- 3.2.6 Antrag der Abg. Mag. Rogatsch, Dr. Stöckl und Mag. Scharfetter betreffend die Einführung einer europäischen Ratingagentur  
(Nr 264 der Beilagen)
- 3.2.7 Antrag der Abg. Mag. Rogatsch, Dr. Pallauf und Ottenbacher betreffend die Schaffung von Grundlagen für die Errichtung von Kinder- und Jugendlichen-Rehabeinrichtungen in Österreich  
(Nr 265 der Beilagen)
- 3.2.8 Antrag der Abg. Dr. Stöckl, W. Ebner und Schwarzenbacher betreffend die steuerliche Absetzbarkeit von finanziellen Aufwendungen im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit  
(Nr 266 der Beilagen)
- 3.2.9 Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend Senkung des Verwaltungsaufwandes bei der Ausstellung von Jahreskarten des Salzburger Verkehrsverbundes  
(Nr 267 der Beilagen)
- 3.2.10 Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend Sicherstellung der Bahnverbindung zwischen Salzburg und Graz  
(Nr 268 der Beilagen)
- 3.2.11 Antrag der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler betreffend die Regelung der Familienzusammenführung im Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz  
(Nr 269 der Beilagen)
- 3.3 schriftliche Anfragen
- 3.3.1 Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Förderung von Hausstandsgründungen  
(Nr 208 der Beilagen)
- 3.3.2 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. November 2011  
(Nr 209 der Beilagen)

- 3.3.3 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Bereitstellung und Schaffung von Mandatswohnungen  
(Nr 210 der Beilagen)
- 3.3.4 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betreffend die Kosten für die Übersiedlung des China-Büros  
(Nr 211 der Beilagen)
- 3.3.5 Anfrage der Abg. Mag. Rogatsch, Dr. Pallauf, Ottenbacher und W. Ebner an die Landesregierung betreffend die Abweisungen von in einer Notsituation befindlichen Müttern mit Kindern in vom Land Salzburg geförderten oder betriebenen Einrichtungen und betreffend die Einrichtung, Führung und den Betrieb der Jugendwohlfahrtseinrichtung "Nidus"  
(Nr 270 der Beilagen)
- 3.3.6 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend den Umbau des Krankenhauses Zell am See  
(Nr 271 der Beilagen)
- 3.3.7 Anfrage der Abg. Dr. Schöchgl und Ottenbacher an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die "Leitlinie Schulbuffet"  
(Nr 272 der Beilagen)
- 3.3.8 Anfrage der Abg. Dr. Schöchgl und Dr. Kreibich an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz von Juli bis Dezember 2011  
(Nr 273 der Beilagen)
- 3.3.9 Anfrage der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend mittelfristige Fördervereinbarungen im Bereich der Erwachsenenbildung  
(Nr 275 der Beilagen)
- 3.3.10 Anfrage der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend Integration und Inklusive Bildung  
(Nr 276 der Beilagen)
- 3.3.11 Anfrage der Abg. Pfeifenberger und J. Ebner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betreffend den Auslastungsgrad in der Hotellerie  
(Nr 277 der Beilagen)
- 3.3.12 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betreffend die Beteiligung des Landes Salzburg an der "Initiative Netzwerk Winter"  
(Nr 278 der Beilagen)
- 3.3.13 Anfrage der Abg. Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landesrat Eisl betreffend PKW Stellplätze für Menschen mit Behinderung  
(Nr 279 der Beilagen)
- 3.3.14 Anfrage der Abg. Zehentner und Mag. Schmidlechner an Landesrat Eisl betreffend die landwirtschaftlichen Schulen in Salzburg  
(Nr 280 der Beilagen)
- 3.3.15 Anfrage der Abg. Riezler und Ing. Mag. Meisl an Landesrätin Dr. Widmann betreffend die ehemaligen Landeskindergärten und den Landeskindergarten Schanzlgasse  
(Nr 281 der Beilagen)

- 3.3.16 Anfrage der Abg. Dr. Pallauf und Ottenbacher an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend die Sozialreferentenkonferenz (Nr 282 der Beilagen)
- 3.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft
- 4. Aktuelle Stunde  
Steigende Bodenpreise – wie reagiert Salzburg?
- 5. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
  - 5.1 Mündliche Anfrage von Abg. Rosemarie Blattl an Herrn Landesrat Sepp Eisl betreffend eine Novellierung der Salzburger Feuerpolizeiordnung
  - 5.2 Mündliche Anfrage der Abg. Dr. Pallauf an LHStv. Mag. Brenner betreffend das Kunstprojekt „White Noise“
  - 5.3 Mündliche Anfrage der Abg. Dr. Rössler an Landesrat Walter Blachfellner betreffend den EURATOM-Vertrag
  - 5.4 Mündliche Anfrage von Abg. Friedrich Wiedermann an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Wilfried Haslauer betreffend die Umsetzung von Straßenbauvorhaben
  - 5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Schwaighofer an Landesrätin Schmidjell betreffend berufliche Inklusion
- 6. Dringliche Anfragen
  - 6.1 Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Herrn LHStv. Mag. David Brenner betreffend den "Land Salzburg Corporate Governance Kodex" – Nr 284 der Beilagen
  - 6.2 Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Herrn Landesrat Eisl betreffend Suspendierungen im Landesdienst – Nr 283 der Beilagen
- 7. Berichte und Anträge der Ausschüsse
  - 7.1 Bericht des Finanz- sowie Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) und das Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2012 (Nr 212 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)
  - 7.2 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz zur Festlegung von Ausgabenobergrenzen für das Land Salzburg sowie zur Festlegung von allgemeinen Regelungen und Haftungsobergrenzen für das Land und die Gemeinden des Landes Salzburg (Salzburger Finanzrahmengesetz 2012 – 2014) (Nr 213 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)
  - 7.3 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Landes-Verfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1999 geändert wird (Nr 214 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)

- 7.4 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landwirtschaftskammergesetz 2000, das Salzburger Landarbeiterkammergesetz 2000, das Jagdgesetz 1993, das Fischereigesetz 2002, das Schischul- und Snowboardschulgesetz sowie das Salzburger Bergsportführergesetz geändert wird  
(Nr 215 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.5 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem die Salzburger Landarbeitsordnung 1995 geändert wird  
(Nr 216 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Neuhofer)
- 7.6 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem Teile des in der Stadt Bischofshofen gelegenen Güterwegs "Kreuzberg" als Landesstraße II. Ordnung übernommen werden  
(Nr 217 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Dr. Schöchli)
- 7.7 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem die L 263 Wallersee Landesstraße als Landesstraße aufgegeben wird  
(Nr 218 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Dr. Schöchli )
- 7.8 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landeselektrizitätsgesetz 1999 geändert wird  
(Nr 219 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.9 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 1990 geändert wird (Wohnbauförderungsgesetz-Novelle 2011)  
(Nr 220 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)
- 7.10 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Ök.-Rat Illmer, Dr. Kreibich, Dr. Schöchli und W. Ebner betreffend den Zustand der Unterkünfte des Österreichischen Bundesheeres in der Schwarzenbergkaserne  
(Nr 221 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Dr. J. Sampl)
- 7.11 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Novellierung des Salzburger Mindestsicherungsgesetzes  
(Nr 222 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Riezler)
- 7.12 Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Ök.-Rat Illmer, Mag. Rogatsch und Mag. Scharfetter betreffend die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union  
(Nr 223 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.13 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Steidl und Ing. Mag. Meisl betreffend die Errichtung von Pkw-Stellplätzen für Menschen mit Behinderung  
(Nr 224 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Steidl)
- 7.14 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Rogatsch, Dr. J. Sampl, Dr. Pallauf und Ottenbacher betreffend die Einrichtung eines Pilotprojektes "Pflege-BHS" als Schulversuch  
(Nr 225 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Mag. Rogatsch)

- 7.15 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zum Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend Perspektiven der zukünftigen Stromversorgung für Österreich  
(Nr 226 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)
- 7.16 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler betreffend Entlastung der Schulen von Verwaltungsarbeit  
(Nr 227 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Schwaighofer)
- 7.17 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Salzburger Landesrechnungshofes betreffend Dienstfahrzeuge Teil I – Last- u. Sonderfahrzeuge, September 2011  
(Nr 228 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)
- 7.18 Bericht des Petitionsausschusses zur Petition gegen die 380-kV-Leitung über den Gaisberg  
(Nr 229 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Dr. Rössler)
- 7.19 Bericht des Finanzausschusses zum Dringlichen Antrag der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler betreffend die Personalkürzungen in den sogenannten "Kleinen Anstalten" des Landes  
(Nr 285 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Schwaighofer)
- 7.20 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Verkauf von landeseigenen Grundstücksteilflächen in Obertauern im Gemeindegebiet von Untertauern  
(Nr 286 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Ing. Mag. Meisl)
8. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 8.1 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend das Digitalfunknetz "Tetron"  
(Nr 230 der Beilagen)
- 8.2 Anfrage der der Abg. Mag. Rogatsch und Dr. Kreibich an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Umsetzung des Blaulichtfunkes  
(Nr 231 der Beilagen)
- 8.3 Anfrage der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Zuteilung von BeratungslehrerInnen  
(Nr 232 der Beilagen)
- 8.4 Anfrage der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend den Masterplan Integration  
(Nr 233 der Beilagen)
- 8.5 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Oktober 2011  
(Nr 234 der Beilagen)
- 8.6 Anfrage der Abg. Dr. Pallauf und W. Ebner an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Einführung eines eigenen Faches "politische Bildung"  
(Nr 235 der Beilagen)

- 8.7 Anfrage der der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Entwicklung von Planstellen im Pflichtschulbereich  
(Nr 236 der Beilagen)
- 8.8 Anfrage der Abg. Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betreffend die Gebühreinehebung beim Kauf einer Jahreskarte beim Salzburger Verkehrsverbund  
(Nr 237 der Beilagen)
- 8.9 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend die doppelte Geschäftsführung beim Fußballstadion Wals Siezenheim  
(Nr 238 der Beilagen)
- 8.10 Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner - betreffend die im Jahr 2010 gewährten Zuwendungen an die Sport-Dachverbände  
(Nr 239 der Beilagen)
- 8.11 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner - betreffend die Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmer  
(Nr 240 der Beilagen)
- 8.12 Anfrage der Abg. Dr. Pallauf und W. Ebner an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend die Finanzierung der Veranstaltungsreihe Yellow Lounge Salzburg  
(Nr 241 der Beilagen)
- 8.13 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Eisl betreffend ein neues Gehaltssystem im Landesdienst  
(Nr 242 der Beilagen)
- 8.14 Anfrage der Abg. Zehentner und Mag. Eisl an Landesrat Eisl betreffend das Bienensterben in Salzburg  
(Nr 243 der Beilagen)
- 8.15 Anfrage der Abg. Kosmata und Steidl an Landesrat Eisl betreffend die Energieberatung Salzburg  
(Nr 244 der Beilagen)
- 8.16 Anfrage der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landesrat Blachfellner betreffend Informationen über besonders besorgniserregende Chemikalien  
(Nr 245 der Beilagen)
- 8.17 Anfrage der Abg. Riezler und Dr. Solarz an Landesrätin Dr. Widmann betreffend die Förderkulissee im Bereich der Kinderbetreuung  
(Nr 246 der Beilagen)
- 8.18 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Dr. Widmann - betreffend die Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmer  
(Nr 247 der Beilagen)

- 8.19 Anfrage der Abg. Mag. Hagenauer und Riezler an Landesrätin Dr. Widmann betreffend das Integrationsleitbild und Integrationsprojekte im Bundesland Salzburg  
(Nr 248 der Beilagen)
- 8.20 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Dr. Widmann - betreffend Mandatswohnungen im Bundesland Salzburg  
(Nr 249 der Beilagen)
- 8.21 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend die Errichtung eines Pflegezentrums in der Christian-Doppler-Klinik  
(Nr 250 der Beilagen)
- 8.22 Anfrage der Abg. Mag. Rogatsch und Dr. J. Sampl an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend die Tarifverhandlungen mit Schulärzten und Schulärztinnen  
(Nr 251 der Beilagen)
- 8.23 Anfrage der Abg. Ottenbacher und Dr. Pallauf an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend Psychosoziale Versorgung – Planung NEU  
(Nr 252 der Beilagen)
- 8.24 Anfrage der Abg. Dr. Kreibich, Ing. Schwarzenbacher und Ottenbacher an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer - betreffend die Neuorganisation der Flugrettung in Salzburg  
(Nr 253 der Beilagen)
- 8.25 Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer - betreffend Mandatswohnungen im Bundesland Salzburg  
(Nr 254 der Beilagen)

- . . . - . . . -

**(Beginn der Sitzung: 9:05 Uhr)**

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen allen einen schönen guten Morgen. Ganz herzlich bei uns begrüßen möchte ich eine Klasse der HIB Saalfelden und eine Klasse des Akademischen Gymnasiums mit ihren Professoren und eine Gruppe der ÖVP Berndorf. Herzlich willkommen hier in den Zuschauerrängen. (Allgemeiner Beifall)

Schüler der Gartenbauberufsschule Kleßheim werden um ca 10:30 Uhr auch in den Landtagssaal kommen. Um ca 12:15 Uhr werden uns auch heuer wieder die Anklöpfler besuchen. Die Spenden werden dieses Jahr St. Anton in Bruck an der Glocknerstraße für das Wohnhaus für Menschen mit Behinderung als Beitrag zur Adaptierung und Küchenausstattung übergeben.

Um 14:00 Uhr werden wir mit den Ausschussberatungen beginnen. Für 19:00 Uhr wurde Sitzungsende beantragt. Sollten wir bis dahin die Tagesordnung nicht erledigt haben, werde ich die Sitzung unterbrechen und morgen Donnerstag um 9:00 Uhr wieder aufnehmen.

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Das Wort Energiewende wurde in diesem Jahr oft gebraucht und ich freue mich, dass ich nun die Dokumentation der Enquete des Salzburger Landtages „Der Salzburger Weg zur Energiewende“ heute druckfrisch präsentieren kann. Ich denke, dass bei dieser Enquete namhafte Experten uns einen Weg gezeigt haben, gemeinsam mit den Diskutanten, den Damen und Herren Abgeordneten und Regierungsmitgliedern, wie wir die Energiewende in Salzburg schaffen können. Die Publikationen oder die Einträge zeigen auch, dass es eine große Aufgabe sein wird, auch für die Mitglieder des Salzburger Landtages und für die Landesregierung hier Maßnahmen zu setzen, dass auch gesetzliche Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Energiewende, der wir uns alle verschrieben haben, auch umgesetzt werden kann.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die hier mitgewirkt haben, die Vortragenden, die Mitglieder der Landesregierung, die ihre Beiträge geleistet haben, Landesrat Walter Blachfellner und Landesrat Sepp Eisl und vor allen Dingen auch bei der Landtagsdirektion, die diese Enquete organisiert und auch die Mitschrift verfasst hat. Es ist ein großer Aufwand und ich glaube dieses Thema ist so wichtig, dass eine Enquete dafür gut angesetzt war. Noch einmal. Ich möchte allen empfehlen, hier dieses Buch auch zu genießen und die Meinungen der Experten hier herauszunehmen. Noch einmal allen einen herzlichen Dank, die hier mitgewirkt haben, und ich glaube, dass die Publikation dieser Enquete sicher für die Maßnahmen der Zukunft sehr wichtig ist. Dankeschön allen, die das umgesetzt haben.

Ich komme nun zum

## **Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung**

Landeshauptfrau Mag. Burgstaller ist ganztägig entschuldigt. Landesrätin Dr. Widmann ab 15:00 Uhr, Abgeordneter Dr. Sampl vormittags, Abgeordneter Steidl ganztags, Abgeordneter Ing. Sampl ganztägig und Abgeordneter Kosmata ab 12:00 Uhr. Entschuldigt sind auch die Bundesratspräsidentin Mag. Neuwirth, Bundesrat Gruber, Bundesrat Saller und Bundesrat Wenger ganztägig. Ich rufe nun den Punkt

### **1.1 Personalangelegenheiten, Wahl eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates**

Das Ersatzmitglied des Bundesrates, Herr Wimmreuter, hat schriftlich mitgeteilt, dass er auf sein Mandat verzichtet. Herr Wimmreuter ist Ersatzmitglied für Bundesrat Manfred Gruber. Wir haben gemäß unserer Geschäftsordnung nunmehr ein neues Ersatzmitglied zu wählen. Ich ersuche Herrn Klubvorsitzenden Mag. Meisl um die Erstattung des Wahlvorschlages. Bitte Herr Klubvorsitzender!

**Abg. Ing. Mag. Meisl:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Nach dem Verzicht von Andreas Wimmreuter auf die Funktion des Ersatzmitgliedes für den Bundesrat schlage ich namens des SPÖ-Landtagsklubs Herrn Landtagsabgeordneten Ökonomierat Robert Zehentner als neues Ersatzmitglied für Bundesrat Manfred Gruber dem Salzburger Landtag zur Wahl vor. Die Zustimmungserklärung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag liegt Dir, sehr geehrter Herr Präsident, vor und ich ersuche Dich, wie in der Präsidialkonferenz vereinbart, um Durchführung der Wahl mit offener Abstimmung sowie um Veranlassung aller weiteren Schritte.

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke Herr Klubvorsitzender. Sie haben den Wahlvorschlag für ein Ersatzmitglied des Bundesrates gehört. Die Einverständniserklärung von Herrn Abgeordneten Ökonomierat Zehentner liegt mir vor. Wie gesagt in der Präsidialkonferenz wurde vereinbart, offen darüber abzustimmen. Wer für den Wahlvorschlag, Herrn Abgeordneten Ökonomierat Zehentner als Ersatzmitglied für Herrn Bundesrat Gruber zu wählen, einverstanden ist, den bitte ich ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe! Damit ist Robert Zehentner einstimmig zum Ersatzmitglied des Bundesrates gewählt worden. Ich gratuliere zur Wahl. (Allgemeiner Beifall) Damit rufe ich den

## **Punkt 2: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 2. Sitzung der 4. Session der 14. Gesetzgebungsperiode**

auf. Meine Damen und Herren! Das Protokoll der 2. Sitzung der 4. Session der 14. Gesetzgebungsperiode ist allen Landtagsparteien zeitgerecht zugegangen. Einwände dagegen sind in der

Landtagsdirektion nicht eingelangt. Wer mit der Genehmigung des Protokolls einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe die einstimmige Genehmigung. Danke. Als nächstes rufe ich auf

### **Punkt 3: Einlauf**

#### **3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung**

3.1.1 **Vorlage** der Landesregierung betreffend Verkauf von landeseigenen Grundstücksteilflächen in Obertauern im Gemeindegebiet von Untertauern - Nr 206 der Beilagen

3.1.2 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Einräumung eines Kaufoptionsrechtes an den landeseigenen Liegenschaften EZ 30218, 30014 und 30214, je Grundbuch 56537 Salzburg, für die Gemeinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft m.b.H. - Nr 207 der Beilagen

3.1.3 **Bericht** der Landesregierung über den Nationalpark Hohe Tauern für das Jahr 2010, insbesondere über die Gebarung des Salzburger Nationalparkfonds, an den Landtag gemäß § 26 NPG - Nr 205 der Beilagen

3.1.4 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landesrechnungshofgesetz 1993 und das Landtags-Geschäftsordnungsgesetz geändert wird - Nr 255 der Beilagen

3.1.5 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Ortstaxengesetz 1992 und das Kurtaxengesetz 1993 geändert wird - Nr 256 der Beilagen

3.1.6 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Betriebsfestigungsgesetz geändert wird - Nr 257 der Beilagen

3.1.7 **Vorlage** der Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots- Nr 258 der Beilagen

Im Einlauf befinden sich sechs Vorlagen und ein Bericht der Landesregierung. Ich gehe davon aus, dass auf eine Verlesung verzichtet wird. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Damit sind alle Geschäftsstücke zugewiesen.

## 3.2 Anträge

Im Einlauf befindet sich ein

### 3.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler betreffend die Personalkürzungen in den sogenannten „Kleinen Anstalten“ des Landes – Nr 259 der Beilagen

Ich ersuche die Schriftführerin Frau Abgeordnete Dr. Solarz um Verlesung des Antrages der Grünen. Bitte!

**Abg. Dr. Solarz** (verliest den dringlichen Antrag):

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Zur Begründung der Dringlichkeit hat der Antragsteller jeweils fünf Minuten und dann jede Landtagspartei die Möglichkeit fünf Minuten. Herr Abgeordneter Schwaighofer bitte!

**Abg. Schwaighofer:** Hohes Haus! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Besucherinnen und Besucher!

Ich gehe jetzt nicht darauf ein, dass es in Salzburg nach wie vor in Sparzeiten Geld gibt, um Geschäftsführungen doppelt zu besetzen, wo ohnedies die Arbeit immer weniger wird, sondern ich möchte eher unser gemeinsames Bemühen, das uns alle täglich in diesem Fall wirklich vereint, im Bereich der Behindertenpolitik und –betreuung zum Thema hier machen. Ich möchte das extra herausstreichen, das eint uns glaube ich wirklich alle vier Parteien, dass wir in den letzten Jahren viel bewegt haben in diesem Bereich, was die bessere Betreuung, die Verbesserung der Chancen von Menschen mit Beeinträchtigung, von Menschen mit Behinderungen betrifft in vielen Einrichtungen dieses Landes.

In diesem dringlichen Antrag geht es einfach darum, einen Teilbereich, der offensichtlich auch in die Mühlen der Verwaltungseinsparungen geraten ist, von diesen Einsparungen auszunehmen, weil es da darum geht Menschen zu betreuen und dort, gerade bei diesen Menschen, bei den Schwächsten, bei den Kleinen unserer Gesellschaft, dort wollen wir sicherlich alle gemeinsam nicht sparen, daher dieser dringliche Antrag, damit diese Angelegenheit so rasch wie möglich erledigt wird. Es geht um die sogenannten kleinen Anstalten - ich habe bis vor kurzem, gebe ich zu, auch nicht genau gewusst was damit gemeint ist -, es geht um drei Einrichtungen, um das Landeszentrum für Hör- und Sehbildung, das unter anderem auch die Josef-Rehrl-Schule, das ist uns besser bekannt, beinhaltet, und das Konradinum in Eugendorf und um das Sozialpädagogische Zentrum in

Kleßheim, das vielleicht für viele bekannt ist mit dem Institut für Heilpädagogik, mit dem Mutter-Kind-Heim, das jetzt etwas anders heißt, und mit einem Tagesheim für Kleinkinder.

Also überall Gruppen von Menschen, von Jugendlichen, von Kindern, die unserer Hilfe im besonderen Maß bedürfen. Offensichtlich ist es im Zuge der Personaleinsparungen des Landes dazu gekommen, dass auch diese Einrichtungen von diesen Sparzielen erfasst werden sollten und zum Teil erfasst wurden. Das war aber sicherlich glaube ich nicht die Absicht, in diesen Bereichen auch Einsparungen wie im Verwaltungsbereich, wo sich vielleicht durch Effizienzsteigerung, durch Rationalisierung das eine oder andere verbessern lässt und auch an Personal einsparen lässt, hier auch in der Weise durchzuführen. Wir wissen, dass sich die Arbeit am Menschen und dort kann man nicht, bei der Arbeit mit Menschen mit Behinderung kann man nicht effizienter werden, sondern wir wissen, dass wir eher mehr Zeit brauchen, mehr Zuwendung brauchen und dergleichen Dinge mehr und daher auch hier, bin ich überzeugt, in unser aller Sinn Einsparungen völlig fehl im Platz sind, wenn wir wissen, dass es gerade bei diesen Kindern auch um ihre zukünftigen Chancen geht, weil das ist auch eine bekannte Tatsache. Was wir nicht in diesen frühen Jahren versuchen noch zu verbessern an Chancen, an Möglichkeiten, an Bildungschancen zu nutzen, das ist nicht mehr aufzuholen.

Daher unser Anliegen, dass wir heute Nachmittag uns darauf verständigen können, dass wir diese Bereiche, die ich genannt habe, nach Möglichkeit, nicht nach Möglichkeit, sondern dass für diese Bereiche keine Einsparungen gelten sollen, sondern dass dort die Personalsituation mindestens gleich gut bleiben muss wenn nicht, wo es notwendig ist, auch verbessert werden soll. Es sind Beispiele genannt worden, wo durch Pensionierungen Personal wegfällt, das nicht mehr nachbesetzt werden soll, und wir brauchen uns da ja nur bildlich vorstellen, was das in Einrichtungen wie dem Konradinum und den anderen vergleichbaren Einrichtungen heißt. Daher meine große Bitte an alle, dass wir heute gemeinsam am Nachmittag beschließen, diesen Einrichtungen ihre so wichtige Arbeit nicht zu erschweren, indem wir die Personalkürzungen und Einsparungen dort auch durchziehen. Dankeschön.

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Als nächste zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Pallauf bitte.

**Abg. Dr. Pallauf:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten! Liebe Gäste!

Dieser dringliche Antrag betrifft die sogenannten „Kleinen Anstalten“, wie Du, Cyriak, auch ausgeführt hast. Eine Anstalt, die auch dazugehört, noch dazugehört, ist die Landespflegeanstalt, denn sie gibt es noch. Es werden auch dort Menschen nach wie vor betreut. Diese „Kleinen Anstalten“

erbringen aber große Arbeit und diese große Arbeit ist nämlich deswegen so groß, weil sie am Menschen erbracht wird, und weil dieses eine ganz besondere Arbeit ist! Von den Menschen, von den Bediensteten, die das machen, weil es ist eine fordernde Arbeit und es ist eine Berufung, glaube ich, so wie ich auch bei meinem letzten Besuch im Konradinum feststellen konnte bei der Weihnachtsfeier. Und es war nicht nur berührend, es war großartig, was ich dort diese paar Stunden, die ich dort war, miterleben durfte.

Ja, dort wird große Arbeit geleistet. Ja, dort gibt es Menschen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen, und ihn unterstützen, fördern, ein Zuhause geben und sehr wertschätzen. Es gibt aber auch, und das können wir nicht ganz weglassen, es gibt ein Budget, das wir letzte Woche diskutiert haben, es gibt einen Regierungsbeschluss, der Richtlinien festlegt, wie dieses Budget zu erstellen ist. Alle Regierungsmitglieder haben das ausverhandelt. Ich weiß, das ist eine sehr schwierige Sache und genau in diesen Richtlinien und auch in diesem Budget, das wir schon im Ausschuss diskutiert haben, wurde auch der Personalbereich diskutiert. Hier wurde der Beschluss gefasst, dass in Summe eine Einsparung von 1,75 Mio Euro darstellbar sein muss. Ich glaube sogar, dieses Wort "darstellbar sein muss", ist in diesen Richtlinien und im Beschluss drinnen. Das betrifft jedes Ressort, aber einen Absatz weiter gibt es auch die Bestimmung und die Vereinbarung, dass jedes Ressort Schwerpunkte setzen muss, kann, soll, auch jedes Ressort umschichten kann, wie die Notwendigkeiten sind.

Ich weiß gerade in dem Ressort, gerade in diesem Bereich, von dem wir jetzt sprechen, in diesem Bereich der Anstalten, die Schwerbehinderte, Mehrfachbehinderte betreuen, die ihnen Lebensumstände bieten und in denen Menschen Wertschätzung entgegengebracht wird, ja dort ist es ein sehr personalintensiver Bereich. Ja, das ist richtig und genau dort müssen die Menschen sein, weil hier die Menschen im Mittelpunkt stehen und Du hast richtig gesagt, Cyriak, das eint uns über jede parteipolitische Grenze, dass gerade diese Menschen unserer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. Aber genau diesen Beschluss, um nicht zu sagen Pacta sunt servanda, hat jeder gekannt, was hier unterschrieben wird und genau diese Umstrukturierungen, das steht jedem Ressortmitglied auch zu. Ich sage, ja hier sind wahrscheinlich Änderungen, Umschichtungen, Schwerpunkte zu setzen und das wird eine nicht leichte Aufgabe sein, aber diese Aufgabe wird die Ressortleiterin in Angriff zu nehmen haben und das wird sie auch umsetzen.

Wir stimmen selbstverständlich der Dringlichkeit dieses Antrages zu. Ich denke wir werden sehr intensiv auch am Nachmittag im Ausschuss noch diskutieren. Die Menschen, um die es geht, die stellen wir da selbstverständlich in den Mittelpunkt. Danke. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Als nächste zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Riezler bitte.

**Abg. Riezler:** Hohes Haus! Werte Gäste!

Wie viel Personal notwendig ist in den „Kleinen Anstalten“ damit dort weiterhin gute Arbeit geleistet werden kann im Sinne der Kinder und im Sinne der Menschen mit Beeinträchtigung, die dort betreut werden, aber auch im Sinne der Beschäftigten dort, das werden wir uns noch genau anschauen müssen heute im Ausschuss und natürlich stimmen wir der Dringlichkeit des Antrages zu.

Frau Kollegin Pallauf hat schon gesagt mit Regierungsbeschluss, mit Budgetbeschluss 2009 wurden die Personaleinsparungen festgelegt und sie sind jetzt mit Ende des Jahres 2011 auch weitgehend abgeschlossen. Es zeigt sich aber, dass ein weitgehend linearer Abbau natürlich zu Problem führt insgesamt, Kollege Schwaighofer hat es ja genau ausgeführt, wenn es darum geht mit Menschen zu arbeiten. Wir haben als Beispiel ja auch schon immer die Jugendämter gehabt, wo wir einen anderen Weg gegangen sind. Wir haben uns genau angeschaut, wie viel Personal ist notwendig, um die so dringende Arbeit abdecken zu können.

Im Konradinum, besonders wo mit ganz schwerstbehinderten Menschen, mit Kindern gearbeitet wird, die sonst nirgendwo anders untergebracht werden können, dort fällt sehr, sehr viel Arbeit an und ich möchte auch mein Dankeschön an alle dort ausrichten, die dort arbeiten. Es ist eine sehr anstrengende, eine sehr fordernde Arbeit. Im Antrag, Cyriak Schwaighofer, hast Du auch erwähnt, dass es mehr Budget für die Behindertenhilfe gibt, warum nicht mehr Personal. Das Finanzressort wird von uns geführt und in Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner wurde beschlossen Schwerpunkte zu setzen. Dort, wo mehr notwendig ist, muss es auch mehr Geld geben. Einfach nur radikal überall gleich zu handeln, das funktioniert nicht. Ich würde mir wünschen, dass das im Bereich Personal genauso laufen würde. Jetzt, nachdem die Beschlüsse fast alle umgesetzt worden sind, ist es Zeit, sich das wieder neu anzuschauen, ist es auch Zeit zu schauen, wo wird Personal benötigt, wo ist noch etwas nötig abzubauen. Wir brauchen mehr Flexibilisierung innerhalb der Ressorts. Es ist zu wenig, nur einen Ausgleich innerhalb eines Ressorts zu haben, weil wo bitteschön wo soll das Sozialressort groß noch umstrukturieren.

Ich habe mir jetzt die Zahlen auch genau angeschaut, wie viel Personal gibt es in allen Abteilungen. In der Abteilung 3 sind es eben 89,73, Gesundheit 52,55, in der Landwirtschaft 228,83, in der Abteilung 6 Landesbaudirektion, Hochbau, Verkehrsinfrastruktur, Maschinenbau, Elektrotechnik und Krafffahrwesen 480. Mir ist bewusst, dass da die Straßenmeisterei dabei ist, aber Abteilung 4 und 6 in Summe hat 31 % aller Beschäftigten inklusive der BHs. Wir müssen uns fragen, ob das noch wirklich den Aufgaben des Landes entspricht. Ich kann mich noch erinnern an die Schule früher. Jeder Lehrer hat geglaubt sein Fach ist das wichtigste. Anders wird es jetzt in der Regierung auch nicht sein, aber Herr Landesrat Eisl, ich glaube ich sage es im Namen eines sehr, sehr großen Anteils der Bevölkerung im Land Salzburg: Landwirtschaft ist nicht das wichtigste Ressort.

Wir müssen also genau in Zukunft schauen, wo kann Personal eingesetzt werden, wo können wir Verschiebungen vornehmen. Wir müssen unsere Aufgaben, die wir haben, so gut wie möglich bewältigen. Das ist eine Herausforderung für die Zukunft. Wir stellen uns dieser Herausforderung und wir werden heute Nachmittag noch genau schauen, wie die weitere Vorgangsweise für die „Kleinen Anstalten“ sein wird. Danke. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Ich sehe derzeit keine Wortmeldung. Bitte Cyriak Schwaighofer!

**Abg. Schwaighofer:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen!

Das war ein schönes Beispiel dafür, wie in der Politik Anspruch und Wirklichkeit auseinander klaffen können. Schöne Worte, viel Verständnis, aber die Realität ist eine andere, weil wir eine Koalition haben, bei der auf der einen Seite die ÖVP sagt, die ÖVP-Vertreterin hier heroben, ja den Menschen in den Mittelpunkt stellen, ganz wichtig, ist unser oberstes Ziel, aber das Problem verweisen wir auf das zuständige Regierungsmitglied, das von der anderen Partei ist, das von der SPÖ ist, die sollen das machen. Von der Vertreterin der SPÖ wird mindestens gleich die Wichtigkeit dieses Anliegens betont und es wäre notwendig, ressortübergreifend endlich zu planen. Ich frage mich als Oppositionspolitiker warum tun sie das dann nicht, warum tut diese Regierung das nicht und warum haben wir, der Meinung bin ich auch, völlig unzeitgemäß aufgeblähte Bereiche im Bauwesen und in anderen Bereichen. Dort, wo wir wissen, dass aus der Demographie heraus und aus unserem Verständnis von Chancengerechtigkeit wir einfach mehr Ressourcen brauchen, dass man dort nicht entsprechend konsequent umschichten kann.

Es ist für mich letztendlich ein Armutszeugnis, dass diese Regierung nicht in der Lage ist, solche Dinge zu lösen, die keine großartigen sind und die jedem einleuchten, sondern sich jede der beiden Regierungsparteien auf ihre Position zurückzieht. Die einen sagen ist nicht unser Bier, geht uns nichts an, sind die anderen zuständig und die andere Seite sagt ja, wenn wir umschichten könnten, dann könnten wir es lösen. Ich appelliere noch einmal daran, diese kleinkarierte Regierungsparteienstreiterei hintanzustellen und zu sagen ja in diesem Fall müssen wir so etwas aussetzen.

Eine weitere Anmerkung noch. Gerade die Wortmeldung von der Ingrid Riezler zeigt uns ja oder bestätigt mich darin, dass es absolut unsinnig ist, Ausgabenobergrenzen in den einzelnen Ressorts über Jahre hinweg festzulegen. Wir begeben uns ja jeglicher wirklicher Flexibilität, wenn wir das wieder fortschreiben, dass der Sozialbereich im nächsten Jahr soviel haben darf, der Bildungsbereich soviel und dass im Straßenbau auch so und soviel da sein muss. Politik wäre ja genau die Gestaltung dieser Bereiche. Das muss endlich einmal da herinnen auch Platz finden in dieser großen Koalition, dass man nicht sozusagen versucht, dem anderen, der ein Ressort verwaltet, das halt einfach wachsende Aufgaben hat, möglichst eng zu schnüren und man eigene Bereiche mit

Zähnen und Klauen verteidigt. Also in Budgets und auch in solchen kleineren Bereichen muss sich doch widerspiegeln, dass sich etwas verändert hat und dass sich rasant etwas weiterverändern wird in diesem Land bei der Schwerpunktsetzung in der Politik. Ich bitte noch einmal und ersuche noch einmal, dass am Nachmittag wir nicht mehr bei Bekenntnissen bleiben und darauf verweisen, dass alles schon beschlossen wurde, sondern dass wir wirklich dann das tun, was ich jetzt gehört habe, nämlich die betroffenen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und adäquate Lösungen zu suchen. (Beifall der Grünen- und FPÖ-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Daher komme ich zur Abstimmung. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit dieses Antrages einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Somit ist die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich zehn Anträge.

3.2.2 **Antrag** der Abg. Mag. Hagenauer und Steidl betreffend die Vermeidung der Beschaffung und Verwendung von Produkten aus Kinderarbeit - Nr 260 der Beilagen

3.2.3 **Antrag** der Abg. Mag. Meisl, Riezler und Ing. Mag. Meisl betreffend die Erhöhung von Gebühren in Zusammenhang mit der Sachwalterschaft - Nr 261 der Beilagen

3.2.4 **Antrag** der Abg. Steidl und Dr. Solarz betreffend Lärmschutzmaßnahmen auf der A 1 Westautobahn im Bereich Lieferung - Nr 262 der Beilagen

3.2.5 **Antrag** der Abg. Dr. Solarz und Ing. Mag. Meisl betreffend die Einführung der gemeinnützigen Arbeit als zusätzliche Weisungsmöglichkeit ins (Jugend-)Strafrecht - Nr 263 der Beilagen

3.2.6 **Antrag** der Abg. Mag. Rogatsch, Dr. Stöckl und Mag. Scharfetter betreffend die Einführung einer europäischen Ratingagentur - Nr 264 der Beilagen

3.2.7 **Antrag** der Abg. Mag. Rogatsch, Dr. Pallauf und Ottenbacher betreffend die Schaffung von Grundlagen für die Errichtung von Kinder- und Jugendlichen-Rehabeinrichtungen in Österreich - Nr 265 der Beilagen

3.2.8 **Antrag** der Abg. Dr. Stöckl, W. Ebner und Schwarzenbacher betreffend die steuerliche Absetzbarkeit von finanziellen Aufwendungen im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit - Nr 266 der Beilagen

3.2.9 **Antrag** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend Senkung des Verwaltungsaufwandes bei der Ausstellung von Jahreskarten des Salzburger Verkehrsverbundes - Nr 267 der Beilagen

3.2.10 **Antrag** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend Sicherstellung der Bahnverbindung zwischen Salzburg und Graz - Nr 268 der Beilagen

3.2.11 **Antrag** der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler betreffend die Regelung der Familienzusammenführung im Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz - Nr 269 der Beilagen

Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke damit sind diese zehn Anträge zugewiesen

### **3.3 schriftliche Anfragen**

Weiters weise ich darauf hin, dass 15 schriftliche Anfragen und eine dringliche Anfrage gemäß § 78 Abs 5 eingegangen sind.

3.3.1 **Dringliche Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Förderung von Hausstandsgründungen - Nr. 208 der Beilagen

3.3.2 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. November 2011 - Nr. 209 der Beilagen

3.3.3 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Bereitstellung und Schaffung von Mandatswohnungen - Nr. 210 der Beilagen

3.3.4 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betreffend die Kosten für die Übersiedlung des China-Büros - Nr. 211 der Beilagen

3.3.5 **Anfrage** der Abg. Mag. Rogatsch, Dr. Pallauf, Ottenbacher und W. Ebner an die Landesregierung betreffend die Abweisungen von in einer Notsituation befindlichen Müttern mit Kindern in vom Land Salzburg geförderten oder betriebenen Einrichtungen und betreffend die Einrichtung, Führung und den Betrieb der Jugendwohlfahrtseinrichtung "Nidus" - Nr 270 der Beilagen

3.3.6 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend den Umbau des Krankenhauses Zell am See - Nr 271 der Beilagen

3.3.7 **Anfrage** der Abg. Dr. Schöchgl und Ottenbacher an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die "Leitlinie Schulbuffet" - Nr 272 der Beilagen

3.3.8 **Anfrage** der Abg. Dr. Schöchgl und Dr. Kreibich an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz von Juli bis Dezember 2011 - Nr 273 der Beilagen

3.3.9 **Anfrage** der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend mittelfristige Fördervereinbarungen im Bereich der Erwachsenenbildung - Nr 275 der Beilagen

3.3.10 **Anfrage** der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend Integration und Inklusive Bildung - Nr 276 der Beilagen

3.3.11 **Anfrage** der Abg. Pfeifenberger und J. Ebner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betreffend den Auslastungsgrad in der Hotellerie - Nr 277 der Beilagen

3.3.12 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betreffend die Beteiligung des Landes Salzburg an der "Initiative Netzwerk Winter" - Nr 278 der Beilagen

3.3.13 **Anfrage** der Abg. Steidl und Ing. Mag. Meisl an Landesrat Eisl betreffend PKW Stellplätze für Menschen mit Behinderung - Nr 279 der Beilagen

3.3.14 **Anfrage** der Abg. Zehentner und Mag. Schmidlechner an Landesrat Eisl betreffend die landwirtschaftlichen Schulen in Salzburg - Nr 280 der Beilagen

3.3.15 **Anfrage** der Abg. Riezler und Ing. Mag. Meisl an Landesrätin Dr. Widmann betreffend die ehemaligen Landeskindergärten und den Landeskindergarten Schanzlgasse - Nr 281 der Beilagen

3.3.16 **Anfrage** der Abg. Dr. Pallauf und Ottenbacher an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend die Sozialreferentenkonferenz - Nr 282 der Beilagen

Damit ist der Einlauf abgeschlossen, ich rufe auf

#### **Punkt 4: Aktuelle Stunde**

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Zur Geschäftsordnung!)**

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Bitte zur Geschäftsordnung.

**Abg. Dr. Schnell:** Herr Präsident! Die Freiheitliche Fraktion wird sich an dieser Diskussion nicht beteiligen. Ich möchte das auch kurz begründen. Wir haben in der Präsidiäle darüber diskutiert und die Oppositionsparteien haben ein wichtiges Thema begehrt, nämlich den Postenschacher und die proportionale Aufteilung des Landes zwischen den Regierungsparteien. Auch die Medien haben mehrmals davon berichtet, dass gewisse Posten einer Partei zustehen. Das wird von den Regierungsparteien verhindert. Man hat ein Thema gewählt, das eine reine Regierungsaufgabe ist, nämlich die Entwicklung der Bodenpreise. Hier wissen wir aber, dass es zwei ganz verschiedene Zugänge der Regierungsparteien gibt, die auch dann gar nicht umgesetzt werden können, weil wir ein Einstimmigkeitsprinzip in der Regierung haben. Deswegen ist diese Diskussion völlig unsinnig. Die Freiheitlichen werden nicht als Statisten in diesem Parlament dienen und auf der anderen Seite wichtige Themen im Land verhindert werden zu diskutieren. Danke.

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Das war die Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Herr Abgeordneter Schwaighofer ebenfalls zur Geschäftsordnung.

**Abg. Schwaighofer:** Auch die Grüne Landtagsfraktion wird sich nicht an der Debatte zur Aktuellen Stunde beteiligen. Uns ist das ein sehr wertvolles Instrument in diesem Landtag. Wir haben das bisher noch nie gemacht, aber wir finden, dass die Vorgangsweise der Regierungsparteien ein Thema, das offensichtlich die Bevölkerung massiv verärgert, das uns viel Geld kostet, das letztendlich Doppelbesetzungen über Jahre hinweg festschreibt und über Generationen fast hinwegschreibt, dass so etwas nicht diskutiert werden kann, obwohl beide Oppositionsparteien das einfordern, das halte ich für eine falsche Handhabung der Mehrheit in dieser Präsidiäle, die das beschlossen hat, und wir finden, dass es unmöglich ist, hier eine von beiden Oppositionsparteien auch gut argumentierte Thematik für die Aktuelle Stunde einfach abzuwürgen und über etwas zu diskutieren, wo es ohnedies einen aktuellen Antrag der Grünen Landtagsfraktion gibt, nämlich wie die Bodenpreisgestaltung in Salzburg in Zukunft sein kann. Hier kann man in wenigen Wochen eine Entscheidung treffen und nicht da heroben hier in diesem Hohen Haus eine Stunde lang die gegenseitigen Positionen, die wir über die Medien kennen, austauschen. Wir werden daher auch erstmals und ich hoffe, dass das nie wieder vorkommen muss, diese Aktuelle Stunde nicht mitgestalten.

Die Abgeordneten der FPÖ und der Grünen verlassen den Plenarsaal.

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Ich möchte darauf hinweisen, dass in der Präsidialkonferenz dieses Thema diskutiert wurde, dann mehrstimmig das Thema bestimmt wurde und somit rufe ich auch das Thema auf. In der Präsidialkonferenz wurde als Thema "Steigende Bodenpreise – wie reagiert Salzburg?" festgelegt. In der Präsidialkonferenz wurde vereinbart, dass nach der SPÖ Herr Landesrat Blachfellner und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haslauer jeweils fünf Minuten zu Wort kommen. Danach werden die Redner in der Reihenfolge ÖVP – FPÖ – Grüne aufgerufen. Eine zweite Runde wird in der Reihenfolge SPÖ – ÖVP – FPÖ – Grüne aufgerufen. Für eine etwaige dritte Runde gilt die Reihenfolge SPÖ – ÖVP – FPÖ – Grüne. Die Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern werden nach Bedarf aufgenommen und der jeweiligen Landtagspartei auf die Reihenfolge angerechnet. Herr Landesrat Blachfellner, Du bist am Wort. Bitte, Herr Klubobmann Meisl, hat die erste Wortmeldung. Fünf Minuten. Die beiden Regierungsmitglieder teilen sich dann jeweils die zehn Minuten auf jeweils fünf Minuten auf. Danke.

**Abg. Ing. Mag. Meisl:** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Liebe Schülerinnen und Schüler!

Ich darf jetzt schon darauf antworten, wie die Oppositionsparteien darauf reagieren, dass wir in der Präsidiale eine breite Diskussion von vier eingebrachten aktuellen, und ich meine es waren alle eingebrachten Themen aktuelle Themen, reagieren, indem sie die Demokratie verweigern. Nichts anderes ist es, was hier herinnen im Haus stattfindet. Ich darf auch eines berichtigen, dass die Aktuelle Stunde ist kein Oppositionsrecht in diesem Haus, sondern wir haben es immer sehr gepflegt, gemeinschaftlich Themen zu finden. Wir wechseln auch die einzelnen Themen der Aktuellen Stunde immer wieder ab. Das heißt zum Beispiel beim letzten Mal haben die Grünen das Thema für die Aktuelle Stunde eingebracht und wir schauen darauf, dass alle Parteien, egal wie groß die Anzahl der Mitglieder im Landtag ist, über diese Legislaturperiode gleichviel drankommen. Ich glaube es ist zu akzeptieren, dass wir dieses Thema eingebracht haben und es ist unzweifelhaft, dass es ein aktuelles Thema ist.

Damit darf ich zum Thema dieser Aktuellen Stunde kommen. Raus aus den Aktien und den Anleihen und rein in Grund und Boden. Das ist das Verhalten vieler Investoren aktuell. Diese prekäre Situation am Finanzmarkt lässt Anleger seit Jahren in feste und sichere Werte wie Grund und Boden eben investieren und damit auch spekulieren zum Leidwesen vieler junger Salzburger Familien. Grund und Boden ist ein knappes Gut gerade hier in Salzburg, wobei die Topografie diese Situation in Salzburg noch verstärkt. Diese Knappheit von Grund und Boden führt auch dazu, dass der Baulandpreis weiter in die Höhe schnellt und österreichweit mittlerweile im Spitzenfeld liegt. Es liegt aber trotz Baulandknappheit nach wie vor viel gewidmetes Bauland in den Gemeinden brach, weil es einfach nicht mobilisiert werden kann. Es wird scheinbar munter weiter spekuliert, um noch höhere Gewinne zu erzielen. Gewinne, und das wissen nur die wenigsten, Gewinne, auf die man kei-

nen einzigen Euro Steuern einhebt und wo privilegierte und ich sage auch wenige privilegierte Grundbesitzer über Nacht durch einen einzigen Beschluss einer Gemeindevertretung, nämlich die Umwidmung von Grünland in Bauland zu Millionären werden können. Im Durchschnitt erlösen Grundstücksbesitzer in Österreich jährlich 2,7 Mrd Euro Gewinne und dies völlig steuerfrei während jeder kleine Sparer, egal wie viel Geld auf diesem Sparsbuch liegt, sei es noch so ein kleiner Betrag, 25 % Kapitalertragssteuer zu zahlen hat.

Genau hier setzen wir von der SPÖ mit unserem Modell der Widmungsabgabe für mehr Gerechtigkeit an. Dieses Modell beruht auf zwei Säulen. Zum Ersten auf Steuergerechtigkeit und zum Zweiten auf Baulandmobilisierung und ich darf dieses Modell hier ein wenig näher erläutern. Der Punkt eins dieses Modells ist, dass die Gemeindevertretung einmal jährlich den ortsüblichen und angemessenen Baulandpreis beschließt und diesen in Form einer Verordnung kundmacht, wie es das bei vielen anderen Gebühren macht. Dieser von der Gemeinde festgelegte Baulandpreis dient als Bemessungsgrundlage für die Widmungsabgabe, welche vom Land nach der Umwidmung von Grünland in Bauland dem Grundeigentümer vorgeschrieben wird und – und das ist wichtig – diese Einnahmen sollen zweckgewidmet werden der Wohnbauförderung, um zukünftig auch in Salzburg für junge Familien leistbares Wohnen zu ermöglichen.

Die Abgabe, die eigentliche Widmungsabgabe, soll nach dieser Umwidmung von Grünland in Bauland 15 % betragen und der Grundeigentümer hat dann fünf Jahre Zeit, dieses Grundstück dieser eigentlichen Nutzung zuzuführen, nämlich es zu bebauen, und da stellen wir uns vor, dass zumindest ein Rohbau in diesen fünf Jahren errichtet wird. Sollte dieser Rohbau nicht errichtet werden, dann sind wir der Meinung, dass für jedes weitere Jahr nach diesen fünf Jahren eine Art Pönale von 2 % zu bezahlen ist, das ist zum Beispiel heute schon Stand in der Steiermark und nach zehn Jahren, wenn das Grundstück nicht bebaut wird, käme man auf 25 % Widmungsabgabe. Wir haben hier ein Bonus-Malus-System und Sie sehen in diesem Bonus-Malus-System ist auch beinhaltet, dass die Baulandmobilisierung gefördert wird. Nach zehn Jahren haben wir 25 % Widmungsabgabe, genauso viel wie das bei einem kleinen Sparer der Fall ist und wer zehn Jahre lang dieses Grundstück nicht der Bebauung zuführt, ist aus unserer Sicht auch nicht daran ernsthaft interessiert es zu bebauen, sondern spekuliert mit dem Grund und wir fordern dann eine Rückwidmung, automatische Rückwidmung dieses Grundstückes.

Zum Abschluss dieses Modells möchte ich auch noch eines sagen. Nicht betroffen sind natürlich kleine Häuselbauer. Es soll der Eigenbedarf, und wir gehen davon aus, dass mit 800 m<sup>2</sup> das Auslangen gefunden wird, dass hier diese Gruppe ausgenommen wird von dieser Widmungsabgabe. Meine Damen und Herren! Sie sehen wir haben ein ausgefeiltes Modell als SPÖ vorgelegt, das Steuergerechtigkeit bringt mit dem Bonus-Malus-System, die Baulandmobilisierung vorantreibt und damit auf den Markt auch preissenkend wirkt und vor allem einen sehr, sehr geringen Verwaltungs-

aufwand in sich hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Landtagsabgeordnete! Ich ersuch Euch, dieses Modell gemeinsam mit uns in Salzburg auch zur Umsetzung zu bringen. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Als nächster zu Wort gemeldet Herr Landesrat Blachfellner bitte.

**Landesrat Blachfellner:** Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Regierungsmitglieder! Liebe Gäste! Liebe Jugendliche!

Alle Jahre wieder kommt im Herbst die Bodenpreiserhebung und alle Jahre wieder heißt es denn was kann man denn dagegen tun, dass die Bodenpreise im Bundesland Salzburg so hoch sind, wobei wenn man sich die Studien genauer anschaut es durchaus differenziert zu sehen ist, weil 2009, 2010 sogar Einbrüche waren bei den Bodenpreisen in verschiedenen Regionen des Landes Salzburg. Aber es ist durchaus so, dass Grund und Boden in Salzburg teurer ist wie woanders.

Wie sind die Rahmenbedingungen? Die Rahmenbedingungen sind Grünlanddeklaration in der Stadt Salzburg, meine Damen und Herren, die ein politischer Wille war und die dazu führt, dass in einem Jahr in der Stadt nur mehr zwischen acht und zehn Widmungen gemacht werden können. Rahmbedingung ist weiters, was Roland Meisl vorher gesagt hat, Spekulation und Rahmenbedingung ist auch, lieber Kollege Wilfried Haslauer, dass wir das Bauvolumen im Wohnbau von 2005 auf 2010 um über 50 %, fast 60 % erhöht haben. Wir investieren 110 Mio pro Jahr mehr in die Bauwirtschaft. Wir bauen 800 Wohnungen pro Jahr mehr und sichern viele Arbeitsplätze, aber auf der anderen Seite heißt natürlich mehr Wohnbau auch mehr Bedarf an Grund und Boden. Diese Erhebung der Preise ist kein Selbstzweck, sondern es dient dazu zu schauen, wie viel Prozent im Wohnbau, sei es im Eigentumsbau oder sei es im Mietbau, denn auf Grund und Boden fällt. Wir haben ja sechs Punkte, die den Mietpreis, die den Errichtungspreis von Eigentum ausmachen. Das sind die Grundstückspreise. Das ist die Planung. Das sind die Baukosten, dann natürlich die Betriebskosten, die Finanzierung und vor allem die Dichte, wie dicht denn wo gebaut werden kann. Diese sechs Punkte machen den Preis aus, der dann auf der einen Seite für Eigentum und auf der anderen Seite auf die Miete durchschlägt.

Wir haben in vielen Bereichen schon viel getan mit leichten Schwierigkeiten bei der Planung in der Stadt Salzburg, mit dem Gestaltungsbeirat, aber sonst geht das schon ganz gut. Bei den Betriebskosten haben Sepp Eisl und ich gemeinsam durch Zuschlagspunkte sehr, sehr viel erreichen können, wo wir gerade im Neubau hier viel tun und bei der Finanzierung so glaube ich, meine Damen und Herren, wissen wir alle, dass wir in Österreich und darüber hinaus ein Erfolgsmodell haben, dass wir, und auch das ist wichtig zu sagen, schon viel getan haben und ich habe es gestern neu berechnet. Bei einer 80 m<sup>2</sup> Wohnung, meine Damen und Herren, in der Stadt Salzburg spart sich

der Mieter im Jahr 3.924 Euro durch die Wohnbauförderung, 3.924 Euro, lieber Hans Scharfetter. Am Land 2.760. Ich sage es zu Dir, weil Du am Anfang vom Fonds nicht so begeistert warst, wie Du jetzt es bist. 2005 hast Du durchaus anders darauf reagiert.

Auch beim Eigentum, lieber Wilfried Haslauer, weil das eines Deiner Wünsche ist, liegen wir um Welten vor den anderen Bundesländern. Ich nehme das Kernland der ÖVP her Niederösterreich. Da haben wir für eine 98 m<sup>2</sup> Wohnung, die wir in der Stadt Salzburg mit 193.000 Euro fördern, eine Förderung von 24.000. 24.000 Euro in Niederösterreich gegenüber 198.000 im Bundesland Salzburg. Das heißt wir haben in diesem Bereich die Finanzierung so glaube ich ausgereizt. Jetzt müssen wir auf die anderen Bereiche gehen. Einer davon ist sicherlich das Thema Grund und Boden, Preise in diesem Bereich. Was müssen wir jetzt tun? Die SPÖ hat begonnen, die Diskussion im Frühjahr zu führen. Gabi Burgstaller und ich haben uns dazu bekannt, mit der Widmungsabgabe hinauszugehen aus erklärbaren Gründen, Roland Meisl hat es angeführt. Die ÖVP, der Koalitionspartner hat uns jetzt auch ein Papier zukommen lassen und jetzt ist der Zeitpunkt der Diskussion, die zu führen ist, nicht in polemischen Auseinandersetzungen – es tut mir eigentlich leid, dass, ich würde ersuchen, zwei Minuten von der Opposition zu bekommen, die ja nicht da ist, nachdem es sich durchaus um ein wichtiges Thema auch für die jungen Menschen, so glaube ich, handelt. Es tut mir leid, dass unsere beiden Oppositionsparteien kein Interesse an den Wohnpreisen im Bundesland Salzburg haben.

Wir müssen aber auch jene Punkte, die es bereits gibt, tun, nämlich Nachverdichtung. Das redet sich leicht, ist aber schwierig umzusetzen, aber wir müssen auch gemeinsam stehen, denn diejenigen Leute, die dort wohnen, die haben keine Freude, wenn man noch ein, zwei Stockwerke draufbaut, aber wir werden es tun müssen. Rückwidmungen, meine Damen und Herren, die Möglichkeit gibt es bereits. Die Gemeinden haben bereits die Möglichkeit, nach zehn Jahren rückzuwidmen. Ich habe letzte Woche eine Diskussion mit den Flachgauer Bürgermeistern geführt, wo durchaus die Position unterschiedlich ist. Der Elsbethner Bürgermeister hat gesagt das kommt ja überhaupt nicht in Frage, dass ich mir diese Souveränität nehmen lassen möchte oder will, dass das Land das tut. Andere sehen es anders. Es ist durchaus ein Diskussionspunkt.

Vorbehaltsflächen, auch dieses Thema gibt es bereits, auch das kann man tun, auch das wird noch zu wenig in Anspruch genommen, aber das Wichtigste, glaube ich, sich jetzt zusammzusetzen und verhandeln. Das werden wir tun. Sepp Eisl und ich werden das Thema von Seiten der beiden Regierungsparteien in Angriff nehmen. Ich denke mir, wenn wir die Ideologie etwas beiseite schieben, den Menschen in den Mittelpunkt stellen und vor allem Dingen das gemeinsame Ziel sehen wohin es durchaus unterschiedliche Wege gibt, dann werden wir auch hier erfolgreich sein und um dieses gemeinsame Handeln und Verhandeln ersuche ich alle. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke Herr Landesrat. Zwei Minuten habe ich Dir dazugegeben. Ich bitte Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Haslauer um seine Wortmeldung. Bitte!

**LHStv. Dr. Haslauer:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler des Akademischen Gymnasiums! Liebe Freunde von der Ortsgruppe der ÖVP aus Berndorf!

Ich finde es ganz bemerkenswert und nett, dass wir uns heute die Redezeit der Opposition aufteilen dürfen, weil es ja eigentlich ein Ritual der Regierungsparteien betrifft, gelegentlich auch die Rolle der Opposition zu spielen. Also können wir das direkt einmal im Landtag auch machen.

Wenn ich so viele junge Menschen hier sehe, dann denke ich mir, wo führt ihr Weg hin, welche Berufe werden sie ergreifen, werden sie vielleicht eines Tages Familie haben, wann werden sie sozusagen flügge und verlassen das Hotel Mama bzw wann haben sie eine Chance dazu. Wer von Ihnen träumt davon, vielleicht auch einmal Eigentum zu haben, ein kleines Häuschen oder eine Eigentumswohnung als Sparform, als Absicherung für die Zukunft. Oder wer möchte zu leistbaren Mietsätzen eine Wohnung mieten, wo er einfach frei, unabhängig und unbeeinflusst seine Privatheit leben kann. Da haben wir ein riesen Problem, meine Damen und Herren. Das Wohnen ist heute in Salzburg in Höhen gestiegen, die nicht mehr zu vertreten sind, die Grund- und Bodenpreise machen Eigentumserwerb für Normalverdiener fast unmöglich und natürlich leiden darunter auch die Mieter.

Ich habe hier eine Aufstellung, die wahrscheinlich bei den hinteren Bänken kaum zu sehen ist, die Grund- und Bodenpreise sind in den letzten fünf Jahren in Salzburg um 35 % gestiegen. Die beitragspflichtigen Einkommen aber nur um knapp 10 %. Das ist für uns politisch eine der größten Herausforderungen, wie können wir dafür sorgen durch gesetzgeberische Maßnahmen, durch Änderungen in der Bürokratie, dass Wohnen auch tatsächlich leistbar wird und dass wir mobilisierbares Bauland bekommen, um bauen zu können. Ich finde es bedauerlich, dass die Oppositionsparteien sich dieser Diskussion nicht stellen, dass sie aus dem Landtag ausziehen, dass deren Mandatäre ihre Aufgabe als gewählte Abgeordnete schlicht und einfach nicht wahrnehmen. Ich sage auch ganz klar dazu: Die Salzburger Wählerinnen und Wähler haben Mehrheitsverhältnisse in diesem Landtag geschaffen, die eindeutig sind. 15 SPÖ, 14 ÖVP, fünf Freiheitliche und zwei Grüne. Da gibt es klare Mehrheitsverhältnisse und es ist schon eine etwas merkwürdige demokratische Einstellung, wenn man als Minderheitspartei für sich beansprucht, die Mehrheit zu haben und wenn einem das nicht gelingt, dann verlässt man einfach den Landtagssaal. (Beifall der ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten) Wie immer dem auch sei.

Was ist die Ursache für diese massiv steigenden Preise? Meine Damen und Herren, es beginnt mit der Topografie, 80 % des Salzburger Landesgebietes sind nicht besiedelbar und in dem Rest "schoppt" sich alles zusammen. Infrastruktur, Straßen, landwirtschaftliche Flächen und das wenige Bauland, das wir haben. Die allgemeine Unsicherheit, Währungen, Finanzkrise, wie geht es mit den Banken weiter, bleibt das Geld sicher, führt dazu, dass die Leute in nicht vermehrbare oder scheinbar nicht vermehrbare Güter investieren, wie zum Beispiel in Gold oder in Grund und Boden, und zwar auch ohne jede Rücksicht auf irgendwelche Renditeüberlegungen. Heute werden für Wohnungen, die später dann auch vermietet werden, Preise bezahlt, die überhaupt keine nennenswerte Verzinsung mehr bringen, nur weil man sein Geld damit vermeintlich sicher anlegen möchte.

Wir haben eine Zuzugsproblematik. Salzburg ist so ein wunderschönes Land. Aus ganz Europa wollen die Menschen bei uns wohnen und tatsächlich melden sie Hauptwohnsitz an, nutzen es aber in Wirklichkeit als Zweitwohnsitze. Eine Thematik, die wir vor allem am Land, in den Fremdenverkehrsgemeinden überhaupt nicht in den Griff bekommen und Grund und Boden ist nun einmal nicht vermehrbar. Ich muss auch sagen, dass viele Grundeigentümer schlicht und einfach nicht bereit sind, zu verkaufen, auch eine Umwidmung von Bauland in Grünland in Kauf nehmen, weil sie sich nicht trennen wollen oder weil sie zum Beispiel einen landwirtschaftlichen Betrieb führen wollen und dafür Mindestgrößen benötigen. Das ist die Situation, in der wir sind.

Daher haben wir als ÖVP ein Neun-Punkte-Programm vorgelegt, mit konkreten Vorstellungen, wie es uns gelingen könnte, tatsächlich Bauland, das vorhandene wenige Bauland, das wir haben, zu mobilisieren. Eine Kernüberlegung dabei ist, dass nach der Widmungsdauer von zehn Jahren rückgewidmet werden soll, wenn mehr gewidmet ist als der tatsächliche Bedarf. Das passiert aber nicht. Da glauben wir, dass eine gesetzliche Rückwidmungsverpflichtung erforderlich sein wird. Wir denken an einen Infrastrukturkostenausgleich. Das ist ja schon etwas, was wir diskutiert haben, dass sozusagen einen gewissen Druck auch auf den Verkauf von Bauland ausüben soll. Wir glauben, dass wir bei den Zweitwohnsitzen wesentlich schärfer vorgehen müssen. Landesrat Sepp Eisl hat schon im August eine Gesetzesvorlage der Legistik übermittelt, wir warten immer noch auf die Ausarbeitung. Wir glauben, dass wir die Nachverdichtung nach innen – Walter Blachfellner hat es gesagt – und den Dachbodenausbau wesentlich großzügiger handhaben müssen und dass wir im Bereich Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung – die Raumordnungsverfahren sind einfach ein Wahnsinn, wie die kompliziert sind – einen kräftigen Schnitt setzen müssen.

In der restlichen Zeit, die mir noch bleibt, ein paar Sätze zur Umwidmungsabgabe. Ich habe hier ein Positionspapier der SPÖ, darüber kann man durchaus diskutieren, wir sagen hier nicht reflexartig nein, aber wir haben zwei Prämissen, die für uns absolut im Vordergrund stehen. Erstens wichtig ist uns die Mobilisierung von Bauland und zweitens wichtig ist uns, dass es nicht nur zu keiner Verteuerung kommt, sondern dass Bauland leistbarer und günstiger wird. Wenn diese beiden Prämissen

erfüllt sind, dann können wir gerne auch über ein Gerechtigkeitsthema diskutieren, denn in der Tat ist die Frage der steuerfreien Umwidmung ein Gerechtigkeitsthema, ein Steuergerechtigkeitsthema mit sehr vielen offenen Fragen. Jetzt hat Bundeskanzler Faymann vorgeschlagen, dass die Spekulationssteuer unbefristet verlängert werden soll, also nicht innerhalb von zehn Jahren Platz greifen soll. Also da muss man die Dinge abstimmen, sonst kommt man zu Besteuerungen von bis zu 75 % und mehr. Also hier sind viele, viele Fragen offen und ich denke, dass man nicht dem Irrtum unterliegen soll wie bei der Mineralölsteuer, wenn man die Mineralölsteuer erhöht, dann wird Benzin auch nicht billiger, sondern teurer. Also wir fürchten, dass die Umwidmungsabgabe eher einen verteuernenden Effekt hat.

Ich möchte zum Schluss kommen, aber nicht ohne dass ich Ihnen meinen Lieblingssatz aus dem Positionspapier der SPÖ vorlese in Bezug auf die Frage, ob nur der realisierte Wertzuwachs besteuert werden soll, steht hier herinnen: "Das könnte zu allokativ nachteiliger Lähmung der Faktormobilität und damit zu distributionspolitisch nachteiligen Preissteigerungen, Lock-in-Effekten führen." Alles klar? Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Als nächster zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Kreibich bitte.

**Abg. Dr. Kreibich:** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren der Landesregierung! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Schüler!

Ich hoffe, wenn Sie den Sitzungssaal verlassen werden, Sie zu den 13 % der österreichischen Bevölkerung zählen, die noch ein Vertrauen haben in die Politik, denn laut einer Studie der Presse haben nur mehr 13 % der Bevölkerung Vertrauen in die Politik.

Meine Damen und Herren! Es ist auch etwas verwunderlich, dass die Opposition ausgezogen ist. Auch ich möchte einen Satz dazu verlieren. Es ist kein angeborenes Recht der Opposition, dass regelmäßig die Opposition bestimmt welches Thema der Aktuellen Stunde behandelt werden soll und auch wenn die SPÖ, es ist ein Vorschlag der SPÖ gewesen das heutige Thema der Aktuellen Stunde, denke ich, dass dies demokratiepolitisch etwas bedenklich ist.

Meine Damen und Herren! Ich orte durchaus einen breiten politischen Konsens, auch wenn es jetzt nicht so aussieht, in unserem Land, was die Salzburger Wohnbauförderung angeht. Lieber Walter Blachfellner, ich sage das nicht nur bei gemeinsamen Wohnungsübergaben, die wir gemeinsam zu verrichten haben, sondern auch hier in diesem politischen Gremium des Salzburger Landtages. Dieser angesprochene Konsens manifestierte sich erst vor zwei Wochen, als wir hier im Haus einstimmig beschlossen haben eine Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes, mit welcher

längst fällige Verbesserung und Anpassung in der Eigentumsförderung kommen soll und an die Freunde der SPÖ gleich ausgerichtet: Selbstverständlich steht die ÖVP auch zur Mietwohnförderung und auch der Mietwohnbau ist von besonderer Bedeutung.

Das Thema insgesamt ist natürlich nicht neu, meine Damen und Herren, es ist nicht einmal eineinhalb Jahre her, da haben wir bereits in der Aktuellen Stunde über leistbares Wohnen gesprochen. Es war der 17. März 2010, und wenn ich mir das Protokoll von damals durchlese und anschau, muss ich sagen, dass eigentlich alles, was damals gesagt wurde, heute aktueller ist denn je! Alle Vorschläge, die damals unterbreitet worden sind, haben auch heute noch Aktualität. Beispielsweise der Vorschlag der ÖVP, artikuliert durch meinen Kollegen Hans Scharfetter, dass sieben bis acht Prozent der 15.000 Gswb-Wohnungen verkauft werden an die Mieter. Dadurch könnte man einen zweistelligen Millionenbetrag lukrieren und mit diesem Betrag könnte man wieder neu investieren in neuen Wohnungsbau, denn eines muss ganz klar sein, meine Damen und Herren. Je mehr gebaut wird, desto mehr können wir auf die Preise darauf einwirken.

Auch der Salzburger Landeswohnbaufonds wurde in der damaligen Sitzung gehuldigt, meine Damen und Herren, Walter Blachfellner, und Du ziehst ja durch die Lande und machst Werbung für den Wohnbaufonds, ich glaube sogar außerhalb unseres Bundeslandes. Doch dieser Landeswohnbaufonds hat in den letzten Jahren nicht sehr viel bewirkt was die Preise anbelangt, die horrenden Preise von Wohnen. Wilfried Haslauer hat es bereits gezeigt, auch ich habe dieselbe Tafel da, etwas größer, kann sie aber jederzeit auch übermitteln, dass seit 2006 die Preise enorm gestiegen sind. Bereits seit letztem Jahr ist der Baulandpreis in Salzburg um 7 % gestiegen, in der Stadt Salzburg um 10 %. Zum Vergleich dazu in Wien waren es lediglich 5 %. Auch der Wohnungsbedarf wird in den nächsten Jahren enorm zunehmen. Bis 2050 wird die Salzburger Bevölkerung um rund 8 % zunehmen. Der Bedarf an Privathaushalten wird jedoch um 15 % zunehmen. Stichwort Singlehaushalte. Stichwort hohe Scheidungsraten. Und Wilfried Haslauer hat es bereits gesagt. Wir haben nicht Grund und Boden uneingeschränkt zur Verfügung. Lediglich 21 % der Grundfläche von Österreich ist als Dauersiedlungsgebiet geeignet und davon auch nur 8 % für den Wohnbau.

Meine Damen und Herren! Sparsamer Umgang mit Grund und Boden ist ein Gebot der Stunde. Die Ausnützbarkeit von Grundfläche gehört meines Erachtens überdacht, insbesondere speziell bezogen auf Baumaßzahl und Geschossflächenzahl. In der Stadt Salzburg ist sie so niedrig wie in ganz Österreich nicht. Das ist nur einer von diesen neun Punkten für ein leistbares Wohnen, was die ÖVP präsentiert hat. Die SPÖ reagiert jetzt auf die steigenden Grundpreise mit einem Vorschlag, nämlich dem der Widmungsabgabe. Es ist nicht ein Phänomen von heute auf morgen, dass die Grundpreise derartig gestiegen sind, sondern es hat sich über viele Jahre hindurch entwickelt. Ich bitte um Verständnis, ich glaube nicht, dass mit einer zusätzlichen Abgabe die erwünschte preisdämpfende und baulandmobilisierende Wirkung erzeugt wird. Ich denke vielmehr es sollte mit

einem Bonussystem geschaut werden, dass Bauland auch entsprechend zugeführt wird dem Wohnbau. Mit einer zusätzlichen Abgabebelastung wird man den Wohnbau nicht ankurbeln können. Unser Vorschlag, meine Damen und Herren, eines Infrastrukturkostenausgleiches kommt diesem Ansinnen wesentlich näher.

Bauland muss Bauland bleiben und wer nach zehn Jahren das Bauland nicht verbaut hat, meines Erachtens muss damit rechnen, dass es auch letztendlich umgewidmet wird. Meine Damen und Herren! Wohnen, ich sage es immer wieder gemeinsam mit Walter Blachfellner, zählt zu den Grundbedürfnissen des menschlichen Wohlbefindens. Das ist auch klar, weil jeder einen Großteil seines Lebens in den eigenen vier Wänden letztendlich verbringt. Deshalb denke ich sind wir aufgefordert, nicht monatelang oder jahrelang zu diskutieren über Widmungsabgabe, Infrastrukturkostenausgleich, konsequentes Vorgehen gegen Zweitwohnsitz, sondern schauen wir, dass wir möglichst bald einen entsprechenden Kompromiss erzielen, damit tatsächlich die Bodenpreise in Salzburg gesenkt werden können. Danke sehr. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Als nächste zu Wort gemeldet Frau Zweite Präsidentin Mosler. Bitte!

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch liebe Besucherinnen und Besucher!

Sie haben heute leider etwas miterlebt, was demokratiepolitisch sehr bedenklich ist, nämlich Mehrheitsentscheidungen nicht zu akzeptieren und sich der Diskussion zu verweigern. Noch dazu mit einer Begründung, die sagt, dass das Thema nicht wichtig genug sei. Es ist ein Dauerbrenner und ein brisantes Thema. Ein Thema, das alle Salzburgerinnen und Salzburger betrifft und besonders Euch Jugendliche, die in Zukunft eigenen Wohnraum schaffen wollen, eigene vier Wände haben wollen und es ist ein Thema, dem sich die Politik besonders annehmen muss.

Ja es gibt unterschiedliche Herangehensweisen an die Lösung der Problematik. Wir sind zwei unterschiedliche Parteien, aber ich denke wenn gute Vorschläge kommen und wir uns einigen, können wir ein Paket schnüren. Wer träumt nicht von den eigenen vier Wänden, einem Eigenheim, sich eine Wohnung leisten zu können. Wer in Salzburg nicht in den Genuss einer geförderten Wohnung kommt, hat leider Hürden zu überwinden, die für viele nicht zu überwinden sind. Wir haben es gehört. Die Bodenpreise in Salzburg sind horrend hoch und eine Marktanalyse besagt, dass Anfang der 70er Jahre der Anteil der Grundstückskosten an den Gesamtbaukosten bei 12 % gelegen ist und jetzt bei 30 % liegt und im steigen begriffen ist. Das müssen Sie sich vorstellen. Ich bau etwas und ich muss von dieser Gesamtsumme 30 % bereits für Grund und Boden bezahlen. Alleine vom letzten Jahr auf heuer sind in der Stadt Salzburg die Grundstückspreise mit 7,7 % und am Land mit

5,6 % gestiegen. Der Vorschlag des Kollegen Kreibich und der Vorschlag der ÖVP mit der Eigentums-offensive ist unsinnig. Gerade im Zentralraum, wo die Gswb die meisten Wohnungen verwaltet nun vorzuschlagen bestehende Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwidmen, würde laut Experten den Mietpreis in die Höhe treiben. In der Stadt Salzburg wären das zirka vier Euro pro Quadratmeter. Also ich denke auch hier wäre ein Nachdenken sinnvoll.

Die Situation ist nicht nur für Privatpersonen bedenklich, sondern auch für die Wirtschaft. Für einen zukunftsweisenden und zukunfts-trächtigen Wirtschaftsstandort sind natürlich die Bodenpreise sehr, sehr wichtig, damit wir auch im Wettbewerb mit anderen Ländern bestehen können. Wir merken immer wieder, dass bei Betriebsansiedlungen das Problem besteht, dass die Grundstückspreise zu hoch sind. Ein Musterhausbetreiber in Salzburg klagt über die hohen Grundstückspreise und sagt, dass gerade in Salzburg seine Absätze 30 % niedriger sind als in anderen Bundesländern.

Wir haben einiges gehört. Ich möchte dazu noch die Problematik der Zweitwohnsitze aufzeigen, die für unsere Tourismusregionen wirklich problematisch ist. Aufgrund der Flut von Zweitwohnsitzen die Grundstückspreise und die Mietpreise enorm in die Höhe gegangen sind und die Einheimischen sich kaum mehr Eigentum leisten können. Wir müssen diesen Auswüchsen einen Riegel vorschieben. Das ist kein neues Problem. Es ist ein altes Problem, aber es wird immer brisanter und es stellt sich die Frage "viel Raum und wenig Nutzen?". Warum sage ich das? Es ist so, dass wir die Entwicklung natürlich nicht zurückdrehen können. Wir haben Zweitwohnsitze, aber es muss darum gehen, die Nutzungsformen der bestehenden Objekte zu verbessern und für die Zukunft und die Bodenpolitik zu überdenken und langfristige Perspektiven zu entwickeln.

Was meine ich mit bestehenden Projekten verbessern? Seit Jahren fordert die SPÖ die Anpassung der Ortstaxenhöchstgrenzen an jene der Nachbarländer. Tirol ist ebenso ein touristisches Land wie Salzburg und erhebt drei Euro Ortstaxe pro Quadratmeter und Salzburg 1,10 Euro. Mittel- und langfristig ließen sich mit der Anhebung mehr als 20 Mio Euro pro Jahr lukrieren, die die Schaffung von Wohnraum für Einheimische unterstützen könnte und somit leistbares Wohnen auch wieder ermöglichen würden. Im vergangenen Jahr kam es zu einer Kompromisslösung mit dem Koalitionspartner zur Zweitwohnsitzabgabe. Das ist gut so. Das ist ein erster Schritt, aber auch hier frage ich mich, warum wir uns nicht an die Nachbarländerabgaben anpassen. In Salzburg heben wir 396 Euro ein, Tirol 720, Vorarlberg 660 und Kärnten knapp 1.000 Euro. Das sind maßgebliche Unterschiede.

Zur Lösung dieser Problematik ist es notwendig, ein Paket zu schnüren, das vieles beinhaltet. Da gehört das Grundverkehrsrecht dazu. Da gehört natürlich auch die Raumordnung dazu, aber auch das Melderecht und die Möglichkeit, Auflagen effektiv zu überwachen, um Verstöße bestrafen zu können. Im Standard habe ich im August gelesen: Lech installiert Controller für Zweitwohnsitze. Es geht um den Schutz der Lecher Bevölkerung vor Immobilienspekulanten. Nichtsdestotrotz freue ich

mich, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, er ist jetzt nicht hier, in unserem Papier Lieblingssätze findet. Das ist ein internes Papier. Wenn er sich das offizielle Papier durchliest, dann würde er vielleicht den Satz verstehen ...

**(Zwischenruf Abg. Mag. Rogatsch:** Er hat es von der Landeshauptfrau bekommen!)

... Ja, es ist ein internes Verhandlungspapier. Ich bin mir sicher, er wird noch mehr Lieblingssätze finden. Steuergerechtigkeit und Baulandmobilisierung sind die Grundpfeiler der Widmungsabgabe, die die SPÖ vorschlägt. Wir müssen leistbares Wohnen ermöglichen. Ich freue mich, wenn wir uns auf ein gemeinsames Paket einigen und wie gesagt, Herr Landeshauptfraustellvertreter wird einige Lieblingssätze finden. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Als nächster zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Stöckl bitte.

**Abg. Dr. Stöckl:** Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher!

Seit 13 Jahren bin ich Bürgermeister der zweitgrößten Stadt des Landes mit jetzt 20.000 Einwohnern und seit 13 Jahren ist noch niemand in meine Sprechstunde gekommen und hat mich mit dem Thema Proporz oder Postenschacher konfrontiert. Aber Montag für Montag kommen viele Bürgerinnen und Bürger zu mir mit der Bitte um Hilfe bei der Suche nach leistbaren Wohnungen. Das ist ein Thema, mit dem sich der Landtag sehr wohl und richtigerweise zu beschäftigen hat und auch ich möchte meiner Enttäuschung Ausdruck verleihen, dass die Opposition bei einem so wichtigem Thema nicht dabei ist.

Ich möchte die Diskussion um einen weiteren Aspekt anreichern, nämlich um den Aspekt, dass Wohnen auch dann teuer wird und teurer wird, wenn wir unsere Verwaltungsverfahren, unsere Auflagen immer mehr aufblähen und immer komplizierter machen. Wir müssen den Spagat schaffen, einerseits dort Bauland zu sichern, dort Bauland zu widmen, wo der öffentliche Verkehr, die öffentlichen Verkehrsmittel in unmittelbarer Nähe sind und andererseits aber gerade dort, wo eben dann die Straßen auch verlaufen, haben wir Luft- und Lärmschutz oder Lärmbelastungszonen, die wir genauso berücksichtigen müssen bei den Widmungen. Ich möchte da ein Beispiel anführen. Wir haben in Hallein durch die Zusammenlegung zweier großer Sportvereine auf eine zentrale Sportstätte 20.000 m<sup>2</sup> freibekommen und diese 20.000 m<sup>2</sup> gehören der Gemeinde und wir wollten diese 20.000 m<sup>2</sup> dem Wohnbau zuführen. Wir hätten die Möglichkeit gehabt, weil wir als Gemeinde den Preis angeben können, dort leistbares Wohnen, mehrgeschossige Wohnbauten und Reihenhäuser zu bauen.

Was ist die Folge gewesen oder was war bei den Verfahren unser Problem? Die Wiestallandesstraße ist in unmittelbarer Nähe. Da wäre der Bus, der öffentliche Verkehr wäre dagewesen und auch der Bahnhof wäre in unmittelbarer Nähe. Also sehr gute Voraussetzungen für die Widmung von Bauland. Aber im Verfahren hat sich dann herausgestellt, dass wir 38 Auflagen bekommen haben, um diese Fläche in Bauland umwidmen zu können. Eine dieser Auflagen war zum Beispiel, dass auf der Südseite dieser Fläche eine sechs Meter hohe Lärmschutzwand errichtet hätte werden müssen. Ich brauche nicht dazusagen, alleine diese einzige Auflage hätte enorm viel Geld gekostet. Alle anderen Auflagen, wenn die bewertet werden oder wenn wir die bewerten, dann kommt so viel an Belastungen, an finanzieller Belastung heraus, dass die Wohnungen wiederum nicht leistbar gewesen wären.

Was war die Folge? Wir haben also Abstand gehalten, Abstand genommen von dieser Widmung und sind in Richtung Gewerbe und Betriebsgebiet gegangen. Das heißt natürlich, das ist bitte keine Kritik an unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beim Land, in den Abteilungen, denn Arbeit und die Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Gemeinden funktioniert bei den Widmungen hervorragend, aber es ist eine Kritik, dass wir bei unseren Gesetzesgebungen einfach da aus meiner Sicht zu wenig oder dass wir da zu wenig Rücksicht nehmen darauf, welche Konsequenzen haben all diese Beschlüsse.

Wir müssen bei den Widmungen die Gemeindeordnung berücksichtigen. Wir müssen Landesgesetz berücksichtigen. Wir müssen nationales Gesetz und EU-Recht berücksichtigen. Und das sind dann Verfahren, die oft nicht nur Monate, sondern Jahre dauern. Das ist mit sehr viel Geld verbunden und das kostet dann oder das wird rückgerechnet natürlich dann auf die Projekte, auf die Projektkosten und das verteuert dann das Wohnen. Auch da denke ich müssen wir uns anstrengen, hier die Verfahren wesentlich zu verkürzen, zu vereinfachen und bei den Auflagen eben darauf achten, dass wir nicht über das Ziel schießen, damit leistbares Wohnen wirklich in Zukunft nicht mehr Zukunftsmusik ist, sondern Realität. Herzlichen Dank. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Zu Wort gemeldet, der nächste Redner Robert Zehentner.

**Abg. Zehentner:** Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörer! Liebe Jugend auf den Zuhörerbänken!

Das Thema Wohnpreise oder Grundstückspreise, welche Auswirkungen haben Grundstückspreise auf unsere Wohnpreise, stellt sich vorerst einmal die zentrale Frage warum haben wir in Salzburg trotz einer so vorbildlichen Förderung von Miet- und Eigentumswohnungen so hohe Wohnpreise. Einige meiner Vorredner haben ja diesbezüglich schon etwas vorgebracht. Erstens: Wir leben in einem sehr schönen Bundesland und das wollen immer mehr Menschen. Zweitens, und das ist im

Geografieunterricht ja bekannt, bei uns gibt es einen sehr großen gebirgigen Teil, viele Gemeinden, die einfach räumlich so eingengt sind, dass wirklich nicht viel Grund als Baugrund zur Verfügung steht. Und drittens: Wir haben ein Raumordnungsgesetz, das sehr viele Widmungswünsche erfüllt, aber keine Bebauungsnotwendigkeit vorschreibt. Daher hat sich eine Änderung im ROG, wie das Abkürzel heißt, sich im Spannungsfeld zwischen den Widmungswünschen und der Bebauungspflicht zu befassen.

Ich bin nun selber über 20 Jahre in der Gemeindevertretung in Taxenbach und wir in Taxenbach haben wie in vielen Gemeinden uns jahrelang mit dem Ausnahmeparagraph 19 (3) geholfen. Damit ist dieser Ausnahmeparagraph zur Regel geworden. Dieser Ausnahmeparagraph ist dann in der letzten Novelle gestrichen worden und hat damit die Zersiedelung stark gebremst, sagen wir einmal so, hat aber ein neues Problem geschaffen. Wir müssen uns vor Augen führen, dass jetzt ungefähr 80 %, vielleicht sind es auch mehr Prozent, der Bauern nicht mehr die Möglichkeit haben, in Hofnähe einem weichenden Kind einen Baugrund zu geben. Das führt dazu, und das ist ja gerade die klassische Gruppe der Häuselbauer, es gibt andere auch, aber das ist die klassische Gruppe der Häuselbauer, was wir im Land draußen so verfolgen. Die sind jetzt natürlich gezwungen, logischerweise, dass sie in Ortsnähe, wo gewidmetes Bauland vorhanden ist, sehr teuer kaufen müssen. Das trägt auch dazu bei, dass natürlich Angebot und Nachfrage und das Gut schon knapp ist in dem Fall teurer wird.

Der Begriff Substanzbesteuerung ist in diesem Zusammenhang nicht richtig, und zwar es würde ja nur eine Besteuerung des Wertzuwachses notwendig machen und man muss sich schon immer vor Augen halten kein Grundbesitzer hat ein Recht auf eine Widmung. Das ist immer noch ein Hoheitsakt einer gewählten Gemeindevertretung. Die Änderungen im Raumordnungsgesetz müssten allen Gemeinden Hilfestellung sein, im Besonderen natürlich jenen Gemeinden, wo es sehr viele Grundbesitzer gibt, die Widmungswünsche haben, aber keine Bebauungsabsicht. Das ist ja das Problem, das wir draußen vor Ort in den Gemeinden haben, dass es immer sehr viele Wünsche gibt, dass der zehnjährige Bedarf voll ist, das nicht verbraucht wird und dann kommt wieder einer und der möchte gerne bauen und kann dann nicht bauen. Das muss das Raumordnungsgesetz und ich bin da guter Hoffnung, dass das eine große Mehrheit findet in Salzburg. Es wird noch Diskussionsbedarf notwendig sein, das ist in der Demokratie so, das ist natürlich, und ich bin da sehr guter Hoffnung, dass wir mit diesem Gesetz nicht eine Lösung haben für alle Zeiten, aber wieder einen guten Schritt weiterkommen. Das ist ja auch in den letzten Raumordnungsgesetznovellen so gewesen, dass das immer ein Schritt war, der es besser gemacht hat, aber noch nicht gut.

Nachdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, das nicht meine letzte Rede ist, aber wahrscheinlich meine letzte Rede als Abgeordneter zum Salzburger Landtag ist, möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Das Gemeinwesen steht vor riesigen Herausforderungen, da braucht man kein Hellse-

her sein, wir sind in einer schwierigen Situation. Es wird nicht helfen, wenn man nur sozusagen Schuldige sucht. Wir brauchen Wege, Wege in die Zukunft. Die Politik wird ihre eigenen Schlagworte viel mehr hinterfragen müssen in Zukunft, zum Beispiel weniger Staat mehr Privat oder unsere Pensionen sind nicht mehr sicher. Das sind Schlagworte, die dann Menschen in den Pensionsfonds getrieben haben mit ihrem Geld, und im nächsten Atemzug dann die Pensionsfonds gegen das Gemeinwesen spekulieren. Da müssen wir uns schon selber auch bei der Nase nehmen alle miteinander und wissen, wenn wir Schlagworte sagen, was hat das unter Umständen für Auswirkungen.

Ich bin ja seit ein paar Monaten auch beim Klub der 60-Jährigen dabei und Geburtstage und insbesondere runde Geburtstage haben es so an sich, dass man sich ein bisschen damit beschäftigt was hinterher noch war und da muss ich schon feststellen, dass die Generation, der ich angehöre, für die, die ein paar Jahre älter und die jünger sind sowieso, wir sind auf die Butterseite des Lebens gefallen. Wir haben immer in Freiheit gelebt. Wir haben immer in einer Demokratie gelebt. Wir haben immer in Frieden gelebt. Es scheint jetzt ein großes Problem zu sein, wenn man damit umgehen lernen muss, dass es nicht mehr besser wird und dass man wieder Begriffe wie Solidarität oder Teilen wieder mehr in den Mittelpunkt unseres politischen und unseres privaten und persönlichen Lebens stellt. Danke. (Beifall der SPÖ- und ÖVP-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke Robert. Wir wünschen Dir natürlich als Bundesrat viel Erfolg und viel Tatkraft für das Land Salzburg. Danke. Als nächster zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Scharfetter bitte.

**Abg. Mag. Scharfetter:** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Schülerinnen! Liebe Schüler!

Ich darf zunächst Dir Robert alles Gute für Deine neue Aufgabe wünschen. Wir kennen uns ja schon viele Jahre. Wir waren gemeinsam in der Landwirtschaftskammer, waren nicht nur dort, sondern auch hier im Haus nicht immer einer Meinung, aber ich glaube wir haben immer gut zusammengearbeitet. Ich darf mich auch dafür sehr herzlich bedanken.

Zur Aktuellen Stunde. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Gerade noch eine Bemerkung was die Opposition betrifft. Also wenn wir uns in Zukunft angewöhnen, dass wir immer dort den Sitzungssaal verlassen, wenn wir uns in der Frage der Aktuellen Stunde nicht durchsetzen, dann wird es schwierig. Also das sei nur in diesem Zusammenhang erwähnt. Wenn man etwas später auf der Rednerliste steht, hat man den Nachteil, dass Vieles bereits gesagt wurde, könnte man bestenfalls wiederholen. Frau Kollegin Mosler, man hat aber auch den Vorteil, dass man auf das eine oder andere replizieren kann, was gesagt wurde, was ich hiermit gerne tue.

Lieber Walter, ich habe mich sehr gefreut, Du sagst Wohnbaupolitik sollten wir in Zukunft nicht so stark ideologisch betrachten, sondern eher uns pragmatisch der Sache nähern. Ich glaube bislang war die Wohnbaupolitik neben anderen Politikbereichen sehr stark ideologisch, wurde sehr stark ideologisch betrachtet, stehe aber gar nicht an zu sagen, dass etwa der Wohnbauförderungsfonds eine tolle Sache ist, gute Einrichtung, ich werde nachher noch darauf zu sprechen kommen, dass wir letztlich eigentlich sehr interessante Phänomene mittlerweile in der Wohnungswirtschaft haben.

Frau Kollegin Mosler, Zweitwohnsitzproblematik hast Du richtig angesprochen. Wir haben im Übrigen den Vorschlag gemacht auf ein Zweitwohnsitzabgabe bzw den Zuschlag zur besonderen Ortstaxe. Hättest Du dir das Beispiel in Vorarlberg genau angeschaut, hättest Du festgestellt, dass Vorarlberg alternativ einhebt. Entweder Zweitwohnsitzabgabe oder besondere Ortstaxe und hättest Du das mit Tirol im Detail verglichen, hättest Du festgestellt, dass die überwiegende Zahl der Gemeinden durch die niedrigeren Pauschbeträge hier nicht mehr einhebt wie in Salzburg. Nichtsdestotrotz ist uns das Thema ernst. Wir haben auch im Übrigen vorgeschlagen Beweislastumkehr, weil wie wir wissen das Gesetz in der Praxis ausgehebelt wird, weil die Leute Hauptwohnsitz anmelden.

Zweiter Punkt, wurde angesprochen, die Bebauungsdichten. Kollege Meisl und einige andere Kollegen aus dem Gswb-Aufsichtsrat wir waren in Bregenz und in Innsbruck. Die Lage mit Salzburg nicht so unvergleichbar. Knapper Bau, knappes Bauland. Die haben eine viel höhere Dichte. Die bauen dort bis 1,8 und jetzt sage ich an die Adresse der Vertreter, der Verantwortlichen der Stadt Salzburg. Die Stadt Salzburg sagt Grünlanddeklaration, ist ok, aber gleichzeitig niedrige Dichte und dann wird es sehr eng, vor allem für den gemeinnützigen Wohnungsbau.

Dritter Punkt, und da repliziere ich jetzt sehr gerne. Frau Kollegin Mosler, Du hast gesagt das mit dem Teilverkauf von einem Teil der Wohnungen ist Unsinn. Walter sagt das auch. Jetzt komme ich gerne auf Dein Angebot zurück, die Wohnbaupolitik nicht ideologisch zu betrachten, sondern vielleicht ein Stück pragmatisch. Es tut mir leid, aber ich kann mich des Eindrucks nicht verwehren, Ihr habt Euch mit dem Vorschlag nicht beschäftigt. Denn wäre es so gewesen und, Walter, würde ich Deiner Logik folgen, dürften wir keine einzige Mietkaufwohnung in Salzburg bauen, weil bei den Mietkaufwohnungen nach zehn Jahren ganz genau das passieren kann, was wir vorgeschlagen haben, für, man höre, 5 % des Wohnungsbestandes. Mich würde jetzt interessieren, Frau Kollegin Mosler, woher Du die Information hast, dass das auf die Stadt Salzburg beschränkt sein sollte. Ganz im Gegenteil. Ich behaupte, und es haben im Übrigen ...

**(Zwischenruf Zweite Präsidentin Mosler-Törnström Bsc: Die Stadt Salzburg als bedeutendes Beispiel!)**

... Woher die Information? Haben wir ja auch mit dem Kollegen in der Gswb schon besprochen. Ich behaupte, dass bei den 15.000 Mietwohnungen, Mietwohnungsbestand der Gswb 5 %, und nur über 5 % reden wir, dabei sind, die sich eignen würden, an die Mieter zu verkaufen. Da werden viele dabei sein, die nicht in der Stadt Salzburg liegen und wir haben vorgeschlagen, die diesbezüglichen Erlöse für eine Wohnbauoffensive, für Startwohnungen für junge Menschen zu verwenden. Ich sage es noch einmal. Walter, Deiner Logik folgend, dürfen wir keine einzige Mietkaufwohnung im Bundesland Salzburg bauen, weil auch dort die Möglichkeit besteht, die Option. Jetzt könnte man das Ganze umdrehen und könnte auch sagen wir machen nichts anderes, wie die Möglichkeit des Mietkaufes jenen Mietern auch zur Verfügung zu stellen, die vor 1994 ihre Wohnung bezogen haben. Ich nehme Dein Angebot gerne an, Wohnbaupolitik nicht ideologisch zu betreiben, sondern pragmatisch, und uns diesen Vorschlag einmal anzuschauen und gemeinsam zu diskutieren.

Letzter Punkt, da bin ich wieder bei der Ideologie. Ich glaube wir sollten auch einmal über einige Grundsätze der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft nachdenken. Das können wir nicht im Land regeln, das muss der Bund machen. Walter, ich frage Dich, ist es wirklich gescheit, wir haben hohe Auslaufannuitäten, das Eigenkapital bei den Gemeinnützigen wird deutlich höher verzinst als das Fremdkapital über den Wohnbauförderungsfonds. Die letzten Darlehensvergaben, 1,5 % im Wohnbauförderungsfonds, und die Vorgabe des Revisionsverbandes, das Eigenkapital der Gemeinnützigen muss mindestens mit der Inflationsrate verzinst werden, könnte man provokant die Frage stellen, wie lange können sich die Mieter das Eigenkapital der Gemeinnützigen noch leisten. Das heißt da müssen wir an ein paar Hebeln drehen, um in Zukunft die Mieten stärker nach unten zu bringen. Eigenkapitalverzinsung ist ein solches Thema.

Herr Präsident, ich bin fertig. Ich lade gerne ein und ich bedanke mich für die Bereitschaft, nicht ideologisch, sondern pragmatisch, sachlich die Dinge zu diskutieren. Wir stehen gerne bereit und wir suchen gerne nach guten Lösungen. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Ich danke. Es bleiben noch drei Minuten Zeit. Für die SPÖ hat sich Landesrat Walter Blachfellner gemeldet.

**Landesrat Blachfellner:** Lieber Hans Scharfetter, aber auch für alle, die es interessiert, was die Konsequenz wäre, wenn man jetzt eine Mietwohnung an die Mieter verkauft. Wir haben gerade gehört, dass wir in der Stadt auf dem freien Markt 12,80 Euro bis 12,90 pro Quadratmeter bezahlen und für eine geförderte Mietwohnung 8,50 Euro. Das heißt 4,50 Euro Differenz pro Quadratmeter. Jetzt rechnen wir es damit es leichter geht mit 4 Euro. Jetzt kauft die Frau Huber in der Ignaz-Harrer-Straße mit 73 Jahren kauft die Wohnung, weil sie sagt zu den Banken habe ich kein Vertrauen, das Geld habe ich, ist eine Geldanlage, kauft sie und stirbt leider nach sieben Jahren und vererbt sie ihrer Enkelin. Die wohnt in Wals draußen. Hat eine Wohnung die Enkelin und sagt jetzt

vermiete ich die Wohnung. Was glaubst Du, lieber Hans Scharfetter, um welchen Preis, dass die Enkelin, ...

**(Zwischenruf Abg. Mag. Scharfetter:** Sie kann ja selber einziehen in die Wohnung!)

... um welchen Preis, dass die Enkelin die Wohnung vermietet? Um den Preis, um den die Gemeinnützige das tut, nämlich um € 8,50 oder um den Preis am freien Markt, wo sie am meisten kriegt. Was glaubst Du jetzt? Das ist eine ganz, ganz schwierige Frage. Das macht aber bei einer 80 m<sup>2</sup> Wohnung € 320,-- im Monat aus. Und dann sollen wir vielleicht noch dafür mit Steuergeld Wohnbeihilfe bezahlen, damit wir dieser Enkelin ihr Eigentum noch mehr finanzieren. Das ...

**(Zwischenruf Abg. Mag. Scharfetter:** Wenn es eine Miet-Kauf-Wohnung ist!)

... Das ist der erste Teil. Das kann ich bei bestem Willen nicht nachvollziehen. Das heißt ich bin auch nicht bereit dazu, dass wir Steuergeld hernehmen damit ein anderer sein Vermögen vermehrt. Das ist nicht unsere Aufgabe.

Jetzt zur Miet-Kauf-Wohnung. Ja, wir haben ein Programm gemacht und haben gesehen, dass in allen europäischen Ländern Eigentum zurückgeht. Wir sind in Salzburg sogar prozentuell in Österreich neben Vorarlberg am höchsten noch. Wir haben aber gesagt wir wollen selbstverständlich jenen Menschen, jenen jungen Menschen, die das wollen, die Möglichkeit der Eigentumsbildung geben. Weißt was unser Problem nämlich dabei ist? Wir haben eine 50 %ige Scheidungsrate im Bundesland Salzburg und da hat es sehr viele Familien gestreut, Hans, die sich nach fünf, sechs Jahren getrennt haben, die sich eine Eigentumswohnung gekauft haben. Sie hat sie sich nicht leisten können, er auch nicht, dann ist sie verkauft worden. Diese jungen Leute haben verloren und auch wir als Land sind auf unserem Geld, auf den Schulden sitzen geblieben. Und da haben wir gesagt um das auszuschließen, bieten wir den Menschen die Möglichkeit, dass er zehn Jahre lang schauen kann passt bei mir alles privat, passt es beruflich, bleibe ich da wo ich mir die Wohnung genommen habe, ist die Wohnung dann noch groß genug oder ist sie zu klein oder zu groß und kann ich sie mir leisten. Deswegen haben wir die Miet-Kauf-Wohnung gemacht. Aber es wäre gerade bei 11.000 Wohnungssuchenden in Salzburg, wir haben uns in den letzten Jahren von 14.000 auf 11.000 die Zahl herunterfahren können, wäre es so glaube ich nicht nachvollziehbar, wenn wir jetzt Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Damit ist die Zeit der Aktuellen Stunde abgelaufen und wir kommen zum

## **Punkt 5: Mündliche Anfragen (Fragestunde)**

Ich würde die Frau Präsidentin bitten, den Vorsitz zu übernehmen. Bitte!

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc** (hat den Vorsitz übernommen): So wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt fünf – Mündliche Fragestunde. Mir liegen sechs mündliche Anfragen vor. Frau Abgeordnete Blattl, du bist am Wort!

### **5.1 Mündliche Anfrage von Abg. Rosemarie Blattl an Herrn Landesrat Sepp Eisl betreffend eine Novellierung der Salzburger Feuerpolizeiordnung**

**Abg. Blattl:** Danke Frau Zweite Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat Eisl!

Seit vielen Jahren gibt es unterschiedliche Vorschläge, die Feuerbeschau zu modernisieren und zu vereinfachen. Bisher ist es jedoch nur zu Reformen in Randbereichen gekommen. Mit Beschluss vom 18. Mai 2011 hat der Landtag den Auftrag erteilt, die Salzburger Feuerpolizeiordnung dahingehend zu ändern, dass es zu einer Verwaltungsvereinfachung der Feuerbeschau kommt, die zu keiner Mehrbelastung der Hauseigentümer führt. Eine Erledigung dieses Auftrages steht bis dato aus. Ich stelle deshalb an Sie gemäß § 78 folgende mündliche Anfrage:

Erstens: Welche Konzepte hinsichtlich einer Vereinfachung der Feuerbeschau wurden bislang erarbeitet? Die beiden Unterfragen gleich dazu. 1.1 Inwieweit sind diese Konzepte mit den beteiligten Institutionen abgestimmt? 1.2 Wann rechnen Sie mit einer entsprechenden Regierungsvorlage?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Landesrat, Du bist am Wort.

**Landesrat Eisl:** Hohes Haus! Geschätzte Frau Abgeordnete! Werte Damen und Herren!

Zum einen darf ich einleitend sagen: Ursprünglich war beabsichtigt, die Feuerpolizeiordnung in der Form abzuändern, dass die Kehrintervalle und die Feuerbeschau gemeinsam verändert werden. Es war dazumals vorgesehen, die Kommission zu verkleinern. Dieses Vorhaben wurde aber gerade von Seiten des Landesfeuerwehrkommandanten stark kritisiert und ist dann an diesem Widerstand gescheitert, was dazu geführt hat, dass man die Kehrintervalle vor gut einem halben Jahr verändert hat, dass die Feuerbeschau neu erarbeitet wird und ich darf somit auf die Frage antworten nach welchen Konzepten dies geschieht. Mit dem Gemeindeverband, mit der Wirtschaftskammer Salzburg und mit dem Landesfeuerwehrverband wurde ein Konzept abgestimmt, nach welchem der Entfall der Feuerbeschau für eine Vielzahl von Bauten vorgesehen ist. Konkret sieht dieser Entwurf folgendes vor: Kleinwohnhäuser werden von der Feuerbeschau generell ausgenommen. Es soll

eine Gleichstellung der Feuerbeschau in Stadt und Land Salzburg geben. Das war bis jetzt nicht der Fall. Für Wohnbauten, die größer sind als Kleinwohnhäuser, soll für die Gemeinden eine Ermächtigung geschaffen werden, wo die Gemeinden nach Hörung des Ortsfeuerwehrkommandanten per Verordnung auch andere Objekte von der Feuerbeschau ausnehmen können.

Zum Vierten: In jenen Wohnbauten, die größer sind als Kleinwohnhäuser ist vorgesehen, dass nur Allgemeinflächen wie Garagen, Kellerräume bzw Räume, in denen sich Heizanlagen befinden, beschaut werden können. Neben der amtlichen Kommission soll es auch die Möglichkeit geben, dass die Feuerbeschau durch zivile Sachverständige vorgenommen wird und es wird den Gemeinden auch angeboten, eine zentrale Gebäudedatenbank zu beanspruchen, die von Seiten des Landes vorbereitet wird und in dem dann die Gemeinden bzw die zivilen Sachverständigen auch ihre Daten hineinstellen können.

Zur ersten Unterfrage: Inwieweit sind die Konzepte mit den beteiligten Institutionen abgestimmt? Das angeführte Konzept wurde mit dem Gemeindeverband, mit der Wirtschaftskammer und mit dem Landesfeuerwehrverband in mehrfachen Sitzungen besprochen. Das letzte dieser Gespräche hat am 12. Dezember, also vorgestern, stattgefunden und zu der Frage wann mit wir mit einer Regierungsvorlage rechnen, darf ich sagen, dass wir auf jeden Fall in allernächster Zeit diesen Entwurf dem Legislativ- und Verfassungsdienst des Landes übermitteln werden und ich gehe davon aus, dass das dann zügig in die Begutachtung und dann zur Umsetzung kommt.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Frau Abgeordnete, hast Du noch eine Zusatzfrage?

**Abg. Blattl:** Danke vielmals für die Beantwortung. Vorläufig habe ich keine weiteren Fragen, erwarte aber, dass die Regierungsvorlage tatsächlich bald in den Ausschuss kommen wird. Danke vielmals.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Damit kommen wir zur zweiten

## 5.2 Mündliche Anfrage der Abg. Dr. Pallauf an LHStv. Mag. Brenner betreffend das Kunstprojekt „White Noise“.

Frau Abgeordnete!

**Abg. Dr. Pallauf:** Danke Frau Präsidentin. Rund um den sogenannten „Kunstigel“ hagelt es von verschiedenen Seiten, darunter auch von der Vorsitzenden des Landeskulturbeirates scharfe Kritik. Laut den Medienberichten werden unter anderem folgende Punkte hinterfragt: Das Veranstaltungs-

zelt „White Noise“ liege seit Monaten im Depot und werde nach dem Kunstprojekt im letzten Frühjahr auf dem Salzburger Mozartplatz nicht mehr genutzt, trotz Anschaffungskosten von 300.000 Euro und der Ankündigung, den „Igel“ künftig für vielerlei Projekte im gesamten Land zu nutzen. Das Igelzelt sei zudem nicht praktikabel und brauche entsprechende Abdichtungen, um es wetter- und schallfest zu machen. Weiters fehlen dem „Igel“ Wände, wodurch sämtliche Präsentationen nur auf extra angebrachten Stellwänden durchgeführt werden können und die Auf- und Abbaukosten würden zwischen 20.000 und 30.000 Euro betragen, ein Jahresbudget für so manche Kulturinitiative im Land. Ich stelle deshalb an Sie gemäß § 78a Geschäftsordnung des Landtages folgende Anfrage:

Was sagen Sie zu den in der Präambel aus Medienberichten nicht endend wollenden Kritikpunkten? Wie hoch sind die bisher verursachten Kosten durch das Projekt „White Noise“ bzw wie hoch sind die monatlichen Kosten der Lagerung und Wartung? Welche weitere Verwendung des sogenannten „Kunstigels“ sind derzeit geplant? Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström Bsc:** Danke. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

**LHStv. Mag. Brenner:** Danke sehr. Die Anfrage bezieht sich ganz offensichtlich und es wird ja in der Präambel auch ausgeführt auf die Kritik der scheidenden Vorsitzenden des Landeskulturbeirats Barbara Wicha. Ein Teil dieser Kritik, und ich werde dann näher darauf eingehen, besteht offensichtlich auch deshalb, weil sie sich mit dem Projekt nicht im Detail beschäftigt hat und ich habe versucht auch in diesem Radiointerview, auf dem diese Anfrage aufbaut, auch diese Kritik zu entkräften bzw einige Punkte richtig zu stellen.

Seit der ersten Präsentation von „White Noise“, von diesem Kunstprojekt war klar, dass es drei verschiedene Nutzungsmöglichkeiten gibt. Die erste Nutzungsmöglichkeit ist, dass das Land selber einmal pro Jahr, und wir haben immer von einmal pro Jahr gesprochen, diesen Kunstpavillon an verschiedenen Stellen im Bundesland Salzburg für mehrere Wochen aufstellen wird und den regionalen Kulturinitiativen zur Verfügung stellen wird. Von Anfang an war klar, dass es sich hier nicht um eine regelmäßige Bespielung über das ganze Jahr handelt, sondern dass wir einmal pro Jahr auf Kosten des Landes diesen Kulturpavillon zur Verfügung stellen wollen an unterschiedlichen Orten jeweils im Bundesland Salzburg. Ein erstes Mal war das am Mozartplatz und es wird 2012 eine weitere Aufstellung selbstverständlich folgen.

Die zweite Möglichkeit, das ist die Nutzung durch Kulturinitiativen. Hier haben wir immer klar gesagt Kulturinitiativen ohne kommerzielle Absicht können diese Igel, wie er liebevoll von der Bevölkerung genannt wird, kostenlos nutzen. Was sie selbst tragen müssen, das sind die Aufstellungs- und Transportkosten, aber dafür fallen keine Mietkosten oder ähnliches an.

Und es gibt eine dritte Möglichkeit. Die dritte Möglichkeit ist die Anmietung durch kommerzielle Unternehmen. Dann allerdings gegen Gebühr, und dafür gibt es sehr klare Richtlinien, die erstellt worden sind: wann kann ein Unternehmen „White Noise“ anmieten, was kann darinnen passieren und was kann nicht darin passieren.

Wovon überhaupt keine Rede sein kann ist, dass „White Noise“ nicht mehr genutzt wird und jetzt, so wie es dargestellt wurde, in Lagern verrottet. Im Gegenteil. Die Nutzung war genauso vorgesehen, wie wir das jetzt auch machen, nämlich regelmäßig einmal pro Jahr Bespielung durch das Land und regionale Kulturinitiativen. Wir haben das bei der Eröffnung am Mozartplatz gesagt. Wir haben auch jetzt tatsächlich schon erste Pläne für das nächste Jahr. Es gibt verschiedenen Orte, wo wir mit regionalen Kulturinitiativen im Gespräch sind und, das darf ich heute auch berichten, wir sind knapp vor der Unterzeichnung eines Vertrages mit einem Nutzer außerhalb des Bundeslandes Salzburg, mit einer durchaus relevanten Kulturinitiative, die nächstes Jahr „White Noise“ mit großer Wahrscheinlichkeit anmieten wird. Es ist übrigens nicht der einzige, mit dem wir in konkreten Gesprächen sind. Wir befinden uns mit mehreren überregionalen Kulturinitiativen in Gesprächen. Es gibt sogar eine internationale Anfrage dazu.

Was die Kritik betrifft, dass "White Noise", dass dieser Kunstpavillon nicht funktional wäre, weil es keine entsprechende Abdichtung gibt, darf ich darauf hinweisen, dass man diese Frage leicht umgehen hätte können, indem man sich den Kunstpavillon einfach anschaut. Der Kunstpavillon ist von seiner Beschaffenheit im Wesentlichen ein Zelt, und zwar ein sehr stabiles Zelt. Es gibt sogar ein Heizsystem dafür. Das heißt es ist natürlich regendicht, es kann beheizt werden, wenn man allerdings im Hochgebirge im Winter eine Veranstaltung machen will, dann ist "White Noise" sicher der falsche Veranstaltungsort, keine Frage. Aber wenn man sieht, dass auch andere Veranstalter über Jahre hinweg mit Zelten hervorragende Rahmenbedingungen finden, dann weiß man, was man von diesem Kunstpavillon erwarten kann. Ich darf nur an das Winterfest erinnern, das regelmäßig in Zelten hervorragende Veranstaltungen durchführt. Was wir nicht haben: Wir haben keine hochgebirgstauglichen, voll abgedichteten, klimatisierten Rahmenbedingungen. Es ist ein Zelt, aber ein sehr stabiles Zelt, das beheizbar ist, das wasserdicht ist. Was wir auch nicht haben, wir haben keine Akustik wie in einem Proberaum, aber das hat auch das Winterfest nicht. Das ist kein gemauertes Gebäude, sondern das ist ein mobiler Kunstpavillon mit den Vorteilen, die das mit sich bringt, nämlich Mobilität und auch mit den Nachteilen, die es mit sich bringt, nämlich vielleicht nicht die gleichen klimatischen Bedingungen und auch nicht die gleichen akustischen Bedingungen wie in einem Tonstudio.

Der dritte Kritikpunkt bezieht sich auf die Auf- und Abbaukosten. Es ist richtig, der Auf- und Abbau kostet um die 20.000 Euro. Das war von Anfang an klar, dass wenn wir einen solchen mobilen Kunstpavillon errichten, der architektonische Kriterien erfüllen muss, der inhaltliche Kriterien im

Sinne von Raumklima erfüllen muss, der Stabilität mit sich bringen muss, dass das nicht ganz so leicht sein wird, wie eine aufblasbare Hüpfburg oder ähnliches. Das war klar. Wenn wir „White Noise“ für einen einzigen Abend als Veranstaltungsort nutzen und aufbauen, dann wäre das falsch. Hiefür sind die Transport- und Aufbaukosten definitiv zu hoch. Wenn man allerdings, und das ist genau das Bespielungskonzept, wie wir das von Anfang an auch vorgesehen haben, diesen Kunstpavillon, für viele Wochen nutzt, dann relativieren sich diese Kosten sehr, sehr schnell. Es genügt ein Blick auf eine Homepage eines Zeltvermieters. Es genügt der Blick in eine Homepage des Kongresshauses. Wenn man dort über mehrere Wochen Ausstellungsflächen in dieser Größe anmietet für Konzerte, Ausstellungen, Theater und ähnliches, dann kommt man schnell auf ähnliche Kosten. Das heißt die wesentliche Frage ist, nutze ich es für einen Abend, dann würde ich davor dringend abraten. Dafür ist es zu kompliziert. Habe ich es für mehrere Wochen oder Monate stehen, so wie unser Plan ist und wie auch die, die sich jetzt für eine Anmietung interessieren, das vorhaben, dann ist es durchaus das richtige Gebäude und das richtige Instrument dafür.

Der Hinweis auf die Kosten in Bezug auf die Fördermittel für Kulturvereine im Bundesland Salzburg, es steht ja in der Anfrage, dass diese 20.000 bis 30.000 Euro das Jahresbudget mancher Kulturinitiativen betrifft, ist, wenn man die Kosten allein sieht, richtig. Tatsache ist aber, dass diese Mittel nicht aus der Kulturförderung des Landes kommen, insofern nicht auf Kosten der Kultur gehen, sondern im Gegenteil zusätzliche Möglichkeiten, und zwar kostenlose zusätzliche Möglichkeiten für die Kunst- und Kulturinitiativen im Bundesland Salzburg bieten. Warum ist das so? Weil „White Noise“ ein Projekt von Kunst am Bau ist und Kunst am Bau gesetzlich vorsieht, dass die Speisung dieser Mittel, und zwar 300.000 pro Jahr, aus dem Baubudget des Landes, zum einem aus dem Hochbau zum anderem aus dem SALK-Bereich kommt, so sieht es das Gesetz vor. Das heißt wir schaffen hier gratis Kunstraum plus Bespielungsmöglichkeiten, die aus diesem Budget getragen werden und die nicht auf Kosten regionaler Kulturinitiativen gehen.

Nachdem es schon geklingelt hat, versuche ich ganz schnell die Detailfragen zu beantworten. Die Frage 1.1: Ja, 300.000 Euro waren die Gesamterrichtungskosten inklusive erstmaliger Auf- und Abbau, die hier schon enthalten sind. Für die Lagerung fallen keine weiteren Kosten an. Wir gehen davon aus, dass wir für die Aufstellung einmal pro Jahr im Land Salzburg diese 20.000 Euro brauchen und wir haben noch einmal vorgesehen für die inhaltliche Bespielung, das heißt für das Programm, das dort durchgeführt werden wird, 25.000 Euro, die aus Kunst am Bau kommen, die also zusätzlich der Kunst im Bundesland Salzburg zur Verfügung stehen werden und die nicht darauf verzichten muss.

Zur Frage 1.2: Wie ist die weitere Verwendung vorgesehen? Ich habe vorher schon darauf hingewiesen es gibt grundsätzlich drei Möglichkeiten. Wir haben das auch im März 2011 bei der Pressekonferenz ausgeführt. Das Land wird einmal pro Jahr den Igel selbst bespielen. Da sind wir noch in

Gesprächen. Wir brauchen ja auch die regionalen Kulturpartner dafür. Es ist ja nicht so, dass wir dann kommen und sagen das Landestheater, das Mozarteumorchester macht dort wochenlang Programm, sondern das Angebot dient dazu, dass regionale Kulturinitiativen sich besser präsentieren können. Das wird jetzt erarbeitet. Aber klar ist, es wird 2012 eine Aufstellung durch das Land geben und wir werden in wenigen Wochen voraussichtlich einen Vertrag unterschreiben mit einem größeren Kulturfestival außerhalb von Salzburg, das hohes Interesse an „White Noise“ hat und es nutzen wird.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Ich möchte darauf hinweisen, dass zur mündlichen Fragenbeantwortung fünf Minuten Zeit sind. Frau Abgeordnete, hast Du noch weitere Fragen?

**Abg. Dr. Pallauf:** Eine Unterfrage, und zwar Du hast angesprochen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dass 300.000 Gesamtkosten, da sind die Kosten des erstmaligen Aufstellens drinnen. Es wurde eine Event- und Beratungsagentur beauftragt, ein Verwertungskonzept zu erstellen. Wo sind diese Kosten beinhaltet?

**LHStv. Mag. Brenner:** Das kann ich im Detail nicht beantworten, weil das über die Landesbaudirektion läuft, die die Verantwortung für Kunst am Bau insgesamt hat. Meines Wissens nach sind daraus noch keine Kosten resultiert, weil wir kein Verwertungskonzept bis dato haben. Die Idee war die Vermietung, und zwar die kommerzielle Vermietung von „White Noise“ auch über eine Agentur zu betreiben. Es hat auch erste Interessenten gegeben, zum Beispiel im Bereich des Messewesens oder der Produktpräsentation, zum Beispiel ein großer Autokonzern hat daran auch Interesse gehabt und da waren wir der Meinung, dass dieser Teil, wenn es um kommerzielle Nutzung geht, eher ausgelagert werden soll und dazu hat es diese Gespräche gegeben. Allerdings meines Wissens nach noch keinen endgültigen Abschluss bzw keine konkrete Verwertung durch eine Agentur.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Frau Abgeordnete, Du hast die Möglichkeit einer weiteren Zusatzfrage.

**Abg. Dr. Pallauf:** Ich möchte keine Zusatzfragen mehr stellen, sondern zusammenfassen. Dieses Kunstprojekt „White Noise“, das jetzt einmal im letzten Jahr zwei Monate aufgestellt war, hat zu erheblichen Kosten geführt. Ja es ist richtig, es kommt aus dem Budget Kunst am Bau. Es ist ein mobiles Kunstobjekt. Ich wage anzuzweifeln, ob das dem Leitbild Kunst am Bau entspricht, nachdem es im Leitbild für Kunst am Bau heißt, dass für kunstvolle Gestaltung von Landesbauvorhaben dieses Geld verwendet werden soll. Ob das dem Leitbild dieses Budgetpostens entspricht ist überdies anzuzweifeln, dieses Kunstwerk diesen Fonds, diesen Kunst am Bau Budgetposten weiter belastet. Mit zehn Prozent pro Jahr, weil ja diese Aufstellungskosten in den Folgejahren auch von

dort abgesichert werden und auch wenn hier keine Lagerungskosten anfallen monetär, der Platz denke ich ist ja doch auch, dort wo es jetzt liegt, grundsätzlich für andere Aufgaben vorgesehen und ist auch bemessbar und bewertbar. Ich denke dieses Kunstprojekt ist berechtigt mit so herber und andauernder Kritik behaftet.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Somit ist die zweite mündliche Anfrage beendet. Wir kommen zur dritten

### **5.3 Mündliche Anfrage der Abg. Dr. Rössler an Landesrat Walter Blachfellner betreffend den EURATOM-Vertrag**

Herr Landesrat, Du hast fünf Minuten zur Beantwortung.

**Abg. Dr. Rössler:** Ich starte mit der Frage an Herrn Landesrat Blachfellner betreffend den EURATOM-Vertrag. In den Medien wurde dieser Tage ein inoffizielles Papier präsentiert, wonach EU-Energiekommissar Günther Oettinger den Bau von 40 neuen Atomkraftwerken in Europa befürwortet. ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Sauerei!)**

... Sie haben daraufhin angekündigt, dagegen die Möglichkeiten über EURATOM ausnützen zu wollen. Meine mündliche Anfrage, die Hauptfrage:

Wie werden Sie sicherstellen, dass EURATOM nicht dazu dient, den Atomausstieg zu unterwandern und neue Atomkraftwerke vorzubereiten? Meine erste Unterfrage: Welche konkreten Schritte werden Sie setzen, damit Oettingers Pläne nicht umgesetzt werden? Und die zweite: Weshalb unterstützen Sie nicht den Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag?

**Landesrat Blachfellner:** Die Uhr läuft. Frau Abgeordnete, Sie werden ja wahrscheinlich auch dann den zweiten und dritten Satz gehört haben, der gebracht wurde. Ich habe zuerst gesagt wir haben jetzt die Möglichkeit, wir habe ich Österreich gemeint, über EURATOM etwas zu tun. Das ist auch der Wunsch und die Forderung von uns, den Bundesländern. Ich habe dann auch verlangt, dass die Veto-Karte von jenen gezogen wird, die für Österreich im EURATOM drinnen sitzen. Sie wissen die Sitzungen werden unterschiedlichst beschickt und ich sage auch gleich wir haben ja in den letzten Jahren die Umweltreferenten einen Teilerfolg gehabt. Wir haben nämlich im Jahr 2011 bei den Verhandlungen über das Forschungs- und Rahmenprogramm 12/13 durchgesetzt, dass die Forschung zur alten und neuen Reaktorsystemen ausschließlich auf Sicherheitsfragen konzentriert

wird. Das heißt das Finanzieren von Forschungsprojekten ausschließlich für Sicherheitsfragen für zwölf und 13, aber das ist ja bald vorbei. Es kommt ja dann schon wieder 14 und und und.

Wir haben gemeinsam den Herrn Bundesminister aufgefordert, jährlich mit uns ein Gespräch zu führen über die Atompolitik, über die aktuellen Entwicklungen und auch über EURATOM. Wir warten heuer noch auf die Einladung. Ich denke mir wenn er seine Auslandsreisen abgeschlossen hat, wird er für uns wieder mehr Zeit haben und es wird von uns wieder klar signalisiert sein, dass wir hier eine klare Haltung verlangen. Wir haben auch verlangt, dass uns die Beratungen, die bei EURATOM geführt werden, vorgelegt werden, dass wir hierüber informiert werden und ganz, ganz klar meine Forderung auch, die wir abgestimmt haben mit allen Umweltreferenten, dass auch wenn es um die Gesundheit und die Sicherheit und um das Interesse der Bevölkerung geht bei uns, auch einmal die Veto-Karte zu ziehen ist. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke Herr Landesrat. Frau Abgeordnete, Du hast eine Zusatzfrage.

**Landesrat Blachfellner:** Die zweite Unterfrage, warum ich nicht für den Ausstieg bin. Der Ausstieg aus EURATOM heißt nicht Ausstieg aus Atomenergie. Sie wissen, dass es hier sehr viele Nationalrechte gibt und ich glaube, dass es vernünftiger ist hart zu verhandeln und dabei zu sein als wie herauszugehen, dann kann man gar nichts tun. Hätten wir das, was Sie wollen und verlangt haben als Grüne, vor zwei, drei Jahren getan, nämlich aus EURATOM auszusteigen, dann hätten wir diesen Teilerfolg, dass 12/13 nur für Sicherheit das Forschungsgeld verwendet wird, sicherlich nicht zusammengebracht.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Frau Abgeordnete!

**Abg. Dr. Rössler:** Die erste Zusatzfrage: Wie hoch sind die jährlichen Beiträge Österreichs für EURATOM in den letzten fünf Jahren? Ich darf auch die zweite Zusatzfrage anhängen: Es ist jetzt am 16. Jänner der Energiegipfel. Da geht es darum, dass Österreich sich für ein Atomstromimportverbot festlegt. Wie stehen Sie dazu?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Landesrat!

**Landesrat Blachfellner:** Zum Ersten war es mir nicht möglich, Sie wissen das ist Bundesgeld verteilt auf mehrere Ressorts. Ich würde hier vorschlagen, dass Ihr Grüner Abgeordneter in Wien diese Frage stellt. Ich habe die Antworten nicht bekommen, weil mir mitgeteilt wurde, dass es in sehr vielen Unterbudgets drinnen ist von drei verschiedenen Ministerien, nämlich Umweltministerium, Wirt-

schaftsministerium und Außenministerium meines Wissens jetzt und da in verschiedensten Budgetposten verpackt.

Zum Zweiten zum Ausstieg aus Atomstrom: Der Salzburger Landtag hat das ja meines Wissens beschlossen und damit ist meine Haltung auch klar. Ich bin gegen Atomstrom und ich glaube ich habe das in den letzten Wochen, Monaten und Jahren auch klar unterstrichen und auch meine Politik darauf ausgerichtet.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Frau Abgeordnete, Du hast die Möglichkeit einer Zusammenfassung.

**Abg. Dr. Rössler:** Danke ja. Zum Einen verwundert es mich doch sehr, dass auch bei einem Umweltlandesrat die Höhe der Beiträge zu EURATOM nicht bekannt und auch nicht kurzfristig eruierbar sind, das heißt natürlich, dass hier offensichtlich auch keine Klarheit besteht oder bestehen soll, wie viel Mittel tatsächlich von Österreich an diesen EURATOM-Vertrag fließen. Andere Länder, zum Beispiel Deutschland prüfen sehr wohl, sehr konkret den Ausstieg aus EURATOM und ich halte das für die ehrlichere Vorgangsweise anstatt wie das Salzburg oder der österreichische Weg hier von einer Veto-Karte zu reden, die ja schon die letzten Jahre nicht benutzt wurde. Also ich sehe keine Möglichkeit, dass Salzburg, selbst wenn wir hier noch so vehement etwas fordern, wirklich den Bundesminister dazu bewegen zu können, dann hart zu bleiben, wenn es um dieses Thema EURATOM geht.

Zu dem Energiegipfel: Salzburg hat sich leider nicht so deklariert und ich erinnere auch an die Diskussionen im Ausschuss, dass hier sehr, sehr viele Ausflüchte verwendet worden sind, warum Salzburg und in dem Fall auch die Salzburg AG mit dem Thema Stromhandel sich nicht entziehen kann dem internationalen Stromgeschäft und damit auch nicht klar ist, welches Volumen an Atomstrom in der Gebarung und auch letztlich Gewinne aus dem Atomstromgeschäft in die Landesmittel von Salzburg fließen. Ich halte das für eine sehr gespaltene Vorgangsweise nach außen Härte zu zeigen und nach innen eigentlich anders zu agieren und wir werden sicher dazu weitere Anträge einbringen.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Damit ist die dritte mündliche Anfrage beendet. Wir kommen zur Anfrage Nummer vier

#### **5.4 Mündliche Anfrage von Abg. Friedrich Wiedermann an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Wilfried Haslauer betreffend die Umsetzung von Straßenbauvorhaben**

Herr Landtagsabgeordneter, Du bist am Wort.

**Abg. Wiedermann:** Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Wahlkämpfe stehen im Verdacht, dass manche Politiker Zusagen abgeben, die sie dann doch nicht einhalten können oder sogar wollen. Von dieser Untugend ist auch der Straßenbau betroffen. Ob es sich nun um die Autobahnauffahrten Eugendorf und Hagenau, den Gitzentunnel oder auch die Umfahrung Saalfelden handelt, es ist immer das gleiche Muster zu erkennen. Vor der Wahl versprochen, nach der Wahl gebrochen. Ich stelle deshalb an Sie gemäß § 78 a GO-LT folgende mündliche Anfrage:

Erstens: Wie ist der aktuelle Stand der vier in der Präambel genannten Projekte? 1.1 Wann werden diese realisiert? 1.2 Gibt es hierfür rechtsverbindliche Vereinbarungen? Ich ersuche um Beantwortung.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

**LHStv. Dr. Haslauer:** Herr Abgeordneter! Ich danke Ihnen dafür, dass Sie bei dem Vorwurf vor der Wahl versprochen, nach der Wahl gebrochen von wörtlich "manchen Politikern" sprechen und nicht mich meinen, weil sonst hätten Sie mich sicher reingeschrieben. Sollten Sie mich meinen, dann würde ich mit einem Goethe-Zitat sagen: Dichtung und Wahrheit. Es ist Ihr Recht bei der Dichtung zu bleiben, ich nehme mir heraus, die Wahrheit zu sagen.

Erstens Eugendorf Autobahnabfahrt bzw -auffahrt: Eine zweite wurde von mir vor der Wahl nicht versprochen, nach der Wahl haben wir die Beschleunigung Eugendorf mit glaube ich sehr positiven Ergebnissen durchgesetzt, als vorübergehende Maßnahme bis zur Herstellung einer zweiten Autobahnauffahrt. Der aktuelle Stand zu dieser zweiten Autobahnauffahrt ist laut einem Besprechungsprotokoll mit der ASFINAG vom 28.11.2011, dass in zwei Varianten geprüft wird, und zwar eine Variante als neue Anschlussstelle zur Entlastung der Autobahnanschlussstelle Eugendorf und die zweite Variante über Kollektoren bei Zusatzrampen, die ebenfalls Entlastungswirkung haben soll. Das Projekt soll in Abhängigkeit mit der derzeit von der ASFINAG durchgeführten Untersuchung zum sechsstreifigen Ausbau der A1 in diesem Bereich gesehen werden und derzeit bedarf es eines offiziellen Schreibens der Gemeinde Eugendorf mit der Zustimmung zur Weiterplanung in diesem Bereich.

Zweites Projekt Hagenau: Am 9.12.2011 wurde mit Edikt in den Medien das UVB-Verfahren kundgemacht. Im Zuge der Vorbereitung dieses Projektes hat sich herausgestellt, dass der zweite Ast Abfahrtsast aus Richtung Wien mit einer erhöhten Schadstoffgefährdung verbunden gewesen wäre. Wir haben jetzt das Projekt abgeändert. Es erfolgt in zwei Ausbaustufen. Erste Ausbaustufe die Ableitung von Richtung München kommend wird gebaut. Die zweite Ausbaustufe, sobald, und das

wird etwa in vier bis fünf Jahren nach unserer Schätzung, die Emissionswerte den Richtwerten dann dort entsprechen, kann auch der zweite Ast gebaut werden. Diese Verbesserung der Situation hängt damit zusammen, dass bei den LKWs die besseren Umweltklassen eingeführt werden und dort zunehmend mit höheren Stückzahlen unterwegs sind.

Drittes Projekt der Gitzentunnel: Wir haben vor der Wahl nicht den Bau des Gitzentunnels in dieser Legislaturperiode versprochen. Das wäre weder technisch noch finanziell machbar gewesen. Der derzeitige Stand ist, es gibt einen Regierungsbeschluss in Richtung Gitzentunnel als großes Projekt, allerdings mit dem Vorbehalt noch eine Variantenstudie ähnlich wie in Saalfelden durchzuführen. Diese Variantenstudie ist beauftragt, Ergebnis liegt noch nicht vor.

Viertes Projekt Saalfelden: Es ist Ihnen bekannt, dass es eine Festlegung der Regierung von 2002 gibt, zunächst die Umfahrung Henndorf zu bauen, dann Strasswalchen und dann an die Umfahrung Saalfelden zu gehen. Henndorf ist fertig, Strasswalchen wird derzeit gebaut. Was Saalfelden betrifft, haben wir absoluten Handlungsbedarf. Die Situation ist dort verkehrlich schon problematisch, vor allem an den touristischen Spitzentagen. Selbst dann, wenn die Umfahrung kommen sollte, was meiner Meinung nicht der Weisheit letzter Schluss ist, daraus habe ich nie ein Geheimnis gemacht, dann müssen wir noch etliche Jahre dazu warten, bis die finanzielle Bedeckung dieses große Projekt, das um die 45 Mio Euro mindestens kosten wird, ermöglicht. Daher habe ich veranlasst, dass mit den Vorbereitungsarbeiten, der Ertüchtigung des Bestandsnetzes im Bereich Saalfelden begonnen wird und diese Arbeiten 2012/2013 fertiggestellt werden, inklusive telematischer Steuerungsanlagen. Dann haben wir auf jeden Fall dort eine Verbesserung und dann werden wir sehen, ob wir auf Grundlage dieser Verbesserung zu einer Neubewertung der Vorhaben kommen werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, dass ich mit Übernahme des Straßenbauressorts 2009 rund 16 Varianten an Umfahrungsmöglichkeiten für Saalfelden vorgefunden habe und wenn die Umfahrung kommt, ist auch klar welche Variante kommen wird. Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström Bsc:** Danke. Herr Abgeordneter, willst Du noch weitere Fragen stellen.

**Abg. Wiedermann:** Ja, eine Zusatzfrage. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie kennen die aktuelle Diskussion Kreisverkehr Lengfelden. Die Autofahrerinnen und Autofahrer, insbesondere Pendler klagen jetzt, dass durch diese neue Verkehrslösung teilweise eine Stauverschärfung und somit eine Wartezeit von bis zu 20 Minuten mehr eingetreten ist als bei der vorher bestehenden Lösung. Jetzt haben Sie angekündigt oder seitens des Ressorts wurde angekündigt, den Kreisverkehr neuerlich umzuplanen und umzubauen. Welche Maßnahmen sind hier erforderlich und bis wann sollen diese Maßnahmen erledigt werden?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

**LHStv. Dr. Haslauer:** Lengfelden ist ein Unfallhäufungspunkt. Wir haben dort in der alten Konfiguration des Kreisverkehrs vier bis fünf Unfälle pro Woche gehabt und haben jetzt diesen Kreisverkehr neu organisiert. In den sechs Wochen seit Bestehen der neuen Situation haben wir nicht einen Unfall gehabt. Also von der Seite her war der Kreisverkehr, die Neuregelung erfolgreich. Weniger erfolgreich war diese Neuregelung was den Verkehrsfluss betrifft. Wir haben insbesondere aus Richtung Elixhausen tatsächlich Stauaufbau, längere Fahrzeiten, 20 Minuten ist mir nicht bekannt, aber zehn bis 15 Minuten, auch was die Busse betrifft. Daher habe ich Anweisung gegeben, dass die Ursache des Problems dort beseitigt wird. Die Ursache des Problems liegt darin, dass von Salzburg kommend es nur eine Spur in diesem Kreisverkehr Richtung Gewerbegebiet Bergheim gibt und dort fahren sehr viele Leute, vor allem in der Frühspitze, auch am Abend und die blockieren dann das Einfahren in den Kreisverkehr von Richtung Elixhausen. Daher werden wir diesen Bereich zweispurig ausbauen und die restlichen Organisationsmaßnahmen bleiben gleich.

Die zweispurige Organisation des Kreisverkehrs Lengfelden Richtung Bergheim bewirkt, dass dann im Zusammenhang mit der Schaltung der Ampel beim Modezentrum der Verkehr Richtung Bergheim schneller abfließen kann und daher dann der Verkehr aus Elixhausen kommend wieder besser in den Kreisverkehr einfahren kann. Das werden wir noch vor Weihnachten erledigen, wenn es die Wetterverhältnisse zulassen, derzeit schaut es so aus, und wir werden dann im Frühjahr auch noch eine bauliche Veränderung an diesem Kreisverkehr noch durchführen, indem wir ihn partiell vergrößern.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Abgeordneter, hast Du noch weitere Fragen?

**Abg. Wiedermann:** Nein. Zusammenfassung ja. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich möchte ganz kurz eingehen auf Ihre Äußerung Dichtung und Wahrheit. Den Ball darf ich aber schon zurückspielen, nämlich mit der Dichtung. Ich kann mich genau erinnern im Jahre 2009, kurz nachdem diese Gesetzgebungsperiode sich konstituiert hat, war es ein Antrag der FPÖ, also der Freiheitlichen, betreffend die zweite Autobahnauffahrt in Eugendorf, dass diese errichtet werden soll. Diesem Antrag wurde mehrheitlich, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ...

**(Zwischenruf LHStv. Dr. Haslauer:** Nach der Wahl!)

... diesem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt und Sie haben zugesagt, spätestens Ende 2015 wird es diese zweite Autobahnauffahrt geben. Ebenso kenne ich so manche Ihrer Aussendungen und Ihrer Äußerungen was den Gitzentunnel betrifft. Spätestens 2015 sei Baubeginn des Gitzen-

tunnels. So jedenfalls ist die Meinung draußen in der Bevölkerung, in den betroffenen Gemeinden, in den Umlandgemeinden und vor allem auch der betroffenen Pendlerinnen und Pendler. Es sollte doch einmal möglich sein, dass man seitens der Regierung, insbesondere Sie als zuständiges Ressortmitglied oder Ressortchef, der Bevölkerung, den Betroffenen einmal reinen Wein einschenkt und nicht Sand in die Augen streut. Sand in die Augen streut, indem man verspricht, es wird kommen, das wird kommen, wir machen neue Konzepte, so wie jetzt angekündigt, eine neue Variantenstudie und ich vielleicht kann man jetzt schon im Vorfeld bildlich vorstellen, vor 2014, vielleicht Mitte des Jahres 2013 wird diese Variantenstudie fertig sein und dann wieder ein neues Versprechen für die betroffene Bevölkerung und für die betroffenen Pendlerinnen und Pendler.

Ich glaube, dass es schon in der Verantwortung der Politik liegt, der Bevölkerung, auch wenn es schwer sein wird, wir wissen alle die Budgetsituation, wir kennen sie, auch wenn es schwer sein wird, hier einmal die Wahrheit zu sagen. Es geht nicht, weil kein Geld da ist. Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Somit kommen wir zur letzten

#### **5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Schwaighofer an Landesrätin Schmidjell betreffend berufliche Inklusion**

Herr Abgeordneter, Du hast das Wort.

**Abg. Schwaighofer:** Dankeschön. Der Monitoring-Ausschuss für die Umsetzung der Uno-Konvention für Menschen mit Behinderung hat im März 2010 für die berufliche Inklusion unter anderem festgelegt, gemäß Artikel 27 dieser Konvention haben Menschen mit Behinderung das gleiche Recht auf Arbeit wie andere Menschen auch. Das Konzept, das diesem Artikel 27 zugrunde liegt, geht davon aus, dass Menschen mit Behinderungen grundsätzlich in einem offenen, inklusiven und für Menschen mit Behinderungen barrierefrei zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld beschäftigt werden und ihnen die Möglichkeit geboten wird, einen angemessenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen.

Es heißt dann weiter noch in dieser Interpretation: Tagesstrukturen, insbesondere die sogenannte Beschäftigungstherapie, Arbeit in Werkstätten oder fähigkeitsorientierte Aktivität in ihrer jetzigen Form müssen abgeschafft werden, sagt der Monitoring-Ausschuss zur Umsetzung dieser Uno-Konvention. Diese Forderungen des Monitoring-Ausschusses, der ja auch in Salzburg bereits getagt hat und mit dem es Besprechungen gegeben hat, legen massive Veränderungen auch in der Salzburger Struktur institutioneller Beschäftigungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten und Einrichtungen nahe. Vorarlberg hat dazu bereits seit Jahren erfolgreiche Model-

le unter anderem das Modell Spagat. Solche Modelle sollen aus meiner Sicht oder aus unserer Sicht auch in Salzburg so bald wie möglich umgesetzt werden. Daher folgende Frage:

Inwiefern entspricht die derzeitige Situation für Menschen mit Behinderungen im Arbeits- und Berufsleben den Zielen bzw Forderungen des Monitoring-Ausschusses bzw welche Maßnahmen wirst Du diesbezüglich setzen?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Frau Landesrätin, Du hast fünf Minuten Zeit.

**Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus!

Menschen mit Beeinträchtigungen wollen und sollen gleiche Lebensbedingungen haben wie alle anderen auch, insbesondere was das Thema Arbeit betrifft. Daher ist die Forderung und der Punkt der UN-Konvention, die einen Zugang zu einem offenen, inklusiven und allen zugänglichen Arbeitsmarkt für Menschen mit Beeinträchtigungen vorsieht, völlig richtig. Die Leistungen der Salzburger Behindertenhilfe wurden in den letzten Jahren zunehmend ausdifferenziert und in Richtung Öffnung zum allgemeinen Arbeitsmarkt hin entwickelt. Allen voran möchte ich nennen die Lohnkostenzuschüsse. Es werden hier ca 500 Arbeitsplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen bezuschusst entweder in der freien Wirtschaft oder in den geschützten Werkstätten. Das sind sozialversicherungspflichtig voll abgesicherte Dienstverhältnisse. Das ist der eine Punkt.

Was die Ausbildung von jungen Menschen mit Beeinträchtigungen anbetrifft, so gibt es bekanntlich Anlehre, Teilqualifikation und integrative Ausbildung und diese Ausbildungen sind alle auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt hin ausgerichtet. Sie bieten was Teilqualifikation angeht und auch wirtschaftsintegrative Ausbildung auch volle sozialversicherungsrechtliche Abdeckung.

Ich möchte aber noch einen anderen Aspekt auch ansprechen, nämlich den, wo Menschen, vornehmlich in der Lebenshilfe, in sogenannten Werkstätten eingesetzt werden, denn auch da haben wir zunehmend eine Orientierung hin auf Einsatzgebiete, die in der Öffentlichkeit liegen, hinorientiert, um nur einige Beispiele zu nennen. Hier werden Menschen mit Beeinträchtigungen eingesetzt bei Schulbuffets, bei der Pflege von Außenanlagen, also dort wo sie sehr wohl unterstützt und integrativ angeleitet, aber in einem öffentlichen Feld zum Einsatz kommen. Das sind die sogenannten Außenarbeitsplätze. Das ist aber auch der Einsatz an Ständen oder in Unternehmen mit denen wiederum die Werkstätten in einer Vertragsbeziehung stehen und wo die Menschen mit Beeinträchtigungen direkt in den Betrieben arbeiten können.

Dann möchte ich noch hinweisen auf die Arbeitsrehabilitation und Arbeitsassistenz, die auch definitiv danach ausgerichtet ist, Arbeitsplätze in der freien Wirtschaft für Menschen mit Beeinträchtigungen

gen abzusichern. Das sind die bestehenden Ausrichtungen, aber es soll tatsächlich noch viel stärker in Richtung Ausdifferenzierung, höhere Wahlfreiheit für Menschen mit Beeinträchtigungen und stärkerer Orientierung auf den ersten Arbeitsmarkt hin Angebote entwickelt werden. Was tun wir dazu? Der erste wichtigste Ansatzpunkt ist die Schaffung des neuen Salzburger Behindertengesetzes, denn es bedarf ja auch eines Rechtsrahmens für diese zunehmende Entwicklung in Richtung Ausdifferenzierung und verstärkter Integration und Inklusion. Sie wissen, dass vor kurzem die Auftaktveranstaltung zu diesem Gesetz stattgefunden hat. Es sind die Betroffenen einbezogen, auch erstmals die Selbstvertreter, aber auch alle Trägerorganisationen und hier sind wirklich alle eingeladen, diese neuen inklusiven Angebote zu entwickeln und dann natürlich auch im Rechtsrahmen abzusichern.

Ich möchte aber auch noch einen zweiten Planungsprozess ansprechen, nämlich den der psychosozialen Leistungsplanung, denn auch dort gibt es eine Arbeitsgruppe, die sich intensiv damit auseinandersetzt, wie Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen in Zukunft noch besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können. In all diesen Planungsprozessen werden selbstverständlich die Schnittstellen hin zum AMS und zum Bundessozialamt mitbedacht und bearbeitet. Es geht also von den Zielsetzungen in erster Linie darum, für die Betroffenen mehr Wahlmöglichkeiten zu schaffen, ein ausdifferenzierteres Angebot vorzusehen und wenn man jetzt bei der Berufsorientierung ansetzt, was ganz wichtig ist, eine üppige Potenz- und Potentialanalyse, Kompetenzanalyse an den Anfang der beruflichen Entwicklung zu stellen, damit hier alle Potentiale bestmöglich genutzt werden können.

Und weil Sie das Vorarlberger Projekt Spagat angesprochen haben. Das ist eine von mehreren Möglichkeiten, die ihm Rahmen der Schaffung des neuen Salzburger Behindertengesetzes sicherlich eine Rolle spielen wird. Das ist ein Angebot, wo Lohnkostenzuschüsse bis zu 100 % bezahlt werden und durchaus ein Modell, das für eine bestimmte Gruppe von Menschen mit Beeinträchtigungen sehr interessant ist, auch weil dieser Unterstützerkreis sehr weit ist und weil sich hier sozusagen das gesamte soziale Umfeld um eine Integration am Arbeitsmarkt bemüht. Das ist ein wichtiger Aspekt. Wir wissen aber aus Vorarlberg, dass das natürlich nicht alle Menschen mit Beeinträchtigungen, für alle Menschen mit Beeinträchtigungen das richtige Modell sein kann, aber für einen Teil ist es sicher von Interesse.

Zuletzt möchte ich noch anfügen, dass wir gerade was den Bereich der wirtschaftsintegrativen Ausbildung angeht, ja auch einen, wenn man so will, Restrukturierungsprozess in Gang gesetzt haben, der die wirtschaftsintegrative Ausbildung forciert und zugleich aber auch begleitet mit zunehmend selbständigerem Wohnen und Unterstützung zum zunehmend selbständigerem Wohnen, weil das die Möglichkeit am Arbeitsmarkt gut Fuß zu fassen sehr unterstützt.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Abgeordneter, hast Du noch weitere Fragen?

**Abg. Schwaighofer:** Ja. Ich hätte eine Frage jetzt noch zu diesem Modell Spagat. Wäre das nach dem, weil ich ja gelesen habe und erfahren habe, dass das von den Kosten her in Summe nicht teurer kommt als andere Modell mit geschützten Werkstätten und ähnlichem, so zumindest zeigen es die Unterlagen mir. Wäre dieses Modell einzusetzen in Salzburg oder umzusetzen in Salzburg ohne das neue Behindertengesetz zu haben oder gäbe es derzeit gar keine rechtliche Möglichkeit dazu?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Frau Landesrätin!

**Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer:** Also es braucht dazu wirklich den Rechtsrahmen. Insofern ist das Salzburger Behindertengesetz sozusagen die wichtige Diskussionsplattform, wenn man auch über solche Modelle nachdenkt. Dass es nicht mehr kostet, ist darin begründet, dass man beim Vorarlberger Modell die Kosten gedeckelt hat und sozusagen ein Budget für dieses Projekt zur Verfügung gestellt hat und darin eine bestimmte Anzahl von Plätzen geschaffen wurde. Ich glaube nicht, dass es das einzige Modell ist, das sozusagen allen Bedürfnissen gerecht wird. Das ist es sicherlich nicht, aber einer bestimmten Anzahl von Menschen mit Beeinträchtigungen, für die wird es sicher eine denkbare Möglichkeit, aber das sollten doch alle beteiligten Trägerorganisationen und auch die Betroffenen im Rahmen der Diskussion um das Salzburger Behindertengesetz mitgestalten.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Abgeordneter!

**Abg. Schwaighofer:** Vor wenigen Jahren wurde in Salzburg eine große Investition getätigt, indem die Geschützten Werkstätten praktisch neu gebaut und großartig ausgestattet wurden. Deckt sich diese Art von Betreuung, Vermittlung, Beschäftigung eigentlich mit dem, was der Monitoring-Ausschuss im Hinblick auf berufliche Tätigkeit von behinderten Menschen fordert oder wird man auch darüber nachdenken müssen, diese Strukturen zu adaptieren?

**Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer:** Der Monitoring-Ausschuss hat ja sehr wohl ein breites Spektrum von Beschäftigungsmöglichkeiten immer wieder angesprochen. Das heißt ja nicht, dass alles, was es bisher gibt, keinesfalls mit der UN-Konvention vereinbar ist. Vielmehr gibt es ja auch Personengruppen, für die therapeutische Angebote viel mehr im Vordergrund stehen als eine denkbare Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Also richtigerweise braucht es auch in Zukunft abgestufte Angebote und gerade die Beschäftigung in den geschützten Werkstätten, die eine

sozialversicherte Beschäftigung ermöglicht, ist sicherlich ein Angebot, das es auch in Zukunft brauchen wird.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Abgeordneter, Du hast jetzt noch zwei Minuten Frage oder Zusammenfassung.

**Abg. Schwaighofer:** Dankeschön. Ich denke die Bemühungen sind, die ich auch bei der Begründung des dringlichen Antrages gesagt habe, eh von allen Seiten in gleicher Weise. Ich stelle nur fest, dass es in Einrichtungen, die derzeit auch Werkstätten anbieten, durchaus auch Fachkräfte dort gibt, die mir vermitteln, dass eigentlich mehr Menschen verstärkt in den ersten Arbeitsmarkt geführt werden könnten. Die Gefahr, die schon ein bisschen gegeben ist, dass man sozusagen in diesen Werkstätten auch sozusagen die Struktur erhalten will und das individuelle Ziel, das der Einzelne anstreben will, anstrebt, nämlich vielleicht in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen, dass das nicht unbedingt so zum Durchbruch kommt nach den jetzigen Regelungen, wie wir sie haben, wie es notwendig wäre. Insofern glaube ich, dass es notwendig ist im neuen Behindertengesetz das entsprechend unterzubringen. Ich hoffe auch, dass es eine Zusammenführung zwischendurch einmal gibt dieses Arbeitskreises in der psychosozialen Versorgung mit den Gruppen, die in der Behindertengesetzneuerung tätig sind. Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Somit ist der Tagesordnungspunkt fünf beendet und bevor wir zum Tagesordnungspunkt sechs - Dringliche Anfragen kommen, begrüße ich noch die Schüler und Schülerinnen der Gartenbauberufsschule Kleßheim. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall) Wir kommen jetzt zu

## **Punkt 6: Dringliche Anfragen**

Im Einlauf befinden sich zwei dringliche Anfragen und ich rufe die erste

**6.1 Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Herrn LHStv. Mag. David Brenner betreffend den "Land Salzburg Corporate Governance Kodex" – Nr 284 der Beilagen**

auf. Und ich ersuche die Schriftführerin Frau Abgeordnete Ebner um Verlesung der dringlichen Anfrage.

**Abg. Waltraud Ebner** (verliest die dringliche Anfrage):

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström Bsc:** Danke. Ich mache noch einen Hinweis auf die Zeit. Das befragte Regierungsmitglied und der Fragesteller haben jeweils zehn Minuten zur Verfügung, Abgeordnete und Regierungsmitglieder jeweils fünf Minuten und die Gesamtdauer der Beantwortung ist maximal 45 Minuten. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Du hast jetzt zehn Minuten.

**LHStv. Mag. Brenner:** Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Abgeordnete!

Der Tenor dieser dringlichen Anfrage geht tatsächlich von mehreren Irrtümern aus und ich werde versuchen, meine zehn Minuten zu nutzen, um das aufzuklären und meine Sichtweise auch darzustellen.

Am 7. Juli letzten Jahres hat der Landtag exakt Folgendes beschlossen und ich darf das zitieren: "Die Landesregierung wird ersucht, bis 30. Juni 2011 einen Verhaltenskodex für Betriebe mit öffentlicher Beteiligung zu entwickeln und dem Landtag vorzulegen." So steht es wortwörtlich im Antrag des Landtages, der damals auch vom Landtag so beschlossen wurde.

Dieser Beschluss legt fest, dass die Landesregierung dem Landtag einen Kodex vorzulegen hat und das bedeutet, dass ich, um einen solchen Kodex dem Landtag übermitteln und vorlegen zu können, dafür einen Regierungsbeschluss benötige. Ich kann dem Landtag nicht einseitig einen Ressortentwurf präsentieren, sondern, um diesen Auftrag zu erfüllen, muss ich zuerst in die Regierung, brauche dort die Zustimmung von sieben Regierungsmitgliedern, um entsprechend des Beschlusses auch einen Kodex der Landesregierung vorzulegen. Das heißt welche Schritte sind im Detail nötig?

Erstens: Als zuständiges Ressortmitglied muss ich mit den Abteilungen gemeinsam einen Entwurf erarbeiten. Das ist meine Aufgabe und die habe ich auch wahrgenommen.

Zweitens: Diesen Entwurf habe ich der Regierung vorzulegen, die darüber zu befinden hat und diesen Corporate Governance Kodex zu beschließen hat. Und wenn dieser Beschluss - und der muss laut Geschäftsordnung der Regierung einstimmig erfolgen – wenn dieser Beschluss erfolgt, dann kann ich das dem Landtag weiterleiten als – und so ist es ja im Landtagsbeschluss festgehalten – als ein Corporate Governance Kodex der Regierung.

Ich habe deshalb bereits unmittelbar nach dem Beschluss im Landtag auch den Auftrag an die Abteilung 8, an die Finanzabteilung, gegeben, einen solchen Corporate Governance Kodex auszuarbeiten und ich stehe nicht an, mich dafür zu entschuldigen, dass es uns nicht gelungen ist, binnen der Fristsetzung des Landtages, nämlich bis 30. Juni 2011 das zu erledigen. Wir hatten auch Gelegenheit, darüber im Haus schon zu diskutieren und ich habe damals bereits gesagt, dass tatsäch-

lich hier eine Verzögerung eingetreten ist, die in meiner Verantwortung als Finanzreferent des Landes liegt. Aber nicht deshalb, weil wir nicht unmittelbar begonnen hätten mit der Arbeit, auch nicht deshalb, weil wir die Arbeit nicht ernst genommen hätten, sondern schlicht und ergreifend deshalb, weil wir darauf gekommen sind, dass es in ganz Österreich kein vergleichbares Regelwerk gibt, weil wir wirklich Neuland beschritten haben in dieser Form.

Es gibt in Deutschland ähnliche Regelwerke von Gebietskörperschaften. Die haben wir dann als Grundlage dafür genommen. Aber wir mussten für Österreich erstmals eine Grundlage für einen solchen Corporate Governance Kodex entwickeln. Was es in Österreich bereits gibt, das ist ein solcher Kodex für kapitalmarktorientierte, große Aktiengesellschaften. Die haben wir uns sehr, sehr genau angeschaut. Haben darüber diskutiert, welche Elemente wir daraus entnehmen können. Haben aber letztlich feststellen müssen, dass wir für das, was wir brauchen, für die öffentliche Hand, eigentlich ein neues Regelwerk schaffen müssen und das hat tatsächlich länger gedauert und gebraucht, als wir an und für sich erwartet haben.

Wir haben im September diesen Corporate Governance Codex, den Entwurf der Abteilung 8, abgeschlossen, haben diesen Entwurf dann auch entsprechend öffentlich präsentiert und haben ihn dann unmittelbar im September nach Abschluss der Arbeiten auch der Regierung zugeleitet mit der Bitte um Beratung bzw. Beschlussfassung. Leider gibt es allerdings bis heute diese Zustimmung nicht. Allerdings hat es im Oktober noch einmal ein neuerliches Schreiben von mir gegeben an Kollegen Haslauer, mit der Bitte um Anmerkungen oder um Zustimmung. Und insofern hat die Anfrage auf jeden Fall schon Wirkung gezeigt, als dass ich gestern eine Antwort auf dieses Schreiben erhalten habe, in dem noch einige Punkte aufgeworfen werden. Aber seit gestern habe ich erstmals auch eine schriftliche Stellungnahme meines Koalitionspartners zu diesem Entwurf, auf deren Basis wir jetzt ganz konkret in Gespräche eintreten können und versuchen können, möglichst schnell hier auch den notwendigen Regierungsbeschluss herbeizuführen.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass der Bundesrechnungshof derzeit die Beteiligungsverwaltung des Landes Salzburg prüft und dass mir deshalb selbst sehr recht wäre, wenn wir bereits einen beschlossenen Corporate Governance Kodex für unser Bundesland hätten. Ich habe mir auch erlaubt, den Bundesrechnungshof darauf hinzuweisen, dass ein solcher Entwurf vorliegt und darf den Landtag auch darüber informieren, dass der auf sehr, sehr positive Resonanz gefallen ist. Der Bundesrechnungshof hat bei seiner Prüfung darauf hingewiesen, dass er glaubt, dass der Entwurf, so wie wir ihn in Salzburg diskutieren, überhaupt ein Modellprojekt sein könnte und ein positives Referenzmodell für alle österreichischen Bundesländer. Wir sind tatsächlich das einzige Bundesland, das in dieser Qualität, in dieser Dichte überhaupt einen solchen Entwurf hat. Und ich glaube und hoffe, dass wir es bald schaffen werden, in der Regierung auch hierüber einen Konsens zu erzie-

len. Insofern wie gesagt danke für die neuerliche Diskussion im Landtag. Das hat dazu geführt, dass ich gestern eine Antwort auf mein Schreiben vom Oktober erhalten habe.

Zu den Fragen im Detail. Die erste Frage, wie rechtfertigen Sie Ihre Vorgangsweise, dass ich in den Medien den Kodex präsentiert habe, bevor ich den Landtag informiert habe. Ich sage ganz offen, ich habe in keiner Weise vor, mich dafür nur ansatzweise zu rechtfertigen. Es ist ein Entwurf, den ich in meinem Ressort ausgearbeitet habe und es ist mein Recht als Ressortführer, einen Entwurf, der in meiner Verantwortlichkeit entstanden ist, auch öffentlich zu präsentieren. Ich habe bei dieser Präsentation – und das lässt sich in den Presseunterlagen auch sehr klar entnehmen – ganz explizit darauf hingewiesen, dass es sich um einen Ressortentwurf handelt, um einen Vorschlag von meiner Seite. Und dass dieser Vorschlag nun in die weitere Diskussion geht, ich glaube, das steht jedem Ressortführer frei und das ist auch sinnvoll, wenn man einen solchen Entwurf hat, den auch öffentlich zu präsentieren und damit den Start der Diskussion zu beginnen. Rechtfertigen muss ich mich dafür, glaube ich, nicht.

Die zweite Frage bezieht sich darauf, warum ich es unterlassen habe, dem Landtag diesen Kodex zuzuleiten. Auch darauf habe ich einleitend schon hingewiesen. Es ist nur schlicht und ergreifend nicht möglich, den Auftrag des Landtags ohne Regierungsbeschluss zu erfüllen. Der Landtag wollte eine Vorlage der Regierung. Inhaltlich bin ich für die Ausarbeitung zuständig. Damit ich aber einen Regierungsbeschluss erzielen kann, brauche ich auch die Zustimmung des Koalitionspartners. Die habe ich bis dato nicht. Seit gestern wissen wir die Eckpunkte, über die wir noch reden müssen. Und wir werden uns bemühen, möglichst schnell hier auch einen Konsens zu erzielen, damit wir diesen Corporate Governance Kodex letztlich auch beschließen können. Schön wäre, wenn das gelingt, solange der Bundesrechnungshof die Beteiligungsverwaltung prüft. Dann wäre es nämlich nicht nur ein Entwurf, sondern dann wäre es auch tatsächlich ein gültiger Corporate Governance Kodex. Aber auf diesen Beschluss bin ich angewiesen, um dem Landtag entsprechend auch diesen Corporate Governance Kodex zuleiten zu können.

Dritte Frage, "Wie können Sie von Transparenz und Nachvollziehbarkeit sprechen, wenn Sie weder dem Landtag noch der Öffentlichkeit die Möglichkeit zur Beteiligung und Diskussion einräumen?" Ich gebe offen zu, diese Frage entzieht sich meinem Verständnis. Im Punkt eins werde ich dafür kritisiert, dass ich die Öffentlichkeit informiert habe. Im Punkt drei werde ich jetzt dafür kritisiert, dass ich die Öffentlichkeit nicht informiert habe. Tatsache ist, dass ich die Öffentlichkeit informiert habe im Wege einer Pressekonferenz, für die ich kritisiert werde. Tatsache ist, dass wir bereits die zweite Debatte im Landtag darüber führen, was dieser Corporate Governance Kodex beinhaltet. Tatsache ist auch, dass es diese Diskussion auch auf Regierungsebene gibt. Das heißt, ich habe sehr wohl die Öffentlichkeit umfassend informiert. Wir haben zweimal im Landtag darüber diskutiert. Und es gibt zum Dritten auch eine Diskussionsebene auf Regierungsebene über die Inhalte dieses

Entwurfes. Da davon zu sprechen, dass es keine Transparenz gäbe und dass ich weder dem Landtag noch der Öffentlichkeit die Möglichkeit gebe, sich daran zu beteiligen, ist geradezu skurril und widerspricht voll der Frage eins, "Warum habe ich dazu eine Pressekonferenz gegeben."

Ich darf auch noch weiter ausführen, dass der Inhalt des Corporate Governance Kodex auch kein Geheimnis ist. ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Rössler: Das sehe ich anders!)**

... Wir haben im Detail inhaltlich in diesem Haus darüber diskutiert, in der Aktuellen Stunde zum Beispiel. Wir haben durchaus unterschiedliche Meinungen zum ein oder anderen Punkt. Aber ich habe über viele Bestimmungen im Haus, in der Öffentlichkeit, auf Nachfrage auch Auskunft gegeben. Und mir ist diese Diskussion sehr, sehr recht. Ich scheue diese Diskussion nicht. Das einzige, was ich formal nicht machen kann: Ich kann keinen beschlossenen Corporate Governance Kodex der Regierung vorlegen, weil es dazu noch keinen Regierungsbeschluss gibt. Aber mangelnde Transparenz mir im Punkt drei vorzuwerfen und im Punkt eins eine Pressekonferenz zu kritisieren, scheint mir ein wenig widersprüchlich.

Vierter Punkt, "Welche externen Experten wurden zu welchen Gesamtkosten beauftragt?" Dieser Entwurf wurde federführend von Expertinnen und Experten der Abteilung 8 ausgearbeitet. Wir haben beigezogen dazu einen Experten für Unternehmensrecht. Nämlich den für das Land oft tätigen Notar Dr. Zehetmayer. Und wir haben zwei Wirtschaftsprüfungsunternehmen zur Beratung beigezogen, mit denen das Land ebenfalls regelmäßig zusammenarbeitet, nämlich KPMG und Pricewaterhouse Coopers, die uns dabei unterstützt haben. Die Kosten für die Beiziehung dieser externen Experten liegen derzeit unter € 5.000,--. Ich sage deshalb derzeit, weil es sich um einen Entwurf handelt, der jetzt noch in der Regierung diskutiert werden muss. Ich kann nicht ausschließen, dass sich daraus juristische Fachfragen ergeben, die neuerlich von Experten bewertet werden müssen.

Fünftens: "Wie ist der Ablauf bis zur Vorlage an den Landtag?" Aus meiner Sicht liegt ein sinnvoller Entwurf vor. Der erste Entwurf österreichweit in dieser Qualität. Seit gestern ist mir auch bekannt, worüber unser Koalitionspartner noch diskutieren will. Ich habe gestern schon ein Antwortschreiben konzipiert und hoffe, dass wir sehr, sehr schnell hier in diese inhaltlichen Gespräche eintreten können, um ehestmöglich den entsprechenden Regierungsbeschluss zu fassen und dann endlich auch nicht nur einen Entwurf dem Landtag weiterleiten zu können, sondern genau das zu tun, wozu uns der Landtag oder mich der Landtag beauftragt hat: Einen Corporate Governance Kodex der Regierung dem Landtag zuzuleiten. Danke sehr! (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Vielen Dank! Frau Abgeordnete Rössler! Zehn Minuten.

**Abg. Dr. Rössler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag! Geschätzte Besucherinnen und Besucher!

Ich habe meine dringliche Anfrage zu diesem heutigen Landtag sehr bewusst ausgewählt, weil es für mich auch ein Thema ist, an dem ich zum Abschluss eines Arbeitsjahres etwas über die Arbeit hier im Landtag reflektieren möchte und das lässt sich sehr gut am Beispiel dieses Governance Kodex darstellen. Passend zur Adventzeit werde ich zwar nicht vier Kerzen entzünden, aber das Thema birgt für mich wirklich vier brennende Fragen, die ich hier in meinem Statement aufwerfen möchte.

Die erste Frage richte ich an die Landesregierung, die es bis heute nicht geschafft hat, einen klaren, einstimmigen Auftrag des Landtages umzusetzen. Endlich diesen Verhaltenskodex für öffentliche Unternehmen und Projekte zu beschließen und damit nach außen ein Zeichen zu setzen, wie man auf Missstände in diesem Land reagiert. Haben Sie die Not schon vergessen, die der Anlass war für diesen Kodex? Den Olympia-Skandal, die Osterfestspiele: Das Wasser ist Ihnen bis zum Hals gestanden. Welche Gelder, wie viel Gelder vor Ihren Augen verschwunden sind! Die Millionenbeträge in einem Förderverein. Die verlorenen Gelder bei den Osterfestspielen! € 90.000,-- Monatsgagen für Berater ohne Belege und dazu ein kollektives Versagen eines 17-köpfigen Aufsichtsrates. Genau vor einem Jahr hier haben wir den Abschluss des Untersuchungsausschusses präsentiert. Und allen war klar, wenn niemand bereit ist und wenn diese Landesregierung nicht bereit ist, wirklich sichtbare Konsequenzen zu ziehen aus diesem Desaster, wenn diese Landesregierung diese Chance verpasst, dann spricht das für sich!

Sie mussten damals handeln im Sommer 2010, mitten im Untersuchungsausschuss. Und Sie haben die Flucht nach vorne angetreten mit dem Versprechen, wir werden jetzt einen wirklich guten Verhaltenskodex machen. Da werden wir das alles umsetzen, wo wir erkannt haben, da gab es Kontrolldefizite, da haben wir vielleicht in den Strukturen Fehler, wir müssen das ausmerzen. Und dann haben Sie innerhalb von eineinhalb Jahren es nicht geschafft, diesen Kodex in Ihrer Regierung zustande zu bringen. Ich frage Sie: Legen Sie noch Wert darauf, die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen und die Redlichkeit der politischen Arbeit in diesem Land wieder sich zu erarbeiten und ernst zu nehmen, wenn Sie es in eineinhalb Jahren nicht geschafft haben, dieses Werk vorzustellen. ...

**(Zwischenruf LHStv. Mag. Brenner:** Das haben wir doch vorgestellt!)

... Es ist nicht vorgestellt. Denn Sie haben sehr einseitig mit Ihrer Wortwahl und ohne den Text vorzulesen, haben Sie eine Pressekonferenz gemacht, darauf komme ich gleich.

Stattdessen nehmen Sie sich die Zeit, in der Öffentlichkeit ihre Ansprüche auf rote und schwarze Posten öffentlich anzumelden. Und wenn die Opposition das dann hier für dringlich empfindet und sagt, das ist ein Thema, das brennt mindestens genauso wie andere Themen, dann müssen wir uns vorwerfen lassen, wir hätten kein Interesse an der Diskussion! Das ist eine falsche Argumentation, das geht am Problem völlig vorbei!

Auf die wirklich brennende Frage, was hat diese Landesregierung aus den Skandalen der letzten Jahre gelernt, sind Sie dem Landtag bis heute jede Antwort schuldig geblieben und Sie sind damit auch der Öffentlichkeit jede Antwort schuldig geblieben. Es gibt den Kodex nicht. Er ist nicht beschlossen und der Landtag kennt nicht einmal den Text dazu!

Meine zweite Frage, meine brennende Frage an den zuständigen Finanzlandesreferenten, an Sie Herr Landeshauptfrau-Stellvertreter Brenner: Sie sind das verantwortliche Regierungsmitglied für diesen Kodex. Sie haben sich sehr locker über diesen einstimmigen Beschluss des Landtags einfach hinweggesetzt. Sie haben die Frist versäumt, Sie haben im Sommer dem Landtag auf Befragen äußerst nichtssagende Erklärungsversuche abgeliefert und Sie haben den Landtag einfach damit abg gespeist, dass man halt noch warten muss.

Ich habe damals urgiert in meiner Wortmeldung im Sommer und nachher noch im persönlichen Gespräch mit Ihnen – ich nehme an, Sie erinnern sich daran – ich habe urgiert, lassen Sie doch die Klubs an dem Entwurf teilhaben. Verschicken Sie den Entwurf und lassen Sie eine Diskussion zu. Scheuen Sie doch nicht eine öffentliche Diskussion zu einem derart wichtigen Werk, wo es darum geht, wie will die Landesregierung künftig ihre Verantwortung in Unternehmen und in Projekten wahrnehmen, um zu verhindern, dass derartige Versäumnisse und Skandale wieder passieren können.

Sie haben meinem Wunsch nicht entsprochen. Sie haben die Klubs ignoriert. Sie sind eigenmächtig und eigenständig mit einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit gegangen und haben dort einen Text präsentiert, den keiner in den Landtagsklubs bisher bekommen hat. Und bitte verwechseln Sie nicht Öffentlichkeitsarbeit mit Öffentlichkeitsbeteiligung. Das sind schon zwei ganz verschiedene Paar Schuhe und ich bin mir sicher, Sie wissen das!

Sie haben dann noch eins draufgelegt. Und das habe ich hier mir erlaubt zu posten. Es ist schon merkwürdig, dass Sie sogar das Landespressebüro für Ihre PR-Arbeit dermaßen instrumentalisieren, das wir jetzt abrufen können. Wir können abrufen unter der Nummer 258 einen Videoclip des

Landespressebüros, wo Sie stolz ein fertiges Werk präsentieren und sich darin loben und am Ende dürfen wir sogar noch lesen "alle Rechte vorbehalten!". Und ich frage Sie hier – und die Frage brennt mir auch – um welche Rechte geht es denn hier? ...

**(Zwischenruf LHStv. Mag. Brenner:** Das dürfte die erste Presseaussendung sein, die Sie gelesen haben. Das steht bei jeder dabei!)

... Um welche Rechte handelt es sich bei diesem Videoclip? Sind das Ihre Rechte für einen PR-Auftritt oder gibt es auch Rechte des Landtages, wenn der Landtag einen einstimmigen Beschluss fasst, einen Text vorzulesen, und dazu braucht es nicht den fertigen Beschluss. Auch darüber haben wir gesprochen. Es war meine dringende Bitte, scheuen Sie sich nicht vor der Diskussion. Lassen Sie die Diskussion zu und präsentieren Sie uns nicht einen fertig beschlossenen Kodex. Sondern das nennt man üblicherweise eine Regierungsvorlage, die in einen Ausschuss geht und dann beginnt eine Diskussion und dann kann man fair und offen darüber reden ...

**(Zwischenruf LHStv. Mag. Brenner:** Das ist nicht der Auftrag. Das war nicht der Auftrag!)

... Das haben Sie so interpretiert. Das kann ich aus dem Beschluss des Landtages und schon überhaupt nicht der Diskussion, die dem vorausgegangen ist, sicher nicht ableiten! Also diese Botschaft, die Sie hier vermitteln mehrfach, ist für mich sehr deutlich. Was kümmert mich der Landtag. Ich brauche keine Diskussion. Ich stelle mich vor die Kamera und mache das mit Videoclip und lobe mich für das gute Werk. Und offensichtlich brauchen Sie dafür noch nicht einmal die Zustimmung Ihres Regierungspartners. Der kann das ja auch aus dem Videoclip und aus der Landeskorrespondenz nachlesen, was hier gemacht worden ist.

Ich komme zu meiner dritten brennenden Frage und das ist vielleicht heute die schwierigste. Denn die richtet sich an meine geschätzten aber sehr duldsamen 29 Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und ÖVP. Bei allem Respekt vor eurer Loyalität. Aber ich vermisse bei euch zu oft sichtbar, dass ihr ein freies Mandat ausübt. Und Artikel der Landesverfassung, auf die wir angelobt sind, heißt halt immer noch "Die Mitglieder des Landtages sind bei Ausübung dieses Berufes an keinen Auftrag gebunden." Und das spüre ich hier nicht immer!

Der Landtag wählt die Landesregierung und nicht umgekehrt. Und der Landtag beschließt die Gesetze und erteilt Aufträge an die Landesregierung und nicht umgekehrt. Was muss passieren, damit in euren Reihen gegen Fehler und Versäumnisse eurer Regierungsmitglieder endlich auch ein Aufbegehren spürbar ist, dass ihr auch mурt und dass ihr laut einfordert, was hier beschlossen worden ist. Warum nehmt ihr das so hin, wenn hier wichtige Fristen von einem derart wichtigen Werk versäumt werden und wenn ein Regierungsmitglied sich einfach darüber hinwegsetzt?

Mit diesem Verhalten, wenn ihr das hinnehmt, verkennt ihr nicht nur die Kontrollfunktion, die der Landtag gegenüber der Landesregierung hat. Ihr schwächt damit den Landtag, ihr tragt damit bei, dass der Landtag nach außen als hilfloses Instrument verkommt. Und ihr führt auf Dauer dazu, dass der Landtag nutzlos wird und eines Tages notfalls sogar auch entbehrlich. Wenn 80 % der Abgeordneten – und das sind diese 29, von denen ich spreche – wenn 80 % der Abgeordneten die Köpfe einziehen, wenn etwas unangenehm wird in der Regierung, dann können das die übrigen Abgeordneten nicht geradebügeln. Wir können es nicht schaffen, das Licht und die Arbeit der Politik in das rechte Licht zu rücken.

Meine dritte Kerze oder meine dritte Frage als Appell daher an meine geschätzten 29 Kolleginnen und Kollegen: Dass dieses Licht eure Kritikfähigkeit, Eigenständigkeit und euer Selbstbewusstsein als Mandatäre und Mandatarinnen in diesem Landtag etwas mehr erhellen möge!

So bleibt noch meine vierte Frage und eine ebenso brennende Frage und die richtet sich an die beiden Landtagspräsidenten: Herr Landtagspräsident Illmer ist leider nicht im Haus, aber ich möchte dich zitieren, lieber Simon. Du forderst von den Mandatären "mehr Aufmüpfigkeit gegenüber der Regierung". Das nehme ich mir sehr zu Herzen! Aufmüpfigkeit auch als Abgeordnete gegenüber der Regierung. Aber umgekehrt: Darf ich dann auch einfordern von dir, Simon Illmer, und von deiner Stellvertreterin Gudrun, dass wir eure Unterstützung haben können, wenn die Landesregierung Beschlüsse, einstimmige Beschlüsse des Landtages nicht erfüllt, Fristen nicht einhält und den Landtag damit ziemlich unverhohlen übergeht? Wenn die Landesregierung ein Verhalten setzt, das den Aufträgen und den Rechten des Landtages widerspricht, steht ihr uns dann zur Seite?

Ich überreiche im Glockenklang den beiden Landtagspräsidenten sozusagen die vierte Kerze mit dem Appell und der Erwartung, dass sie die Interessen und die Rechte des Landtages wahren, verteidigen und wie in diesem Fall, wenn die Regierung derart säumig ist bei einer derart wichtigen Sache, auch hörbar einmahnen und auch öffentlich verteilen. (Beifall Abg. Schwaighofer)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström Bsc:** Frau Abgeordnete, ich musste die vierte Kerze leider auslöschen und wer hat sich jetzt noch zu Wort gemeldet. Ich habe keine Wortmeldung vorliegen. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, bitte! Dieses Mal fünf Minuten.

**LHStv. Mag. Brenner:** Ich werde mich bemühen!

Advent, Advent, ein Lichtlein brennt! Mein Adventkranz schaut ein wenig anders aus und meine Kerzen leuchten offensichtlich in einer anderen Farbe. Es ist wirklich geradezu skurril, auf der einen Seite zu kritisieren, dass keine Informationen zur Verfügung stehen und gleichzeitig bis im Detail die Aussendungen des Landespressebüros offensichtlich zu kennen, sich darüber zu beklagen,

dass keiner weiß, was drinnen steht und gleichzeitig zu plakatieren – dafür danke ich übrigens – dass es sogar ein Video dazu gibt, indem gemeinsam mit einem unserer Experten, Notar Zehetmayer befindet sich neben mir hier oben, das alles im Detail erklärt wird.

Frau Abgeordnete! Entweder Sie haben nur die Ausdrucke gesehen und sich das Video nicht angesehen. Dann empfehle ich, das anzuschauen. Dann können wir auch in der inhaltlichen Debatte mehr bewegen. Oder Sie haben es sehr wohl gesehen und haben den Auftritt jetzt vor allem populistisch genutzt!

Ich darf auch ein zweites Missverständnis aufklären, das offensichtlich darin liegt, dass es Ihre erste Presseaussendung des Landespressebüros gewesen ist, die Sie gelesen haben. Sonst hätten Sie festgestellt, dass bei jeder Presseaussendung des Landespressebüros, bei jeder Unterlage einer Pressekonferenz unten steht "Rechte vorbehalten" bzw wie es wortwörtlich heißt "alle Rechte vorbehalten". Das bezieht sich nicht auf ein Exklusivrecht von mir an der Schöpfung dieser Ideen, sondern das bezieht sich auf die Presseaussendung und ist, glaube ich, seit vielen, vielen Jahren so. Das haben wir auch nicht anders gehandhabt.

Was ich auch nicht ganz verstehen kann, ist: Sie tun geradezu so, als würde die gesamte Regierung seit zwei Jahren geschlossen dem Landtag fern bleiben, sich jeder Diskussion verweigern, keine Ausschussberatungen mitgestalten und der Landtag schaut dem tatenlos zu und unterstützt das sogar noch im Wege der Regierungsfractionen. Das ist ja beileibe nicht der Fall! Wovon sprechen wir hier? Im Juli letzten Jahres hat der Landtag beschlossen, dass die Regierung einen solchen Corporate Governance Kodex auszuarbeiten hat. Diese Aufgabe hat das ressortzuständige Mitglied aufgegriffen, hat damit begonnen, hat den Landtag darüber informiert dann in einer ersten Debatte und sich mehrfach dafür entschuldigt – heute bereits zweimal – dass es leider nicht möglich war bis Juli, sondern dass wir bis September gebraucht haben, dass dieser Entwurf vorliegt. Und dieser Entwurf ist bereits heftig diskutiert worden. Auch das stimmt ja nicht. Es ist das zweite Mal, dass sich der Landtag beschäftigt damit. Drei Sitzungen sind es, die es seit dem Herbst gegeben hat. Das heißt, das ist ausführlich diskutiert worden. Aber am Allerwichtigsten ist mir eigentlich, auf ein paar inhaltliche Punkte Bezug zu nehmen.

Wenn Sie kritisieren, dass es offensichtlich keine Reaktion gibt auf die Erfahrungen aus diversen Großveranstaltungen, dann ist das neuerlich falsch. Und ich habe hier einen Auszug meiner Rede vom letzten Landtag und da führe ich im Detail aus, was in diesem Corporate Governance Kodex Entwurf enthalten ist. Das heißt, Sie haben diese Informationen gehabt. Weil die Diskussion ist von Ihnen ausgegangen. Und da informiere ich unter anderem darüber, dass bei Großprojekten - zum Beispiel im Sport-, Kultur- oder Tourismusbereich – so habe ich es damals wortwörtlich gesagt, das Land ab einem Wert von € 850.000,-- pro Jahr – also nicht gesamt, sondern pro Jahr – verpflich-

tend begleitende Kontrolle einführen muss bei jeder dieser Veranstaltungen. Das ist eine ganz konkrete Antwort auf Ihre Frage. Das ist eine ganz konkrete Antwort auf die Erfahrungen bei letzten Großprojekten. Und das ist genau die Antwort, die ich im letzten Landtag dazu gegeben habe.

Anderes Beispiel, um bei den Inhalten zu bleiben: Transparenz von Managergehältern. Zu Recht wird diese Frage immer wieder diskutiert und ich habe oft darauf hinweisen müssen, dass es mir als Finanzreferent leider nicht möglich ist, Manager zu zwingen, ihre Gehälter zu veröffentlichen, wenn wir das nicht in die Verträge schreiben. Wir haben in diesem Entwurf vorgesehen, dass jeder Managementvertrag auch eine Transparenzklausel hinkünftig beinhalten muss, um wirklich dafür zu sorgen, dass jeder auch weiß, was die Manager in öffentlichen Unternehmen verdienen. Bestandteil dieses Entwurfes.

Wir haben zum Beispiel vorgesehen, dass keiner in mehr als fünf Aufsichtsräten sitzen darf. Stichwort Ämterkumulierung. Wir haben zum Beispiel ganz konkret darin vorgesehen, dass der Anteil der Frauen in Aufsichtsräten schrittweise erhöht wird. Wir haben zum Beispiel genau in diesem Entwurf vorgesehen, dass Management-Haftpflichtversicherungen hinkünftig nicht mehr das Unternehmen selbst entscheiden darf, sondern dass diese aufsichtsratspflichtig sind und, und, und. Wir haben unter anderem auch vorgesehen, dass dort, wo Vergütungen für Aufsichtsratsfunktionen bezahlt werden, diese dem Land zugute kommen. Das ist nicht selbstverständlich. In der Stadt war das bisher zum Beispiel anders. All das ist Bestandteil dieses Corporate Governance Kodex. All das habe ich das letzte Mal bereits gesagt. Und heute so zu tun, als hätte es noch nie eine inhaltliche Aussage dazu gegeben, als hätten wir noch nie darüber diskutieren können, als gäbe es genau auf diese wesentlichen Fragen keine Antworten, stimmt schlicht und ergreifend nicht. Wahr ist vielmehr, dass das alles Teil dieses Corporate Governance Kodex ist. Und wahr ist, dass wir bereits hier zum zweiten Mal darüber diskutieren und dass ich bereits im September die Öffentlichkeit über jeden dieser Vorschläge informiert habe und Sie ganz offensichtlich auch diese Informationen erhalten haben. Danke sehr! (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström Bsc:** Danke. Als nächstes am Wort ist die Frau Klubvorsitzende Rogatsch.

**Abg. Mag. Rogatsch:** Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lieber David!

Heute hat man dir alles schon vorgeworfen, nämlich Transparenz, dass du Öffentlichkeitsarbeit machst, dass du dich vorher in der Regierung nicht abstimmt, bevor du Öffentlichkeitsarbeit machst, werfe ich dir jetzt dann noch vor, das heißt, was du machst, ist irgendwie falsch. Ich glaube, du wirst es aushalten vor Weihnachten.

Grundsätzlich vorab: Ich glaube, der Weg zu einem gemeinsamen Beschluss in der Regierung ist kein weiter. In dem, was du uns inhaltlich vorgelegt hast, steht nichts Unanständiges drinnen. Da ist auch nichts zu kritisieren, was herauskommen sollte, sondern da gehören einfach einige Punkte noch dazu. Und die haben wir dir schon mitgeteilt. Es ist, glaube ich, eine gute Gepflogenheit, dass man so wie man in den Wald hineinruft, auch zurückruft. Wenn du mir ein SMS schreibst, schreibe ich dir eines zurück. Schickst du mir ein e-mail, antworte ich mit e-mail. Schreibst du mir einen Brief – was du nie tust – antworte ich auch mit einem Brief. ...

**(Zwischenruf LHStv. Mag. Brenner: Ich habe per e-mail einen Brief geschrieben!)**

... Wenn du über die Medien kommunizierst, dann kommunizieren wir natürlich auch über die Medien zurück. Das heißt, das einzige wo du nicht aus kannst, ist, wenn du mir einen Handschlag gibst. Da kann ich maximal beeinflussen, wie stark ich zurückdrucke. Aber da kann ich sonst keine anderen Wege gehen. ...

**(Zwischenruf LHStv. Mag. Brenner: Oder die Hand wegziehen!)**

... Das könnte man noch verweigern, wäre aber ein sehr unfreundlicher Akt!

Die Landeshauptfrau hat, glaube ich, so rund um die Zeit, wo du den Kodex der Öffentlichkeit präsentiert hast, die Vorlage unterschrieben und den geordneten Weg angetreten, nämlich ihn per Boten an den Landeshauptmann-Stellvertreter Haslauer zu schicken. Nicht du hast an ihn einen Brief geschrieben, sondern er hat dir einen Brief geschrieben im Oktober, mit dem Ersuchen, dass du diesen Kodex etwas aufsplittest, ...

**(Zwischenruf LHStv. Mag. Brenner: Der erste Brief kommt schon von mir!)**

... nämlich in die Bereiche, die ohnedies geltendes Recht sind, weil der Großteil dieses Entwurfes eine Zusammenstellung von bereits existierenden, gesetzlichen Bestimmungen ist. Was ich nicht als schlecht empfinde, weil es eine gute Lesehilfe ist, vor allem für Mitglieder von Aufsichtsräten und Beiräten, die keine Juristen sind, ist die Zusammenfassung sicher gut. Aber dann muss dazu der Verweis angebracht werden, dass diese Zusammenfassung niemals vollständig ist. Also die Zitate aus UGB, Aktiengesellschaft, GmbH-Gesetz und ähnliches. Er ist ein gutes Konvolut, weil man nicht quer durch die Gesetzesmaterien suchen muss, sondern weil man sie in der Unterlage eigentlich dann auf einem Blick hat, aber durchaus auch zu differenzieren ist, dass in einer Aktiengesellschaft andere Rechte vorhanden sind, wie zum Beispiel in einem Beirat. Ich sage nur Theaterausschuss oder Orchesterausschuss, wo wir gemeinsam drinnen sitzen und du genau weißt, welche Rechte und Pflichten wir dort haben und noch viel mehr nicht haben.

Das, was wir dir schon mitgeteilt haben, nämlich unmittelbar nach der Veröffentlichung deines Kodex, das sind die Punkte, die wir gerne drinnen hätten, die uns fehlen. Und die sind nicht neu. Die sind dir nicht erst im Brief vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Haslauer bekannt, er hat es noch einmal zusammengefasst, sondern die habe ich dir auf dem gleichen Weg ausgerichtet, wie du uns den Kodex präsentiert hast, nämlich im Wege der Medien. Und ich fasse hier die wichtigsten Punkte für uns noch einmal zusammen: Das ist der Bereich Nachhaltigkeit. Das haben wir übrigens schon damals bei der Diskussion um den Rechnungshofbericht zum Thema Managergehälter in öffentlichen Unternehmen gefordert. Nämlich dass die Managerboni gerade in öffentlichen Unternehmen nicht nur an kurzfristigen Kursgewinnen und Bilanzkennzahlen ausgerichtet sein dürfen, sondern dass da auch andere Kriterien gelten müssen. Nachhaltigkeit, Mitarbeiterzufriedenheit oder die Absicherung öffentlicher Leistungen. Und bei diesen Regelungen möchten wir gerne, dass sie Eingang in diesen Kodex finden und das haben wir dir eben unmittelbar danach und jetzt auch noch in offizieller Form in einem Brief mitgeteilt.

Was fehlt uns noch? Der Bereich Konsequenzen. Der fehlt uns auch. Wir haben keine besonders groß ausgeprägte Aufsichtsratskultur in Österreich. Kontrolle sind viele Geschäftsführer einzelner Einrichtungen oft nicht gewohnt bzw empfinden diese als unnötigen Aufputz, als lästige Zeitvergeudung und ähnliches. Und deswegen glaube ich auch, dass Fakten wie unvollständige oder falsche Informationen an den Aufsichtsrat oder an das entsprechende Gremium, dass es da ernsthafte Konsequenzen für die Verantwortlichen geben muss. Und diese Konsequenzen gehören auch in den Dienstverträgen und in einen derartigen Kodex aufgenommen, damit sie nicht zahnlos bleiben. Und für solche falschen Informationen oder Zurückhalten von Informationen oder unvollständige Informationen haben Sie zu haften und es sind auch, glaube ich, Konventionalstrafen vorzusehen.

Bei Dienstverträgen, da gilt das, was ich zum Thema Nachhaltigkeit gesagt habe. Bei Boni und variablen Bezugsbestandteilen soll man eben nicht nur die wirtschaftlichen Kennzahlen heranziehen, sondern auch Erfolgsfaktoren wie Nachhaltigkeit und Ähnliches.

Das wäre unser Wunsch. Ich bedanke mich bei dir aber für die Schulung, die derzeit stattfindet für Aufsichtsräte, Mitglieder von Beiräten. Ich glaube, die Plätze könnten doppelt und dreifach überbucht sein. Das heißt, der Hunger nach solchen Schulungen ist durchaus da. Das wird gemeinsam mit dem Rechnungshof gemacht und mit Vertretern von Einrichtungen. Und ich glaube, das dient durchaus auch, damit Aufsichtsräte und Beiräte einen besseren Blick in die Unternehmen hinwerfen können, detaillierter hinterfragen können und durchaus auch Tipps und Anregungen bekommen, wo man genauer sein müsste. Und das halte ich im Übrigen für eine gute Einrichtung, die durchaus fortgesetzt werden soll, sodass alle zum Zug kommen können, weil die Zahl der Plätze ja begrenzt ist.

Also wenn du diese Punkte, die wir dir mitgeteilt haben, auch noch aufnimmst, dann ist ein Regierungsbeschluss sicher nicht mehr in allzu weiter Ferne. Vielen Dank! (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Als nächster am Wort ist der Herr Klubvorsitzende Meisl! Bitte nicht länger als fünf Minuten.

**Abg. Ing. Mag. Meisl:** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Über den eigentlichen Inhalt dieses Tagesordnungspunkts, nämlich den Corporate Governance Kodex, möchte ich eigentlich gar nicht mehr allzu viel verlieren. Der Landeshauptmann-Stellvertreter hat es im Detail ausgeführt. Ich kann vielleicht nur eines sagen: Wir alle gemeinsam haben diesen Beschluss gefasst und waren offensichtlich zu optimistisch, was den Zeitablauf betrifft. Es bedarf halt eben ordentlicher Vorbereitungsarbeit, um ein ordentliches Papier auch zu erstellen. Und wenn es keine Vergleichsmöglichkeiten in Österreich gibt, sondern wir hier wieder einmal wie bei vielen Sachen, die ersten in Salzburg sind, dann bedarf es einer ordentlichen Vorbereitung, damit das, was gemacht wird, Hand und Fuß hat. Und wir sind auf dem besten Wege und ich bin sehr optimistisch, dass dem Salzburger Landtag baldigst ein ordentlicher Entwurf vorgelegt wird.

Ich möchte aber schon ein wenig reflektieren auf die Äußerungen von unserer Kollegin Astrid Rössler, weil ich glaube, die kann man nicht so im Raum stehen lassen. Wenn du uns bezichtigst, dass 80 % der Abgeordneten hier in diesem Haus keiner Diskussion sich mehr stellen, nur noch Handlanger der Regierung sind, dann glaube ich, hast du einen nicht nur völlig falschen Eindruck, sondern dann ist das einfach nur absurd, das zu sagen.

Ich nehme für unsere Fraktion in Anspruch, dass wir jederzeit über alles diskutieren, auf eine demokratische Art und Weise. Und ich gehe auch davon aus, dass du als gelernte Demokratin zur Kenntnis nimmst, dass es hier Mehrheiten gibt und in einer Demokratie Beschlüsse auch mit Mehrheit gefasst werden, obwohl wir und auch hier sind wir Vorreiter, im Salzburger Landtag gerade dazu Vorreiter wiederum sind, um Minderheitenrechte, sage ich einmal, auch in den Landtag einzubringen. Und viele andere Kolleginnen und Kollegen der Oppositionen in anderen Bundesländern würden sich wünschen, dass sie derartige Oppositionsrechte hätten, wie sie hier im Salzburger Landtag sind.

Mich erinnert diese Situation, wie sie heute ist und gerade nach deiner Wortmeldung so an eine Situation, wenn man so an der Kassa steht eines Supermarktes und ein kleines Kind bekommt nicht das, was es bei diesen Süßigkeiten an der Kassa alles da ist. Und dann passiert Folgendes:

Wir im Volksmund nennen das "Bizeln". Man erhält nicht das, was man bekommt und dann wird völlig überreagiert.

Eines möchte ich auch für unsere Fraktion feststellen: Wir sind hier der Salzburger Landtag. Wir haben eine Kultur, miteinander zu diskutieren. Das kann kontroversiell sein, aber es soll immer sachlich bleiben. Das will ich auch beibehalten und ich will kein Nationalrat werden! (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström Bsc:** Danke. Es ist jetzt noch der Herr Abgeordnete Scharfetter am Wort und als Letztes dann die Frau Abgeordnete Rössler!

**Abg. Mag. Scharfetter:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine geschätzten Damen und Herren! Liebe Kollegin Astrid Rössler!

Ich sage es ganz offen: Ich halte deine Kritik in einigen Bereichen für deutlich überzogen. Aber wir sind in der letzten Landtagssitzung des Jahres. Und das ist ja nicht nur Anlass, um im Advent Kerzen anzuzünden, sondern vielleicht auch den einen oder anderen Vorsatz für das kommende Jahr uns gemeinsam zu geben.

Ich halte deine Kritik für überzogen, aber ich habe ein bissl was herausgehört, was mich etwas nachdenklich macht und was ich noch gerne deponieren würde am Beispiel dieses Corporate Governance Kodexes. Ich meine das jetzt selbstkritisch, was ich sage, an uns alle. Müssen wir uns nicht ein bissl die Frage stellen - in letzter Zeit - dass Politik auch unter dem Eindruck der Medien und vieler anderer Bereiche, ein bisschen sich in die Richtung bewegt hat, dass sehr stark die Inszenierung im Vordergrund steht und weniger oft die inhaltliche Auseinandersetzung. Ich sage das sehr pauschal. Aber ich stelle schon oft fest, dass – und das ist ja fraktionsübergreifend – sehr oft mitgedacht wird, wie kommt das rüber, wie wird das von den Medien angenommen, wie kann man da möglichst schnell mit einer Botschaft nach außen gehen. ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** Lass mich aus dem Spiel!)

... Die Inszenierung spielt schon eine große Rolle. Ich sage das sehr allgemein, sehr grundsätzlich und in Richtung eines Vorsatzes für das neue Jahr. Wir reden viel über den Vertrauensverlust in die Politik, der stattfindet. Und da hat kürzlich jemand einmal sehr treffend gesagt: Oft hat man den Eindruck, in der Politik wird so viel inszeniert, dass man nicht mehr erkennt, welches Stück eigentlich gespielt wird. Und für mich war diese Diskussion ein bisschen Anlass, diesen Gedanken zu deponieren, ein selbstkritischer Vorsatz, über den wir alle vielleicht zum Jahreswechsel ein bisschen nachdenken sollten. Vielen Dank! (Beifall der ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Als Letzte am Wort die Fragestellerin Frau Dr. Rössler!

**Abg. Dr. Rössler:** Es gibt jetzt auch für mich noch einige Dinge vielleicht auch aufzuklären.

Ich halte das schon für ein grobes Missverständnis, mir oder uns hier im Landtag vorzuhalten, wir hätten den Kodex hier schon mehrmals diskutiert inhaltlich. Das ist schon schwierig, wenn man nichts als vier Seiten, nicht einmal vier Seiten Landeskorespondenz in Händen hält, aber nicht den Text. Nichts hätte Sie gehindert, geschätzter Kollege, uns den Text zu übermitteln, wie wir das auch schon im Oktober eingefordert haben. Also hier von einer inhaltlichen Diskussion im Landtag zu sprechen, halte ich ja doch für einigermaßen übertrieben, wenn wir schon von Übertreibungen sprechen.

Ist der Kodex schon in Kraft? Wir können die Diskussion abkürzen. Es sind eineinhalb Jahre vergangen. Der Kodex ist nicht vorgelegt. Er ist nicht in Kraft. Wir kennen den Text nicht. Wir haben kein Papier in der Hand. Also reden wir jetzt über die Inhalte oder reden wir darum, dass er nicht vorliegt. Also bleiben wir doch beim Thema.

Das was bekannt geworden ist, hat bereits zu einiger berechtigter Kritik geführt. ...

**(Zwischenruf LHStv. Mag. Brenner:** Auch zu viel Luft!)

... Ich rede jetzt von der Kritik, die Kritik aus den eigenen Reihen. Ich kann an Bürgermeister Schaden erinnern, der gesagt hat "Und was ist neu an diesem Kodex?". Aber die Möglichkeit haben wir ja nicht bekommen, es zu prüfen. Und ganz so ein Neuland - ich muss das Lob, dieses tiefende Lob muss ich schon ein bisschen relativieren. Es gibt in Brandenburg, in Hamburg, weiß Gott noch wo, gibt es Kodizes, die deutlich umfangreicher sind. Also maximal kürzen mussten Sie sie, damit Sie das zustande bringen. Ich halte das nicht für ein so unglaubliches Neuland, das hier betreten wurde. Wenn es nur schon da wäre.

Die Situation, und da komme ich jetzt zurecht auf den Kollegen Scharfetter, von der Inszenierung. Die Situation erinnert mich doch ein wenig an die Sache mit dem Messezentrum und der Kritik, warum gibt es keine Photovoltaik auf dieser riesengroßen Fläche. Da gab es dann wieder eine Pressekonzferenz mit Fernsehen am Dach vom Messezentrum. Und dann hat sich herausgestellt, das Ganze war nicht akkordiert, das Ganze war auch noch nicht unterschrieben, hatte dann plötzlich nicht die Zustimmung. Also das sind schon diese schnellen ...

**(Zwischenruf LHStv. Mag. Brenner:** Es war keine Pressekonferenz! Es war eine Geschichte des ORFs, die wollten das bringen!)

... es war eine Mediensache für die Öffentlichkeit. Wir haben jetzt eine tolle Lösung. Und es wird eine Photovoltaik geben auf dem Messdach. Die haben wir noch nicht. Inzwischen ist die größte Fläche ja an die Salzburg AG gegangen, ist dort hoffentlich in guten Händen. Aber ruht dort auch sanft, offenbar. Also zwischen der Inszenierung und der tatsächlichen Umsetzung, der politischen Umsetzung, sind doch immer wieder gewaltige Bruchlinien. Und auch das muss man einer Opposition schon zugestehen, dass das hier auch gesagt werden kann.

Und so übertrieben: Ich kann zu jedem Wort, das ich hier gesagt habe, stehen und kann es auch belegen, dass hier der Landtag sich sehr duldsam gegenüber den Versäumnissen der Regierung benimmt. Und dass ich mir - nichts habe ich gesagt - ich wünsche mir, dass auch die 29 Abgeordneten der beiden Regierungsparteien etwas stärker das einfordern, was sie als Landtagsabgeordnete beschlossen haben. Nicht mehr und nicht weniger. Sie brauchen niemanden anpatzen. Sie brauchen nur dafür stehen, dass hier im Landtag die Beschlüsse fristgerecht nach bestem Wissen und Gewissen und in einer guten inhaltlichen Qualität und am besten noch nach vorheriger, engagierter Diskussion, die wir eben bisher noch nicht hatten, dass diese Beschlüsse umgesetzt werden. Und ich darf hier nochmals deponieren, wann bekommen wir den Text des Governance Kodex in die Klubs. Wann können wir ihn vollständig lesen? Wann können wir ihn in Ruhe vergleichen und bewerten, damit wir auch die Chance bekommen, zu dem, was wir beschlossen und das, was wir beauftragt haben, auch entsprechend Stellung zu nehmen. Danke. (Beifall Abg. Schwaighofer)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** So. Danke Frau Abgeordnete. Damit ist die erste dringliche Anfrage beendet.

Meine Damen und Herren! Es ist jetzt zwölf nach zwölf. Es hat geheißen, es kommen noch die Anklöckler um Viertel nach zwölf. In der Präsidiale haben wir beschlossen bis halb eins. Meine Frage an Sie, führen wir die zweite dringliche Anfrage durch? Herr Klubvorsitzender, bitte!

**Abg. Dr. Schnell:** Frau Präsidentin! Ich würde aufgrund dessen, dass ja die ÖVP auch begehrt hat, dass heute mit 19:00 Uhr Sitzungsende ist, das würden wir sonst nicht schaffen, darum bitten, dass wir die zweite dringliche Anfrage auch jetzt durchführen.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Gut, danke. Ich sehe keinen Widerspruch und somit fahren wir mit der zweiten

## **6.2 Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Herrn Landesrat Eisl betreffend Suspendierungen im Landesdienst – Nr 283 der Beilagen**

fort und ich ersuche die Schriftführerin Frau Dr. Solarz um Verlesung der dringlichen Anfrage.

**Abg. Dr. Solarz** (verliest die dringliche Anfrage):

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Landeshauptmann! - Herr Landesrat, bitte um Beantwortung der Frage. Ich habe geglaubt, es beantwortet jemand anderer.

**Landesrat Eisl:** Geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Werte Schülerinnen und Schüler des HIB Saalfeldens!

Erlauben Sie mir einleitend drei Bemerkungen, nämlich zum einen die Bemerkung zur Ressortzuständigkeit, zum Zweiten zur Amtsverschwiegenheit und zum Dritten auch zur Öffentlichkeitsarbeit.

Zum ersten Thema Ressortzuständigkeit: Die Disziplinarbehörde in Salzburg beim Amt der Salzburger Landesregierung ist das Amt der Salzburger Landesregierung. Nicht die Landesregierung an sich, sondern das Amt. Ich bin aber dafür ressortzuständig und dafür natürlich auch als Ressortzuständiger verantwortlich dafür. Es ist so, dass die Behörde bei Kenntnis von disziplinarrechtlich relevantem Verhalten Prüfungen veranlassen muss. Tut sie das nicht, macht sie sich selbst des Amtsmisbrauches schuldig. Und aus diesem Grund sind solche Verfahren natürlich von amtswegen einzuleiten.

Zum zweiten Thema, der Amtsverschwiegenheit: Ich bin als ressortzuständiges Regierungsmitglied auch dem Landtag gegenüber, was Disziplinarverfahren anbelangt, der Amtsverschwiegenheit und auch dem Datenschutz voll unterworfen. Aus diesem Grund bitte verstehen Sie, dass ich heute nicht in Details gehen kann, weder Namen nennen noch Details nennen kann. Es sei denn, der Salzburger Landtag entbindet mich dieser Amtsverschwiegenheit. Das ist nach Rücksprache mit Herrn Hofrat Faber, die ich gestern noch gehalten habe, dann möglich, wenn der Salzburger Landtag einen entsprechenden Antrag stellt bzw ein Landtagsbeschluss dafür vorliegt. Liegt der nicht vor, ist auf jedem Fall die Amtsverschwiegenheit im vollen Ausmaß gegeben und sind natürlich auch die Schutzinteressen der jeweils betroffenen Personen voll zu wahren.

Zum dritten Thema Öffentlichkeitsarbeit: Weder ich, mein Ressort bzw die Personalabteilung haben aktiv Öffentlichkeitsarbeit in diesen Fällen gemacht. Es ist natürlich den betroffenen Personen unbenommen, selbst Öffentlichkeitsarbeit zu machen, was ja auch geschehen ist. Ich persönlich bin

natürlich der Meinung, dass auch dabei das Gebot der Fairness gewahrt bleiben soll. Soweit zu den Vorbemerkungen. Somit zu den konkreten Antworten.

Zur ersten Frage, warum wurde in den beiden in der Präambel dargestellten Fällen unterschiedlich vorgegangen? Die in der Präambel dargestellten Fälle beruhen auf unterschiedlichen verfahrensrechtlichen Konstellationen. Insbesondere hinsichtlich der Verfahrenseinleitung. Konkret wurden im Fall des Mitarbeiters der Abteilung 5 seitens der Staatsanwaltschaft Ermittlungsunterlagen an die Disziplinarbehörde übermittelt. Zur disziplinarrechtlichen Überprüfung übermittelt. Aus den dazu durchgeführten Ermittlungen ergab sich in weiterer Folge ein unmittelbarer disziplinarer Handlungsbedarf. Das ist eine Entscheidung, die trifft auch die Behörde, nicht die Politik, auch nicht der Ressortzuständige. Im Fall der Mitarbeiterin der Bezirkshauptmannschaft wurde hingegen ein disziplinarrechtliches Verfahren eingeleitet und aufgrund eines anhängigen Strafverfahrens unterbrochen.

Zur zweiten Frage, welche verbindliche Richtlinien es für Suspendierungen gibt: Die Suspendierung ist im § 48 des Landes-Beamtengesetzes geregelt. Danach ist die Suspendierung von der Disziplinarbehörde zu verfügen, wenn über den Beamten die Untersuchungshaft verhängt wird oder durch die Belassung des Beamten im Dienst wegen der Art und ihm zur Last gelegten Dienstpflichtverfehlung das Ansehen des Amtes oder wesentliche Interessen des Dienstes gefährdet würden.

Die Suspendierung ist somit ein Sicherungsmittel, das bei Gefahr der Verdunkelung oder Verschleierung durch Beweisentfernung jedenfalls anzuwenden ist.

Zur dritten Frage, wie viele Suspendierungen wurden in den vergangenen fünf Jahren gegen Landesbedienstete ausgesprochen: Dazu eine konkrete Antwort. In den letzten fünf Jahren wurden zwei Suspendierungen gegen Landesbedienstete ausgesprochen. Die weitere Frage darauf, in wie vielen dieser Fälle erfolgte in der Folge eine strafrechtliche Verurteilung, kann zurzeit noch gar nichts gesagt werden, weil beide Fälle laufende Verfahren sind.

Zur vierten Frage, in wie vielen Fällen wurde in den vergangenen fünf Jahren gegen Landesbedienstete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet und keine Suspendierung ausgesprochen, ist zu sagen, die Personalabteilung verfügt mangels Zuständigkeit über keine Gesamtübersicht der gegen Landesbedienstete erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Zur Anzahl der Suspendierungen kann nochmals gesagt werden zwei. Das ist eh aus der Frage zwei schon hervorgegangen.

Soweit die Beantwortung der konkret gestellten Fragen. Erlauben Sie mir aber zur Klarstellung noch weitere Dinge anzumerken. Nämlich zum einen das Auseinanderhalten des Disziplinarverfahrens und eines Strafverfahrens. Die staatsanwaltschaftliche Ermittlungstätigkeit ist auf gerichtlich

strafbare Vorwürfe eingeschränkt. Der Staatsanwaltschaft ist es verwehrt, disziplinarrechtlich relevantes Verhalten, zum Beispiel Verstöße gegen Dienstpflichten, zu prüfen. Die Disziplinarbehörde hingegen kann vorgeworfenes Verhalten nur auf disziplinarrechtlichen Gehalt prüfen. Sachverhalte können sowohl gerichtlich strafbare als auch disziplinarrechtlich relevante Vorwürfe umfassen. Die Beendigung eines Strafverfahrens gegen einen Beamten, zum Beispiel auch die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens bei der Staatsanwaltschaft ist nach den Bestimmungen der Strafprozessordnung der Dienstbehörde des Beamten mitzuteilen, damit diese einen allfälligen disziplinar rechtlichen Gehalt des vorgeworfenen Verhaltens, sogenannter disziplinarer Überhang, entsprechend auch prüfen können. Solange die Staatsanwaltschaft Ermittlungen führt, ist es der Disziplinarbehörde grundsätzlich verwehrt, eigene Ermittlungen zu Verfahrensakten zu setzen.

Ich darf nur sagen, was mir als Ressortzuständiger in solchen Fällen wichtig ist, nämlich dass es objektive Verfahren gibt, die nach dem Gesetz und nach sachlicher Vorgehensweise abgehalten werden, die die Wahrung der Schutzinteressen der betroffenen Personen gewährleistet, die die Amtsverschwiegenheit und den Datenschutz natürlich da auch entsprechend gewährleistet, auch die Wahrung des Ansehens des Amtes der Salzburger Landesregierung dabei entsprechend gewährleistet ist. Ich bin dafür, dass Verfahren zügig abgehandelt und abgehalten werden, dass keine parteiliche und parteipolitische Einmischung in die Verfahren erfolgt. Ich glaube, das ist ein ganz ein wesentlicher und ein wichtiger Punkt und das natürlich das unter Einhaltung der rechtsstaatlichen Prinzipien.

Ich bin als Ressortchef davon überzeugt, dass die Disziplinarbehörde erster Instanz richtig gehandelt hat. Hätte sie anders gehandelt, müsste sie sich selbst ein solches amtsmissbräuchliches Verhalten vorwerfen lassen. Einige Bemerkungen auch noch, weil ich glaube, wir müssen die Kirche auch im Dorf lassen. Nicht der Disziplinarrechtsbehörde ist der Vorwurf zu machen, wenn ein Disziplinarverfahren oder Suspendierung eingeleitet werden. Der Behörde könnte nur ein Vorwurf dann gemacht werden, wenn sie in dem Verfahren nicht konkret oder korrekt handelt. Klar ist auch, dass in einem solchen Verfahren sich der Wissensstand der Behörde mit den laufenden Ermittlungen verändert und dementsprechend auch Bescheide zu ergänzen sind. Aus heutiger Wissenslage war es jedenfalls gerechtfertigt, ja sogar notwendig, ein Disziplinarverfahren in den vorhin genannten Fällen und eine Suspendierung in dem einen Fall als Sicherungsmittel anzuwenden. Was das rechtliche Ergebnis sein wird, wird der Ausgang der Verfahren zeigen. Ich persönlich bin der Meinung, was es wiegt, das hat es. Und das sollte in der Form gelten.

Frau Präsidentin! Herr Präsident! Hohes Haus! Ich werde mich auf alle Fälle in der Form und alles in meiner Macht Mögliche einsetzen, damit es möglich ist, hier ein objektives, sachliches und faires Verfahren zu machen, dass die Behörde auch fair entscheiden kann. Danke schön! (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Als nächstes am Wort ist Herr Klubvorsitzender Dr. Schnell!

**Abg. Dr. Schnell:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Zügig, objektiv, sachlich waren so die Schlagworte, die wir jetzt in Ihrer Anfragebeantwortung gehört haben. Ich muss ganz ehrlich sagen, die ganze Geschichte, nachdem ich sie mir ein bissl angeschaut habe, habe ich mir gedacht, ich bin in längst vergangenen Zeiten. Hier wird Inquisition betrieben gegen unliebsame Landesbedienstete. Denn Sie haben keineswegs entkräften können, warum bei dem einen mit einem konkreten Verdacht zwar kontrolliert wird und geschaut wird, ob irgendwas vorliegt. Beim anderen aber schon im Vorhinein, so nach dem Motto "Das ist ein Schwerverbrecher", die Korruptions-Staatsanwaltschaft – Bundesbehörde – eingeschaltet wurde, diese dann feststellt, dass nichts Verfolgungswürdiges ist, einstellt und jetzt kommt es, das Land schädigt. Wer schadet jetzt dem Land, wenn festgestellt wird, der Beamte hat sich nichts zuschulden kommen lassen und Sie dann aber hergehen und – Sie sind der politisch Verantwortliche – und sagen, aufgrund dessen, dass nichts festgestellt wurde, wird er sofort suspendiert und angerufen: "Sie haben sofort zur Sekunde den Arbeitsplatz zu verlassen".

Und zügig. Sie haben dann irgendwann einmal einen Bescheid ausgestellt, damit der Betroffene überhaupt weiß, wessen Verdachts er überhaupt hier bezichtigt wird. Und dieser Bescheid – und um das geht es, um die Verfahrensweise – selbstverständlich, wenn irgendwo ein Verdacht vorliegt, ist zu prüfen. Na klar! Wo sind wir denn! Wir sind ein Rechtsstaat! Aber wie geprüft wurde, Herr Landesrat, und was dann geschehen ist, das ist also wohl wirklich ungeheuerlich. Da wird ein Mensch diskreditiert. Da wird der Mensch schlecht gemacht. Das ist unglaublich. Da kriegt er einen Bescheid zugestellt, warum das Ganze passiert, wessen man ihn verdächtigt. Den kann man in den Papierkorb schmeißen! Und das ist ja auch beweisbar. Denn es musste ein zweiter Bescheid erstellt werden, weil der erste aussagt, dass alles eigentlich schon verjährt ist, was man ihm vorwirft, sollte es überhaupt stimmen, dass die Korruptionsbehörde für Korruptionsangelegenheiten hier bereits eingestellt hat und nach dem Motto "Und jetzt stellen wir noch vielleicht vier, fünf Bescheide aus, so lange, bis wir vielleicht irgendwo ein Haar in der Suppe gefunden haben, aus dem man ihm vielleicht einen Strick drehen könnte". Also das ist eine Vorgangsweise, die ich allein aus menschlichen Gründen völlig ablehne, Herr Landesrat!

Und Sie konnten mir nicht erklären, warum bei der einen Person, wo ein konkreter Verdachtsfall besteht, keine Suspendierung vorgenommen wurde und bei der anderen Person schon. Und sind Sie mir jetzt nicht böse, wenn ich so in der letzten Zeit das alles verfolge, da können Leute tun und lassen in dem Land, was sie wollen. Ein Herr Bürgermeister von Puch, der kann tun, was er will. Da

passiert nichts! Der steht unter dem Schutz der ÖVP. Da gibt es Sonderrechte für hohe Beamte, wie den Landesamtsdirektor, der also von der Großgmainer Straße auf die A1 auffahren darf mit einem Sonderrecht, auf einer Behelfsstraße. Das sind sonderbare Dinge. Also da wird nichts gemacht, ist alles bestens. Da wird in der BH ein Posten ausgeschrieben, der so gezielt ausgeschrieben wird, dass er nur auf diese Person passen kann. Alles in bester Ordnung. Da baut ein Hofrat der Raumordnung, der höchste Raumordnungsbeamte, im Grünland – die Medien berichten darüber, jeder schüttelt den Kopf – alles in bester Ordnung. Da wird eine Landesbedienstete oder von der BH eine Beamtin bezichtigt, die wird nicht suspendiert. Und das ist es, Herr Landesrat, das uns also schwer beschäftigt, die Fraktion der FPÖ.

Und jetzt muss ich noch eines sagen. Der, der bezichtigt wird oder dem, dem man den Verdacht vorwirft, wurde schon einmal in diesem Land sehr schlecht behandelt. Es wurde ihm etwas vorgeworfen, wo man eigentlich im Nachhinein der Behörde etwas vorwerfen hätte müssen bei der Überstundengeschichte von Dr. Schmittner. Wo also die Personalabteilung es verabsäumt hat, ihn aufmerksam zu machen, dass die falsch eingeschrieben sind, weil so viele Überstunden, 200%ige, gibt es gar nicht. Man hat es gesammelt und hat ihn dann bezichtigt, zu viele Überstunden gemacht zu haben. Auf eine Anfrage von uns sind wir dann darauf gekommen, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haslauer die doppelten Überstunden von mir gehabt hat. Aber das ist alles in Ordnung, wenn es nur ein ÖVP-Mann ist. Und genau das ist es, das wollten wir heute einmal diskutieren. Wenn er irgendwo in einem ÖVP-Regierungsbüro gearbeitet hat oder beim ehemaligen Landeshauptmann, da wird er die Dienstleiter und die Karriereleiter hinaufgeschoben, dass es schneller gar nicht mehr geht. Aber wenn es jemand ist, der also nicht Ihrer Glaubensgemeinschaft angehört, dann wird er durch den Fleischwolf getrieben von oben nach unten und von unten nach oben.

Und ganz ehrlich: Wenn sich das beweisen lässt, was da auch teilweise mir zu Ohren gekommen ist, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, schaut es jetzt so aus – für mich, ich bin ja nicht ermittelnder Beamter oder – sollte ein Verstoß im Dienstrecht da sein, dann haben Sie dafür gesorgt, dass Sie momentan eigentlich für mehr Vergehen, Rechtsvergehen, die nicht rechtsstaatlicher Natur sind, jetzt schuldig sind in meinen Augen, als der, den Sie da bezichtigen und wo Sie Nachforschungen anstellen. Denn in Wirklichkeit ist es jetzt so, was immer der Herr angestellt hat, weil nach der Vorgehensweise muss der also wirklich ein Schwerverbrecher sein. Aber Sie haben in dem Verfahren und in der Abwicklung gröbste – gröbste! – Rechtsfehler begangen. Sie haben zum Beispiel den Herrn befragt, ohne dass man ihm gesagt hat, ob er überhaupt als Zeuge einvernommen wird oder als Beschuldigter. Es gibt nicht einmal ein Protokoll mit Unterschriften. Sie haben eine Einstellung der Korruptionsstaatsanwaltschaft und trotzdem wird ihm das, was also die Staatsanwaltschaft festgestellt hat, dass es nicht verfolgungswürdig ist, ihm jetzt wieder zum Vorwurf gemacht. Und da habe ich zwei Polizisten da sitzen: Wenn die bitte, die Kollegen, so handeln würden

bei der Amtshandlung, dann würde es sie wahrscheinlich nicht mehr geben. Und das ist der Vorwurf, den ich Ihnen nicht ersparen kann, Herr Landesrat, und das werden wir auch aufgreifen.

Nicht die Tatsache, dass wenn irgendwo ein Verdachtsfall da ist – oh, das ist in Ordnung, da soll geprüft werden. Und Sie haben ja auch gesagt, naja da muss man ein Verfahren einleiten, wenn man Kenntnis hat von etwas. Wo ist jetzt die Beschuldigung? Wo ist der Vorwurf, den Sie dieser Person machen? Sie müssen ja einen Bescheid herausgeben, warum er suspendiert wurde. Da ist aber kein Vorwurf drinnen, der bitte irgendwo nur relevant ist. Also die zwei Bescheide – Entschuldigung, als Arzt, Sie sind Bauer, ich bin Arzt, wir sind beide keine Juristen. Aber das können zwei, sogar wir zwei in den Papierkorb schmeißen, was da produziert wurde! Da lachen sogar die Hühner! Und das ist das, was wir Ihnen vorwerfen müssen, wie Sie mit Menschen umgehen, wie diese Verfahren abgewickelt werden, um dann wirklich auch Verdachtsfälle konkret zu hinterleuchten, ob er was angestellt hat oder nicht. Und das ist es, was ich Ihnen wirklich vorwerfen muss und damit komme ich auch dazu, dass das natürlich politisch motiviert ist. Das schau ich mir an, ob so was irgendwo bei einem Beamten, der der ÖVP nahe steht, irgendwo möglich wäre in diesem Land. Das glaube ich nicht! Das werden auch wir uns nicht gefallen lassen, Herr Landesrat. Und da sind so viele Fragen offen. Ich bin neugierig, wie das dann weitergeht. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Als nächstes am Wort ist die Frau Abgeordnete Pallauf!

**Abg. Dr. Pallauf:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuhörer!

Wir haben klare Regeln, wie ein Disziplinarverfahren abzuhandeln ist. Und ich bin der Überzeugung, wir haben gute Regeln, weil wir haben, der Landtag hat diese Regeln ja auch gemacht. Gibt es etwas zu bemängeln, ist der Landtag aufgerufen, das Gesetz zu ändern. Ich glaube aber nicht, dass der Landtag, wir hier aufgerufen sind, zuständig sind, ein Disziplinarverfahren abzuführen bzw auch abstrakt hier Fälle miteinander zu vergleichen, deren Inhalt wir nicht kennen. Ich zumindestens nicht.

Wir haben das Landes-Beamtengesetz. Es regelt Dienstverletzungen. ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** Darum geht es! Genau um das geht es!)

... Die §§ 33 ff ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** Nicht um den Inhalt!)

... regeln das. ...

**(Zwischenruf Abg. Essl:** Genau.)

... Da gibt es auch sehr wohl Möglichkeiten, gegen Bescheide, die erlassen worden sind, Berufung einzulegen. Jawohl das ist es. Wir haben die Möglichkeit ...

**(Zwischenruf Abg. Essl:** Genau um das geht es. Den Schutz des Mitarbeiters.)

... Im § 48 (4) genau hier ...

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc** (unterbricht): Es ist die Frau Abgeordnete Pallauf am Wort!

**Abg. Dr. Pallauf** (setzt fort): ... die Möglichkeit, Berufung dagegen einzulegen. Und wenn es ein schlechter Bescheid ist, ein falscher Bescheid ist, so wird das die Disziplinarkommission, die hierfür berufen ist – das ist ein Kollegialorgan mit richterlichem Einschlag – das zu entscheiden haben. Das steht im § 48 (4) und wenn er so schlecht ist und alles falsch ist – was ja möglich ist – dann wird das ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** Aber der Mensch ist Ihnen wurscht, oder?)

... entschieden werden. Und wir haben auch Regeln, wann Suspendierungen durchzuführen sind.  
...

**(Zwischenruf Abg. Wiedermann:** § 36 Absatz 1 Verjährungsfrist.)

... Wir wissen, Suspendierung ist ein sehr schwerer Schritt. Und darum ist es auch im Gesetz drinnen, nur unter bestimmten Umständen. ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** Genau.)

... Die Disziplinarbehörde hat diese anzuwenden. ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** So ist es. Wo sind die?)

... Ich kenne den Fall nicht. Also kann ich es nicht sagen, wo sie sind. Die Disziplinarbehörde hat dieses Gesetz anzuwenden ...

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc** (unterbricht): Keine Dialoge!

**Abg. Dr. Pallauf** (setzt fort): ... und hat es angewendet. Und da gibt es keine zusätzlichen Richtlinien oder Möglichkeiten. Es gibt Verwaltungsgerichtshofsentscheidungen. Eine Menge gibt es hierzu. Und das ist die Richtlinie, die hier zugrunde zu legen ist. Die hat auch die Disziplinarbehörde anzuwenden und dann wird das zu überprüfen sein. Ja. Genau so ist die Abhandlung. Es ist aber nicht so, dass wir hier diese abstrakten Fälle – wir haben zwei Fälle und die haben Sie gewählt, um sie gegeneinander abzuwiegen – genau diese Sache ist es. Es sind Einzelfallentscheidungen. Es wird auf den Fall abgestellt und da wird nicht geschaut, wie ist es denn in einem Parallelfall. Das Gesetz ist anzuwenden. Und das Gesetz hat hier ...

(**Zwischenruf Abg. Essl**: Wahrscheinlich nach dem Parteibuch, welcher Partei er angehört!)

... das Gesetz ist anzuwenden und sonst nichts!

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc** (unterbricht): Frau Abgeordnete Pallauf ist am Wort. Sie haben noch Gelegenheit!

**Abg. Dr. Pallauf** (setzt fort): Und die Behörde wird auch daran gemessen werden. Wenn es falsch angewendet wird, nicht rechtskonform, dann greifen diese. Wir sind in einem Rechtsstaat verhaftet. Wir haben Gesetze und die sind anzuwenden. ...

(**Zwischenruf Abg. Essl**: Genau um das geht es. Wir sind in einem Rechtsstaat!)

... Und hier ist die Disziplinarbehörde gefragt, diese haben auch genaue Regeln. Ändern wir das Gesetz und haben wir gleich eine Kommission am Anfang. ...

(**Zwischenruf Abg. Dr. Schnell**: Ja, genau. Genau das wollen wir!)

... Wir haben – es steht jedem offen, auch Anträge einzubringen. Aber wir haben Disziplinarbehörde I. Instanz, die II. Instanz hat Überprüfungen durchzuführen. Lassen wir sie arbeiten. Schauen wir das Ergebnis an und dann können auch Konsequenzen, die zu zeitigen sind, gezeitigt werden. Danke. (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Als nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Schmidlechner!

**Abg. Mag. Schmidlechner:** Hohes Haus! Werte Kollegen! Herr Landesrat!

Es stehen hier wirklich schwerwiegende Vorwürfe im Raum. Und zwar stehen schwerwiegende Vorwürfe im Raum in der Vollziehung bzw im Umgang mit zwei Personen, konkret mit einer Person. Und es ist nach meinen Recherchen nicht so gewesen, dass ich diese Vorwürfe 100%ig entkräften konnte. Und es ist nach dem, was Sie bei der Anfragebeantwortung gesagt haben, auch nicht so, dass diese Vorwürfe für mich 100%ig entkräftet sind. Und es sind zwei Vorwürfe.

Vorwurf eins: Menschen, die im Landesdienst arbeiten, werden ungleich behandelt. Vorwurf zwei: Das hat irgendetwas mit Politik bzw mit der parteipolitischen Zugehörigkeit dieser Menschen zu tun. Diese zwei Punkte werden Sie entkräften müssen, weil es sind wirklich ganz wesentliche Punkte! (Beifall der SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten) ...

**(Zwischenruf Landesrat Eisl:** Dann müsst ihr mich entbinden, dann kann ich hier auch Auskunft geben. Ansonsten werden immer nur Vorwürfe gemacht, wo ich keine Auskunft geben kann. Deswegen, weil ich der Amtsverschwiegenheit verpflichtet bin. Das kann ich entkräften.)

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** Die Vorwürfe die liegen ja schon da. Sie unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Die Details sind ja da!)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc** (unterbricht): Meine Damen und Herren! Im Augenblick ist der Herr Abgeordnete Schmidlechner am Wort. Wir schauen, ob Sie dann noch sich melden können.

**Abg. Mag. Schmidlechner** (setzt fort): Also grundsätzliche Position der SPÖ und meine grundsätzliche Position ist, dass es im Landesdienst nicht möglich sein kann, dass Menschen unterschiedlich behandelt werden, weil sie zu unterschiedlichen Parteien gehören. Vor allem bei Suspendierungsverfahren, wo es tatsächlich um sehr viel für so einen Menschen geht. Das ist nicht irgendwas. Das ist ein ganz ein wesentlicher Punkt. Das ist ein wesentlicher Punkt für diesen Menschen, der da betroffen ist. Ich kenne ihn nicht. Aber ich weiß, dass das ein wichtiger Punkt für diesen Menschen ist. Und da müssen wirklich alle gleich behandelt werden. Und dann spielt es keine Rolle, ob jemand zur FPÖ, zur SPÖ, zu den Grünen oder zur ÖVP gehört. Das muss transparent laufen. Und genau diesen Punkt darzustellen, das ist auch Ihre Aufgabe als personalverantwortlicher Landesrat. Und dazu bitte ich Sie auch sehr herzlich, auch im Namen der SPÖ. (Beifall der SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström Bsc:** Als nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Wiedermann und ich nehme noch Stellung dann zu dem Antrag vom Herrn Landesrat! Herr Abgeordneter Wiedermann ist am Wort und der Landtag muss den Antrag zur Aufhebung einer Verschwiegenheitspflicht stellen. Also das kann nicht der Herr Landesrat selber machen. In der Zwischenzeit wird jetzt der Herr Landtagsabgeordnete Wiedermann sprechen. Fünf Minuten!

**Abg. Wiedermann:** Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wenn ich mir das bis jetzt Gesagte zu Gemüte führe, insbesondere Frau Kollegin Pallauf, so bin ich entsetzt! Ich bin entsetzt, Sie als Juristin, Sie als Juristin geben solche Töne von sich! Ich rede jetzt gar nicht einmal davon, was der Landesrat gesagt hat. Tatsache ist aber eines: Wenn man den Akt kennt – und ich kenne den Akt, wir Freiheitliche, wir kennen den Akt, wir kennen die ganze Geschichte – wenn man sich das anschaut, dann muss man von Zuständen reden, von Zuständen, die vielleicht irgendwo in einem totalitären Regime sind, wo Demokratie und Recht ein Fremdwort sind. Aber bitte nicht hier in Österreich und in Salzburg!

Zu dem, Herr Landesrat, was Sie gesagt haben: "Hätte einleiten müssen ein Disziplinarverfahren" – er hört nicht zu, aber macht nichts. Im November 2010 wurde die Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet. Es wurde kein Disziplinarverfahren eingeleitet. Bis zum Mai 2011 wurde seitens der Staatsanwaltschaft untersucht. Es wurde eingestellt, weil keine wie immer gearteten Gründe da waren, den Betroffenen zu weiteren – ich kann das vorlesen: "Die Einstellung erfolgt gemäß § 190 Ziffer 2 STPO, weil kein tatsächlicher Grund zur weiteren Verfolgung besteht." Das heißt, bereits damals war die Verjährung eingetreten. Bereits im Mai. Im Herbst dieses Jahres fängt die Disziplinarbehörde zu ermitteln an, obwohl die Verjährung eingetreten ist. Ich meine – und das steht im Bescheid drinnen. Und ich muss ehrlich sagen, so was von einem Juristen zu schreiben, das kann ein Lehrbub besser. Das muss ich wirklich sagen!

Der Betroffene wird zu einem Gespräch eingeladen bei der Personalabteilung. Und da heißt es wörtlich "und am 13.10. zu den im Anlassbericht des BAK Bundesamt für Korruption dargestellte Sachverhalt zur allfälligen weiteren disziplinarischen Beurteilung befragt." Ja bitte, ist der betroffene Bedienstete aufgeklärt worden, in welcher Funktion er dort ist? Ist er Beschuldigter, ist er Zeuge, ist er Auskunftsperson oder was immer. Es wurde kein Protokoll angefertigt. Die zwei "Befrager" haben dann einen Aktenvermerk angelegt, einen schriftlichen Aktenvermerk, weil angeblich in dem Gespräch Widersprüche da waren, zu dem, was in dem Akt der Staatsanwaltschaft steht. Mit diesem Aktenvermerk geht man dann zum Landesamtsdirektor und in der gleichen Minute wird mündlich, ich wiederhole – mündlich – und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, die sofortige Suspendierung verfügt. Ja bitte, wo leben wir! Sind wir in einem Rechtsstaat oder sind wir wirk-

lich irgendwo in Nordkorea oder sonst irgendwo in einem der solchen Staaten, die man im Westen sogenannte "Schurkenstaaten" nennt. Ich glaube, diese Zustände brauchen wir nicht.

Und es hat sich keiner der Landesbediensteten, egal ob er ein Roter, ein Schwarzer, ein Blauer oder ein Grüner ist oder parteifrei, solch eine Behandlung hat sich keiner verdient, Herr Landesrat! So kann es nicht sein!

Der nächste Vorwurf, den man hier machen muss: "Darüber hinaus besteht der Verdacht, der Landesbedienstete habe seine Dienstpflicht usw gegen die Dienstpflicht verstoßen, wonach es einem Beamten untersagt ist, im Hinblick auf seine amtliche Stellung für sich oder einen Dritten ein Geschenk, einen anderen Vermögensvorteil oder sonstigen Vorteil zu fordern, anzunehmen oder sich versprechen zu lassen." Genau das hat die Staatsanwaltschaft geprüft. Genau diesen Vorwurf hat die Staatsanwaltschaft eingestellt. Und jetzt geht die Disziplinarbehörde her, ist gescheiter wie die Staatsanwaltschaft, obwohl im Gesetz das eindeutig geregelt ist und macht das dem Bediensteten wieder zum Vorwurf. Im Gesetz heißt es, Herr Landesrat: "Die Disziplinarbehörde", sie darf auch nicht – ich zitiere – "sie darf auch nicht eine Tatsache als erwiesen annehmen, die das Gericht oder der unabhängige Verwaltungssenat als nicht erweisbar angenommen hat." So steht es im § 37 des Landes-Beamtengesetzes. Im § 36 ist ganz klar geregelt, wann die Verjährung eintritt. § 36 (1) "Ein Beamter darf wegen seiner Dienstpflichtverletzung nicht mehr bestraft werden, wenn nicht innerhalb folgender Fristen gegen ihn eine Disziplinarverfügung erlassen oder ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. 1. innerhalb von sechs Monaten, gerechnet von dem Zeitpunkt, zu dem der Disziplinarbehörde die Dienstpflichtverletzung zur Kenntnis gekommen ist." Und Sie haben gerade vor wenigen Minuten gesagt, dass die Behörde einleiten muss, einleiten müsste, wenn ihr Dienstpflichtverletzungen oder ähnliches zur Kenntnis gelangen. Ja bitte, da haben wir es ja. Wer ist jetzt, wer ist jetzt rechtlich zu prüfen? Der betroffene Landesbeamte oder jene, die zum Zeitpunkt der Kenntniserlangung keine Disziplinaranzeige gemacht haben. Und so weiter, es geht fort und fort und fort. Letztlich, Herr Landesrat, nachdem die Zeit mit fünf Minuten leider sehr kurz ist: Es gibt einen Spruch des ehemaligen Nationalratspräsidenten Kohl, nämlich der sogenannte Verfassungsbogen: Jemand und eine Partei, die sich soweit außerhalb des Verfassungsbogens bewegt, mit dem kann und soll es auch keine Zusammenarbeit geben. Und ich muss Ihnen sagen, Herr Landesrat, obwohl ich Sie sehr schätze, aber in diesem Punkt bezweifle ich Ihre Fähigkeit, das Ressort entsprechend zu führen. Entweder führen die Beamten hier die Regie oder Sie haben – das ist der letzte Satz ...

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc** (unterbricht): Herr Abgeordneter, es tut mir leid! Die Zeit ist weit überschritten! Ich ersuche Sie, auch Ihre Zeit einzuhalten.

**Abg. Wiedermann** (setzt fort): ... und es ist zu prüfen, ob Ihnen nicht das Misstrauen auszusprechen ist! (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Es muss der Antrag vom Landtag gestellt werden auf Aufhebung des Amtsgeheimnisses und darüber abgestimmt werden. Gibt es dazu einen Antrag? Herr Landesrat hat es gewünscht. Der Landtag muss den Antrag stellen. ...

(**Zwischenruf Abg. Wiedermann:** Ist eh alles da. Was wir brauchen ist alles da.)

(**Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** Das, was wir wissen, ist da!)

... Es besteht also kein Antrag auf Aufhebung des Amtsgeheimnisses. Dann kann ich nicht abstimmen. Die einzelnen Mitglieder der Landesregierung können – ich kann Ihnen sagen, § 81 besteht, also die Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit besteht nicht für die Landesregierung und die einzelnen ihrer Mitglieder gegenüber dem Landtag, wenn dieser derartige Auskünfte ausdrücklich verlangt. Ich mache jetzt eine kurze Sitzungsunterbrechung, damit wir klären, wie wir weitermachen. Ansonsten, Herr Abgeordneter!

**Abg. Dr. Schnell:** Frau Präsidentin! Niemand begehrt das. Also können wir weitertun. Nächste Wortmeldung bitte!

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Entschuldigung, Herr Klubvorsitzender. Ich habe hier die Frage der Aufhebung des Amtsgeheimnisses und ich kläre diese Frage in Ruhe und dann machen wir weiter. Gut. ...

(**Zwischenruf Abg. Dr. Schnell.** Ist ja kein Antrag da!)

... Der Antrag ist schriftlich zu stellen. Er kann nicht mündlich gestellt werden. Damit ist diese Frage geklärt. ...

(**Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** Wer will diesen Antrag stellen, Frau Präsidentin?)

... Es hat eine Anfrage eines Landesregierungsmitgliedes gegeben. Ich habe die Frage ...

(**Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** Das Landesregierungsmitglied hat ...)

... Nein. Ich weiß. Das habe ich eben, Herr Klubvorsitzender! Das habe ich eben versucht, dir zu erklären. Ich möchte, dass diese Frage eindeutig und klar hier geklärt ist. Sie ist geklärt, wenn, müsste er schriftlich gestellt werden und wir setzen fort.

**Abg. Dr. Schnell:** Noch einmal, Frau Präsidentin, zur Geschäftsordnung. Es gibt einen derartigen Antrag – sehe ich keinen, von der Fraktion. Also brauchen wir es auch nicht klären! Entschuldigung. Wir setzen mit der Sitzung fort. Es gibt Wortmeldungen!

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Lieber Herr Klubvorsitzender! Ich gebe dir Recht. Es gibt keinen Antrag. Ich setze mit der Sitzung fort, ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** Warum müssen wir dann?

... weil du hörst nicht alles, was ich hier höre. Und es ist in meiner Befugnis, hier zu bestimmen, dass ich die Fragen kläre. Jetzt ist es in deinem Sinne. Es gibt weitere Wortmeldungen. Jetzt, die letzte Wortmeldung, die mir vorgelegen ist, ist der Herr Abgeordnete Wiedermann. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Landesrat! – Herr Klubvorsitzender!

**Abg. Dr. Schnell:** Auch eine Wortmeldung. Herr Landesrat hat sich erst ...

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Du bist als Antragsteller der Letzte. Bitte schön, Herr Landesrat!

**Landesrat Eisl:** Geschätzte Damen und Herren!

So kann das nicht funktionieren, wie das da jetzt im Raum steht. Nämlich ich unterliege der Amtsverschwiegenheit, die FPÖ bringt große Vorwürfe mir gegenüber, sagt aber, nein die Amtsverschwiegenheit, die sollte man nicht aufheben, weil es besteht ja kein Antrag. Da sage ich ganz klar: Lieber Karl, bitte stelle deinen Antrag. Du hast die Möglichkeit, diesen Antrag zu stellen, schriftlich, dann können wir das bei der nächsten Sitzung gerne diskutieren. Ich bin gerne bereit, über die Inhalte dann zu diskutieren, ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** Die Fakten liegen auf dem Tisch!)

... über die ich heute nicht diskutieren darf. Es geht aber nicht um Überstunden, sage ich gleich ganz klar dazu. Es geht nicht um alte Geschichten, sondern es geht im Grunde genommen um klar disziplinarrechtlich zu verfolgendes Verhalten, das da zum Vorwurf steht. ...

**(Zwischenruf Abg. Wiedermann: Die Staatsanwaltschaft hat nichts gefunden!)**

... Und aus diesem Grund hat die Disziplinarbehörde auch die entsprechenden Schritte zu tun. Das ist einmal der eine Punkt. ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Gibt es einen Bescheid.)**

... Es gibt Bescheide und ich habe gesagt, es gibt auch Ergänzungen zu den Bescheiden. ...

**(Zwischenruf Abg. Wiedermann: Ist rechtswidrig!)**

... Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was ich zuerst schon gesagt habe, nämlich das Thema, es ist ein Unterschied zwischen Disziplinarrecht und Strafrecht. Herr Abgeordneter Wiedermann! Im Disziplinarrecht gilt nicht die Strafprozessordnung, sondern das Landesrecht. Und aus diesem Grund sind Dinge, die du eingebracht hast und die du aus deiner Vernehmungspraxis kennst, wo die Strafprozessordnung herrscht, da nicht anzuwenden! ...

**(Zwischenruf Abg. Wiedermann: Ein Verwaltungsverfahren!)**

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc** (unterbricht): Entschuldigung, Herr Landesrat! Herr Abgeordneter Wiedermann! Bitte lassen Sie den Herrn Landesrat zu Wort kommen. Die FPÖ hat noch einmal die Möglichkeit, als Letzter zu Wort zu kommen.

**Abg. Dr. Schnell:** Danke!

**Landesrat Eis!** Zum nächsten Punkt. Der Betroffene hat die Möglichkeit gehabt zum Beweis seiner Unschuld auch die e-mail-Konten öffnen zu lassen, damit das offengelegt wird, was er sagt, dass es nicht stimmt usw. Aber das wurde vom Betroffenen auch verwehrt. Somit war die Behörde natürlich gezwungen, entsprechende Sicherungsmittel selbst anzuwenden und ein solches Sicherungsmittel ist die Suspendierung in dem Fall gewesen. Aus diesem Grund sage ich noch einmal ganz klar, es kann und darf nicht sein, dass aufgrund von parteipolitischem Druck – und genau das macht die FPÖ zur Zeit – versucht wird, ein Verfahren mit Gewalt einstellen zu lassen, das zur Zeit noch nicht einzustellen ist. ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Ha, ha, ha!)**

... Und dagegen verwehre ich mich und da stelle ich mich auch ganz klar gegen die Behörde des Amtes, weil das so nicht rechtsstaatlich wäre. Und aus diesem Grund noch einmal ganz klar: Die

Behörde wird sachlich, objektiv, dem Gesetz entsprechend weiter ermitteln, weiter handeln und weiter entsprechend auch dann Sanktionen oder auch nicht Sanktionen erteilen. Und dazu ist dann der Rechtsweg entsprechend möglich. Den kann der Betroffene entsprechend natürlich auch beschreiten und da sind alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten gegeben. Aber ich bitte, im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit sich weiter zu bewegen und es darf nicht sein, dass parteipolitischer Druck da zum Einstellen von Verfahren führt. Das darf nicht sein! ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell:** Ah, genau um das geht es!)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Landesrat, danke! Als nächstes am Wort ist der Herr Klubvorsitzende Schnell und ich ersuche wirklich hier um ein gutes und ordentliches Diskussionsklima!

**Abg. Dr. Schnell:** Ja, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir brauchen bitte hier keinen Beschluss gegen ein Amtsgeheimnis auszusagen. Es liegen die Tatsachen, die den Herrn Landesrat betreffen, für die der Herr Landesrat verantwortlich ist, auf dem Tisch. Da liegen Bescheide da, wo der Herr Landesrat heute sagt, das muss untersucht werden, wo im Bescheid der Person nicht einmal etwas vorgeworfen wird, außer, dass er Bürger beraten hat. Also bitte und genau um das geht es ja. Bitte jedem, der verdächtigt wird oder suspendiert wird, steht zumindestens zu, dass in dem Bescheid der Suspendierungsgrund drinnen steht und der Person mitgeteilt wird, wessen er überhaupt verdächtigt wird. Und diese Dinge, da brauchen wir überhaupt nichts mehr offen legen, die liegen am Tisch. Es liegt am Tisch, dass bei der einen Person, die der FPÖ zugerechnet wird, sofort einmal die Korruptionsbehörde des Bundes eingeschaltet wird, also überhaupt das höchste Mittel, das es gibt, bei der ÖVP-Beamtin nicht. Dass zwar jetzt offensichtlich das angeschaut wird, was die Halleiner Beamtin betrifft, aber sie ist nicht suspendiert worden, es hat keinen Korruptionsstaatsanwalt gegeben ...

**(Zwischenruf Abg. Essl:** Genau!)

... aber während beim anderen, der offensichtlich der FPÖ zuzuordnen ist – ich weiß nicht einmal, ob er Mitglied ist – da hat man die Korruptionsstaatsanwaltschaft eingeschaltet, die hat eingestellt, weil nichts ist. Gleich darauf hat man suspendiert. Der Bescheid war null und nichtig, verjährt und alles Mögliche. Dann hat man einen zweiten Bescheid gemacht. Und jetzt wird man einen dritten Bescheid machen. Und so geht man mit Menschen um. Solange, bis der vielleicht sich selber auch richtet und aufhängt, weil er es nicht mehr aushält, wie es der Karl richtig gesagt hat. Das sind Belastungen, bitte schön, die diesen Menschen betreffen. Das ist nicht irgendein Lercherl, sondern der muss damit leben, wenn die Nachbarn befragt werden, ob er ein neues Auto hat. Alle, mit denen er

zu tun hat, einvernommen werden, wie bei der GESTAPO, auf die Polizeibehörde geschleppt werden und mich dann anrufen und sagen, ja, was ist denn da los, bitte. So wird mit dem Menschen umgegangen. Aber wenn es einen ÖVP-Beamten betrifft, ja alles in bester Ordnung! Alles toll. Alles klass. Da schauen wir uns zwar das an, aber suspendieren tun wir nicht. Ja Staatsanwaltschaft schon gar nicht, bitte. Genau um das geht es. Es geht ja gar nicht inhaltlich, was der Herr Schmittner angestellt hat. Prüfen Sie das, Herr Landerrat. Prüfen Sie bis zum Nimmerleinstag. Da verwehren wir uns nicht dagegen. Wogegen wir uns verwehren, ist die Vorgangsweise, beim einen so, beim anderen so! (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

Und das ist unmenschlich, was Sie da machen! Und ich bitte und Frau Präsidentin, jetzt kannst du zuhören. Frau Präsidentin! Wer hat denn den Vorsitz? Frau Präsidentin!

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Entschuldigung. Herr Klubvorsitzender!

**Abg. Dr. Schnell:** Danke, dass Sie mir zuhören!

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** In Ihrem Sinne wird hier verhandelt!

**Abg. Dr. Schnell:** Nein, nicht in meinem Sinne.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Ja.

**Abg. Dr. Schnell:** Ich habe kein Begehren. Wenn ich ein Begehren habe, bringe ich es Ihnen vor und braucht nicht der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haslauer vorbringen! Was ich zu sagen habe, brauche ich ihn dazu nicht. Und ich habe jetzt das Begehren einer Sitzungsunterbrechung zu Klubberatungen für fünfzehn Minuten! Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Ich unterbreche die Sitzung für fünfzehn Minuten, damit wir diese Fragen klären und wir setzen in fünfzehn Minuten fort. Ich rufe die Präsidiale ein.

**(Unterbrechung der Sitzung: 12:54 bis 13:20 Uhr)**

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc** (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Sitzung fort. Herr Klubvorsitzender, du hast dich zu Wort gemeldet. Entschuldige. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass noch fünf Minuten ausständig sind von der verbleibenden Redezeit!

**Abg. Dr. Schnell:** Zehn.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Fünf, Karl, ich habe geschaut.

**Abg. Dr. Schnell:** Geht meine Uhr falsch? Alles klar. Ich brauch eh nicht mehr!

Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe jetzt den Beweis in der Hand, dass das nicht stimmt, was der Herr Landesrat sagt, dass hier rechtsstaatlich vorgegangen wird, dass hier die Disziplinarbehörde prüft und man dann entscheiden wird. Den Herrn Dr. Schmittner gibt es nicht mehr. E-Mail, Telefonnummer. Er ist nicht mehr im Beamtenverzeichnis. Das heißt, sie haben ihn bereits gelöscht. So geht man in diesem Land vor! Das muss man sich einmal geben! Den Herrn Dr. Schmittner gibt es als Beamten nicht mehr. Das bestätigen auch Zeugen, die mir gegenüber gesagt haben, bei den Einvernahmen oder Gesprächen, dass man gesagt hat, was, mit dem Herrn Dr. Schmittner, mit dem gehen Sie auf ein Bier. Das wird Ihnen nicht gut tun. Der wird nie mehr in sein Amt zurückkehren. So schaut das aus, liebe Freunde. So wird vorgegangen in diesem Land, mit Landesbediensteten in Salzburg, von der ÖVP. Und das, Herr Landesrat, mache ich Ihnen zum Vorwurf! Nicht, dass Sie prüfen. Nicht, dass Sie abwarten, bis die Disziplinarbehörde sagt, jawohl, es ist ein Verstoß gegen das Dienstrecht passiert und der Herr Schmittner, dem wird das zur Last gelegt und ist jetzt bewiesen. Nein, Sie haben ihn bereits gekündigt. Es gibt ihn nicht mehr. E-Mail nicht. Ich lese Ihnen das gerne vor! "Die E-Mail-Adresse des Empfängers wurde im E-Mail-System des Empfängers nicht gefunden." Es gibt ihn auch telefonisch nicht mehr. Herr Schmittner ist bereits weg. Und jetzt werden Sie noch fünf Bescheide erlassen und vielleicht so lange warten, bis der Mensch die Nerven verliert und sich irgendwas antut. Danke! Wenn das die Politik ist in dem Land, nicht mit uns! (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Das war die letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor und damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt. Ich unterbreche jetzt für die Mittagspause bis 14:00 Uhr, bis wir in den Ausschuss gehen. Die Glöckler sind nach Hause gegangen, weil man nicht gewusst hat, wie lange das noch dauert. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause. Halbe Stunde. Um 14:00 Uhr im Ausschuss.

**(Unterbrechung der Sitzung von 13:23 bis 15:16 Uhr)**

**Präsident Ök.-Rat Illmer** (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Liebe Mitglieder der Regierung! Bitte die Plätze einzunehmen, dass wir die unterbrochene Sitzung wieder aufnehmen können.

Vor der Mittagspause wurde bis zum Punkt sechs alles abgearbeitet. Wir kommen nun zum

### **Punkt 7: Berichte und Anträge der Ausschüsse**

Wie üblich, verlese ich nunmehr jene Berichte, welche im Ausschuss einstimmig erledigt wurden. Sollte eine Debatte gewünscht sein, so bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Alle anderen einstimmigen Erledigungen werde ich zusammenziehen und in einem abstimmen lassen. Einstimmig verabschiedet wurden die Tagesordnungspunkte

7.4 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landwirtschaftskammergesetz 2000, das Salzburger Landarbeiterkammergesetz 2000, das Jagdgesetz 1993, das Fischereigesetz 2002, das Schischul- und Snowboardschulgesetz sowie das Salzburger Bergsportführergesetz geändert wird – Nr 215 der Beilagen

7.5 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem die Salzburger Landarbeitsordnung 1995 geändert wird – Nr 216 der Beilagen

7.6 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem Teile des in der Stadt Bischofshofen gelegenen Güterwegs "Kreuzberg" als Landesstraße II. Ordnung übernommen werden – Nr 217 der Beilagen

7.7 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem die L 263 Wallersee Landesstraße als Landesstraße aufgelassen wird – Nr 218 der Beilagen

7.8 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landeselektrizitätsgesetz 1999 geändert wird – Nr 219 der Beilagen

7.9 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 1990 geändert wird (Wohnbauförderungsgesetz-Novelle 2011) – Nr 220 der Beilagen

7.12 **Bericht** des Ausschusses für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Ök.-Rat Illmer, Mag. Rogatsch und Mag. Scharfetter betreffend die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union – Nr 223 der Beilagen

7.13 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Steidl und Ing. Mag. Meisl betreffend die Errichtung von Pkw-Stellplätzen für Menschen mit Behinderung – Nr 224 der Beilagen

7.14 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Rogatsch, Dr. J. Sampl, Dr. Pallauf und Ottenbacher betreffend die Einrichtung eines Pilotprojektes "Pflege-BHS" als Schulversuch – Nr 225 der Beilagen

7.16 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler betreffend Entlastung der Schulen von Verwaltungsarbeit – Nr 227 der Beilagen

7.18 **Bericht** des Petitionsausschusses zur Petition gegen die 380-kV-Leitung über den Gaisberg – Nr 229 der Beilagen und

7.19 **Bericht** des Finanzausschusses zum Dringlichen Antrag der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler betreffend die Personalkürzungen in den sogenannten "Kleinen Anstalten" des Landes - Nr 285 der Beilagen

Ich ziehe noch einmal zusammen zur Abstimmung: 7.4, 7.5, 7.6, 7.7, 7.8, 7.9, 7.12, 7.13, 7.14, 7.16 und 7.18 und 7.19. Wer einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Somit wurden wie im Ausschuss diese Berichte einstimmig angenommen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt

7.1 **Bericht** des Finanz- sowie Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) und das Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2012 – Nr 212 der Beilagen

auf. Dieser wurde im Ausschuss mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen FPÖ und Grüne abgestimmt. Debatte FPÖ ist angemeldet. Bitte, Herr Klubobmann!

**Abg. Dr. Schnell:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Es gibt noch viel zu tun – also packen wir es an! So könnte man die derzeitige budgetäre Situation auf dem Weg zu einem konsolidierten Landeshaushalt zusammenfassen. Ob wir – und damit meine ich den Salzburger Landtag, die Landesregierung – es tatsächlich anpacken, oder ob den großen Worten wieder einmal nur bescheidene Taten folgen, das soll Thema meiner Anmerkungen zum Landesvoranschlag 2012 sein.

Die nüchterne Analyse zeigt uns, dass das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht ist. Der Schuldenstand des Landes steigt um € 98 Mio oder um 12,6 %. Seit 2008 haben sich also die Schulden des Landes von € 431 Mio auf € 875 Mio also mehr als verdoppelt. Die Prognosen für die Folgejahre zeigen uns, dass die Milliarden-Schulden-Schallmauer bald in greifbare Nähe gerückt ist.

Es ist also folgerichtig, den Sparstift anzusetzen. Das hat die Landesregierung auch gemacht. Die Budgetrichtlinien 2012 sind durchaus konsequent und sind auch wirksam. Das zeigt sich auch in ihrer Wirkung von immerhin € 56 Mio alleine im Jahr 2012. Das Richtige zu machen, heißt aber noch lange nicht das Richtige auch richtig zu machen.

Vom Geist der Kreativität war dabei die Landesregierung nicht beseelt. Denn dieser Landesvoranschlag lässt jedwede Originalität vermissen. Wieder einmal wurde die Rundfunkabgabe erhöht. Das ist ja per se schon eine Frechheit! Wenn man sich das anschaut das Programm und dann noch die Rundfunkgebühren erhöht, ist das ja wirklich ein Hohn.

Wieder einmal – und das ist eh Forderung auch der Oppositionsparteien, vor allem auch der FPÖ – wurden Politikergehälter eingefroren, wieder einmal wurde die Parteienförderung gekürzt. Dem stimmen wir voll zu. Wir sollten als Vorbild vorangehen und hier haben Sie immer einen Partner in der FPÖ, wenn es um das Sparen bei sich selbst geht.

Wenig originell ist aber die Erhöhung der Gebühren. Denn diese Maßnahme halte ich für falsch, weil sich das Land hier von seinen Grundaufgaben verabschiedet, nämlich bestimmte Dienstleistungen der Behörden kostengünstig anzubieten und letztendlich auch damit den Bürgern zu dienen. Mit alten Rezepten neue Probleme bewältigen zu können wird also hier nicht die richtige Vorgangsweise sein. Irgendwann wird das Maß erreicht sein, wo man nicht mehr an der Gebührenschaube drehen kann und nicht beliebig hier die Gebühren erhöhen kann und dann stellt sich die

Frage: Was dann? Verabschieden wir uns von den Grundsätzen der Landespolitik? Vergreift man sich an zweckgebundene Gelder oder verkauft man seine Beteiligungen an den Landesunternehmen?

Und da deutet sehr viel darauf hin, denn 2012 werden € 1,5 Mio von Wohnbaugeldern zur Budgetsanierung verwendet. Begründet wird das mit dem Kostenersatz für die Verwaltung des Landeswohnbaufonds. Eine schlechtere Ausrede hätte man sich wohl nicht einfallen lassen können. Dann noch quasi auf eine Empfehlung des Landesrechnungshofs hinzuweisen, die es gar nicht gibt, zeigt also zumindest ein gehöriges Maß an schlechtem Gewissen. Es ist ja geradezu absurd, von einem Fonds, den ich selbst gegründet habe, Geld für dessen Verwaltung in Rechnung zu stellen. Denn die Verwaltung des Fonds kostet ja nichts, sondern nur die Vollziehung des Wohnbauförderungsgesetzes. Dieses Gesetz wurde vor der Gründung des Fonds von der Abteilung 10 vollzogen und es wird auch in Zukunft so sein. Und dass man sich nun an den Wohnbaugeldern vergreift, ist meines Erachtens ein Tabubruch.

Auch die Begehrlichkeiten an den Erträgen von Unternehmen des Landes werden immer offenkundiger. Der Salzburger Flughafen muss heuer € 2,7 Mio abliefern und die Salzburg AG sogar € 12,1 Mio. Das sind insgesamt € 4 Mio mehr als 2011. Mit den erhöhten Dividendenforderungen engt man natürlich auch den Spielraum dieser Landesunternehmen ein. Und gerade was die Salzburg AG betrifft, wird auf der einen Seite immer wieder verlangt, verstärkt in erneuerbare Energieformen zu investieren, auf der anderen Seite entzieht man der Salzburg AG wichtiges Kapital. Wenn das Land schon Dividenden aus solchen Unternehmen nimmt, dann sollten diese Mittel auch dem Unternehmenszweck entsprechend eingesetzt werden, meiner Meinung nach. Ich denke hier in etwa an Schwerpunktförderung für die Effizienzsteigerung von Kleinkraftwerken. Hier hat das Land Salzburg ebenso hohes Potenzial als auch letztendlich Nachholbedarf. Trotz aller Beteuerungen befürchte ich, dass die Leitbetriebe des Landes über kurz oder lang auf dem Altar der Budgetsanierung geopfert werden sollen. In meiner langen politischen Tätigkeit habe ich in diesem Haus schon viele heilige Eide schwören gehört, und es würde mich nicht wundern, wenn das Bekenntnis zu den Betrieben der Grundversorgung hier auch nur ein Lippenbekenntnis war.

Das vorliegende Budget zeigt auch einen bedauerlichen und schmerzlichen Paradigmenwechsel. Gestalten mit Herz und Verstand wurde durch das Reagieren mit den Instrumenten des Buchhalters ersetzt. Nicht anders ist es zu erklären, dass für Menschen, die knapp an der Armutsgrenze leben und Mindestsicherung beziehen, keine € 500.000,-- in der Landeskasse sind.

Seit 2010 wird Beziehern der Mindestsicherung die Unterstützung in den Monaten der Sonderzahlung entzogen.

Wir reden hier von Menschen, die nicht einmal € 800,-- im Monat zur Verfügung haben und ihr Leben wirklich nur mit Not und Müh bestreiten können. Diesen Menschen verwehren Sie von der Regierung mit fadenscheinigen Argumenten die Unterstützung. Sie benachteiligen Familien mit Kindern und Pensionisten. Die derzeitige Regelung im Mindestsicherungsgesetz ist ungerecht und unsozial und Sie haben, wie wir gesehen haben bei unseren Anträgen, nicht den Willen, das auch hier zu ändern. Wieder einmal nur Versprechungen, Ankündigungen, die letztendlich dann doch wieder nicht eingelöst wurden.

Ein anderes Beispiel mit minimalen Einsparungen aber mit großen negativen Folgewirkungen findet sich im Familienbereich. Die Auflassung der Hausstandsgründungsförderung und hier erwartet man sich € 90.000,-- Einsparungen. Begründet wird das damit, dass ein Fördervolumen von € 50.000,-- gegeben ist, aber die Verwaltung € 40.000,-- kostet. Es wurde also dem Landtag vorgegaukelt, man könnte hier € 90.000,-- einsparen.

Und das ist unrichtig, denn es ist eine Förderung in der Gewährung von Zinszuschüssen zu Darlehen, die bis zu zehn Jahre laufen. Im Budget 2012 sind noch € 31.000,-- budgetiert. Die Verwaltungskosten werden ja wahrscheinlich mit € 40.000,-- gleich bleiben, sodass eine Einsparung von lediglich € 19.000,-- hier zu Buche steht. Und das, € 19.000,-- bleibt übrig auf Kosten einer bewährten Familienförderung, wo man gerade jungen Familien, insbesondere Familien mit Kindern, hier das zukommen hätte lassen können. Das ist also für mich wirklich Politik ohne Herz!

Politik ohne Herz ist auch die Kürzung der Zuschüsse zum Siedlungswesen für Land- und Forstarbeiter. Diese Einsparungen gehen überwiegend zu Lasten der Landarbeiter, die also nicht unbedingt zu den Großverdienern zählen. Ich kann das also nicht nachvollziehen, dass bei dieser kleinen Gruppe der Sparstift so angesetzt wird, so radikal. Vielleicht ist es ein Ausgleich dafür, dass die mächtige Landwirtschaftskammer sich über einen Zuschlag von € 130.000,-- freuen kann.

Vielleicht sollte man darüber nachdenken, bei der Landwirtschaftskammer die gleichen Maßstäbe anzusetzen. Es wäre nämlich nun eine gute Gelegenheit von der Förderung der Institutionen hin zu einer Förderung von Leistungen, von konkreten Leistungen überzugehen.

Ein Dauerbrenner Kürzungen beim Personal. In den letzten Jahren gehört es also zum guten Ton, auf die Landesbediensteten hinzuhacken und sie zum lästigen Kostenfaktor zu degradieren. Es entspricht also nicht dem Zeitgeist, die Landesbediensteten hier in Schutz zu nehmen. Ich möchte aber trotzdem einmal eine Lanze für unsere Mitarbeiter brechen. Immerhin mehr als 2.500. Die Landesregierung hat für das Doppelbudget 2010/11 beschlossen, insgesamt 140 Dienstposten einzusparen. Seit 2010 wurden insgesamt 129 Posten eingespart. Ich glaube, dass damit auch die Vorgabe als erfüllt angesehen werden kann.

Ich meine aber auch, dass es höchst an der Zeit ist, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung wieder mehr Wertschätzung entgegen zu bringen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Hier wird jeden Tag wertvolle, wichtige Arbeit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erbracht. Wenn diese Leistungen nicht mehr gefragt sind, dann soll es auch klar ausgesprochen werden.

Personal abzubauen, gleichzeitig neue Aufgaben zu schaffen, wird auf die Dauer nicht funktionieren. Insbesondere dann, wenn es sich um sensible Bereiche, wie zum Beispiel der Jugendwohlfahrt handelt. Die öffentliche Verwaltung muss sich auf das Wesentliche konzentrieren und die Dienstleistungen am Bürger in den Vordergrund stellen. Man muss den Landesbediensteten hier aber auch die Luft zum Atmen lassen, um diese Aufgaben dementsprechend auch im Sinne des Landes erfüllen zu können. Massive Einsparungen beim Personal, auf der anderen Seite ein weiterer Personalabbau, noch höhere Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen natürlich zwangsläufig auch zu einem Leistungsverlust und beschädigen damit aber dann auch insgesamt den Ruf des Landes damit als vorbildlicher Dienstgeber und Dienstleister.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Landesvoranschlag 2012 lediglich ein Mosaikstein auf dem Weg zu einer Null-Neuverschuldung ist. Dieser Mosaikstein ist aber so klein, dass das große Ganze bei nüchterner Betrachtung nicht erkennbar ist. Sicherlich verfügt der Landesfinanzreferent von Berufs wegen schon einmal über mehr Weitsicht als wir, ...

**(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Du hast die Altersweitsichtigkeit!)**

... war aber sein Blick in die Kugel der Erkenntnis schon einmal getrübt. Die gemeinsamen Bestimmungen für die Haushaltsjahre 2010 bis 2014 sehen unter anderem vor, dass spätestens zum Ende der Gesetzgebungsperiode ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden soll. Von diesem Ziel, das immerhin Teil des Landeshaushaltsgesetzes ist, ist leider nichts mehr übrig geblieben.

Das neue Etappenziel heißt 2017. Erst in diesem Jahr soll dann ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Es ist aber nicht absehbar oder für mich nicht erkennbar, woher dieser Optimismus kommt. Die derzeitige Ausgangslage ist äußerst schlecht. Im September 2011 hat das Finanzressort einen Bericht über die Budgetlage des Landes vorgelegt.

Und selbst unter der Voraussetzung der Umsetzung der Budgetrichtlinien 2012 steht uns dann im Jahr 2017 noch immer eine Neuverschuldung von weiteren € 86 Mio ins Haus. Schenkt man also den eigenen Berechnungen Glauben, so hat das Land bis dahin einen Schuldenstand von € 1.265 Mio, also um € 390 Mio mehr als bisher.

Wie es also gelingen soll, 2017 eine Punktlandung hin zu legen für das Budget, ist uns schleierhaft. Die Landesregierung wird sich also erheblich mehr einfallen lassen müssen, als beim Budget 2012.

Das ist auch der Grund, warum wir dem Landeshaushalt die Zustimmung verweigern.

Uns fehlen die nachvollziehbaren Perspektiven, uns fehlen die Strukturmaßnahmen, von denen nichts zu bemerken ist. Und man frettet sich einfach weiter. Man dreht ein bisschen an der Gebührenschaube, man verkauft ein paar Grundstücke, man trennt sich von wenig ertragreichen Beteiligungen und lässt alles im Wesentlichen beim Alten. Zugegebenermaßen – und das muss man auch sagen – sind die Ausgabenobergrenzen eine neue Qualität, die man auch nicht kleinreden darf. In fast 20 Jahren Landespolitik ist dies wirklich die erste Maßnahme, die wirklich neu ist und die auch wirklich vielleicht ein neues Handeln erlaubt und ermöglicht.

Kein Verständnis haben wir allerdings für die Änderung der Landesverfassung im Bezug auf die Budgeterstellung. Seit 1945 hat es noch nie einen Anlassfall gegeben, das Budget nicht zeitgerecht vorzulegen oder praktisch wie im Notfall-Szenario das Budget fortzuschreiben.

Ich frage mich nur, warum? Hat die Landesregierung so wenig Selbstvertrauen oder vertrauen sich die Parteien in der Landesregierung gegenseitig nicht? Muss man befürchten, dass jeweils der andere den Budgetbeschluss torpedieren könnte? Was immer es ist, ich sehe wirklich keine Notwendigkeit, eine derartige Regelung zu treffen.

Die Möglichkeit, den alten Landeshaushalt fortzuschreiben über den Jahreswechsel, ist meines Erachtens kontraproduktiv. Der Druck, rechtzeitig ein Budget vorzulegen, geht verloren. Probleme, die man früher pragmatisch gelöst hätte, werden dann möglicherweise auf die lange Bank geschoben. Und es ist auch ein Irrtum zu glauben, dass die Verschiebung des Budgetbeschlusses zu einer neuen Qualitätssteigerung führen könnte. Denn wenn ich heute keine Lösung habe, werde ich sie morgen auch nicht haben.

Das Budget 2012 oder wie David Brenner versucht, einem Glatzkopf einen Haarschnitt zu verpassen, so lässt sich unser Resümee zusammenfassen. David Brenner hat 2012 die große Prozent-Schere gezückt und mit 5 % eingestellt, mit dieser Schere den Landeshaushalt zurecht gestutzt, dann zum Faconnieren noch die 8 % Einstellung aufgesetzt und nachgeschnitten.

Das ist also ein Schönheitswettbewerb, den man, glaube ich, nicht gewinnen kann. Das Ergebnis ist eher von den Haaren her ein bisschen zerrupft und zerzaust. Und das Problem der Brenner'schen Schneidekünste ist jenes, dass die vorherigen Landeshaushalte schon eher einem Kurz-

haarschnitt geglichen haben als einer vollen Mähne. Und damit kann also irgendwann einmal dieser Haarschnitt auch weh tun.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Zusammenfassend kann ich für meine Fraktion festhalten, dass diesem Landesvoranschlag 2012 in vielen Bereichen die zündende Idee fehlt. Ich gestehe aber zu, dass ansatzweise neue Wege beschritten werden, aber für eine Zustimmung unsererseits ist das noch zu wenig. Vielleicht kann uns die Landesregierung im Jahre 2013 davon überzeugen? Ich würde mich sehr freuen und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Als nächster zu Wort gemeldet Herr Landesrat Blachfellner bitte!

**Landesrat Blachfellner:** Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Unüblich, dass sich ein Regierungsmitglied, das nicht das Finanzressort hat, meldet, wenn der Klubvorsitzende einer Oppositionspartei zum Budget spricht. Aber lieber Karl. Ich muss drei Berichtigungen anbringen.

Die erste Berichtigung, die € 1,5 Mio wo du sagst, die haben wir da dem Wohnbau entzogen, resultieren aus Tätigkeiten, die früher die Banken gehabt haben. Und du weißt ja oder ich hoffe du weißt es, dass wir 2006 mit der Umstellung auf den Landeswohnbaufonds die Finanzierung über die Banken abgestellt haben und das Land jetzt diese Kredite selbst vergibt.

Das heißt, wir, die Abteilung 10, die in diesem Bereich die Geschäftsführung des Landeswohnbaufonds innehat und auch die Tätigkeit innehat, macht Tätigkeiten, die früher von den Banken gemacht wurden. Wir haben zum Beispiel einen Teil der Abwicklung direkt von der Landeshypo durchführen lassen. Das machen wir jetzt selber draußen. Es ist durchaus erklärbar und durchaus legitim, das zu tun. Und es hat auch die Freiheitliche Partei in der Novelle dem Gesetzesentwurf vorletzte Woche im Ausschuss, wo genau das drinnen war, genau dem zugestimmt auch. Jetzt verstehe ich nicht ganz, dass das jetzt in dieser Sitzung hier kritisiert wird.

Zum Zweiten erinnere ich schon daran, dass die Freiheitliche Partei im vorigen Jahr gemeinsam mit der ÖVP im Wohnbauförderungsbeirat so nebenbei 45 Mio aufs Spiel gesetzt hätte. Das wären 360 Wohnungen gewesen, lieber Karl Schnell. Da habe ich nichts gehört von dir, dass das unlauter ist, dass man das nicht tun sollte, dass man da dem kleinen Menschen die Wohnungen wegnimmt.

Und der dritte Punkt: Es hat schon für mich eine eigenartige Qualität, wenn eine Oppositionspartei, die sonst immer zu uns sagt, was der Rechnungshof sagt, müsst ihr tun. Das gibt es ja nicht, schau her, das habt ihr noch nicht eingehalten! Wenn jetzt die Oppositionspartei, die Freiheitlichen, zu uns sagen, jetzt schiebt ihr es schon auf den Rechnungshof, weil der uns das vorgeschlagen hat. Also irgendeine Linie müssen wir finden, was wir mit den Empfehlungen und Vorgaben des Rechnungshofes tun, Karl! (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Der nächste wäre Scharfetter oder kann man den Finanzreferenten bitte vornehmen? Bitte, Herr Abgeordneter Scharfetter!

**Abg. Mag. Scharfetter:** Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Finanzreferent! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

Wir haben uns ja im Ausschuss schon ausführlich über dieses Budget unterhalten, diskutiert. Ich werde mich daher auf ein paar wenige Ergänzungen beschränken. Zwei Anmerkungen zum Kollegen Schnell, der gerade mit dem Kollegen Wiedermann sich unterhält.

Herr Kollege Schnell! Ich wollte nur richtigstellen – ist vor allem dem Sepp Eisl ein Anliegen – die Mittel für die, wie heißt es genau, für die Wohnraumbeschaffung der Land- und Forstarbeiter ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Landarbeiter!)**

... werden nicht gekürzt. Das ist nur eine Systemumstellung. Es ist in den Erläuterungen genau ausgewiesen. Durch die Systemumstellung erscheint hier eine Kürzung. Aber, das ist ein Detail.

Das Zweite, weil du dir Sorgen machst über die Unternehmen des Landes, über unsere Beteiligungsunternehmen. Ich kann dich beruhigen. Sie sind alle gut aufgestellt, vor allem auch die Salzburg AG. Wir haben dort über viele, viele Jahre eine sehr moderate Dividendenpolitik verfolgt. Wir haben auch eine Politik verfolgt, wo es wichtig ist, dass wir zu den günstigeren Stromanbietern gehören. Und wir haben jetzt gemeinsam im Lichte der aktuellen Entwicklung gesagt, jetzt ist es auch an der Zeit, nachdem hier Eigenkapitalausstattung, theoretische Entschuldungsdauer, alle Kennzahlen sich verbessern, an der Dividendenpolitik was zu ändern. Keine Sorge, dass hier Investitionen gefährdet werden.

Eine zweite Anmerkung, die ich gerne machen würde, weil ich es dieser Tage auch einmal öffentlich gesagt habe. Ich habe erhebliche Zweifel, ob wir 2017 dieses Nulldefizit erreichen werden, wie wohl sich Länder und Bund und alle darauf verständigt haben. Ich darf das kurz begründen. Zum Ersten, seit dem September haben sich die Konjunkturaussichten nicht verbessert. Ganz im Ge-

genteil. Jetzt ist es immer das Thema, ist man Optimist oder Pessimist und wir sollen auch nicht schlecht reden, wir sollen nicht verunsichern. Aber Faktum ist, dass alle Institute deutlich nach unten korrigieren. Ich meine auch zu wissen, dass das in dem laufenden Budget eingearbeitet wurde. Ich meine aber, dass das in der Vorschau bis 2017 bislang noch nicht Einklang oder Einfluss gefunden hat, sondern dass wir dort immer noch von relativ hohen Wachstumsraten ausgehen.

Zweiter Punkt: Und da bin ich schon bei der Frage, die der Karl Schnell aus meiner Sicht völlig richtig angesprochen hat, indem er nämlich meint – auch von Seiten der Opposition und vielleicht auch positiv ausgedrückt – da ist jetzt schon was passiert 2012. Soll man auch nicht kleinreden. Ist ambitioniert. Aber das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange, sondern da gehen wir sozusagen erst hinein in das Thema.

Warum bin ich nicht so wirklich optimistisch, dass wir 2017 das Nulldefizit erreichen? Ich darf Ihnen, Frau Kollegin Schmidjell vor allem, sagen, wenn Sie sich anschauen die letzten zehn Jahre, 2002 bis 2012, nämlich einmal ein bissl längerfristig betrachten, sich die Frage stellen, wie haben sich die Ausgabengruppen entwickelt und wo sind sozusagen die Schwerpunkte unserer Ausgaben. 2002 bis 2012 ist das Budgetvolumen um 70 % gestiegen, von € 1,3 auf € 2,3 Mrd. Wenn wir uns jetzt diese neun Gruppen anschauen, die wir alle kennen, wo es ja viele Querfinanzierungen gibt und da geht es ja nur um eine sehr grobe Aussage. Da haben wir Gruppen, die unterdurchschnittlich gewachsen sind. Im Übrigen auch die Verwaltung. Heute schon angesprochen. Im Wesentlichen Personalkosten 25, 26 %. Unterricht 50 %. Kunst, Kultur bei 40 %. Straßenbau interessanterweise 80 %. Dann kommen wir zu Bereichen wie etwa den Bereich der Gesundheit. Wir haben 2002 € 169 Mio im Kapitel Gesundheit ausgewiesen. Wir weisen im Kapitel Gesundheit 2012 € 579 Mio. aus und werden 2014, wenn ich es richtig im Kopf habe, € 615 Mio ausweisen. Ich nenne jetzt einmal nur die Zahlen. Und ich nenne sie deswegen, weil wir in dieser Gruppe im Schnitt von 2002 bis 2007 sehr hohe Steigerungsraten gehabt haben, dann hat es sich etwas abgeflacht. Aber wir haben immer noch von 2007 bis 2012 eine durchschnittliche Steigerung von 6,7 % gehabt.

Wir haben jetzt anvisiert in diesem Budget eine Steigerung von 2011 auf 2012 von 1,6 %. Und das nenne ich jetzt einmal sehr ambitioniert. Weil ich weiß auch nicht, wo jetzt diese Maßnahmen greifen sollen, dass das auch wirklich Realität wird. Ich kenne das Thema, dass wir bei den Häusern die Abgänge deckeln mit 7 %. Ich verweise nur darauf, wenn ich es richtig gerechnet habe, dann haben wir aktuell einen Gesamtabgang im Bereich der Krankenanstalten von € 124 Mio, die anderen Rechtsträger mit einbezogen, selbst bei 7 % Deckelung, wie gesagt, sehr ambitioniert, wird diese Summe 2017 bei € 175 Mio liegen.

Was will ich damit sagen? Wir haben eine Kostendynamik in diesem Bereich, die ständig sozusagen den Ausgaben vorne weg oder stärker ist als die Ausgaben. Ich gestehe gerne zu, dass das

ein Thema ist, wo wir wahrscheinlich alle lange diskutieren werden müssen und niemand das Patentrezept hat. Aber ich bin von einem fest überzeugt: So wichtig die Einsparungen in vielen kleinen Bereichen sind: Wenn es uns nicht gelingt, hier – und ich rede hier nicht von substantiellen Einsparungen, sondern von der Frage, wie wir die Dynamik letztlich brechen – hier eine Abflachung der Kostensteigerung, werden wir die Konsolidierung nicht schaffen.

Letzter Punkt: Kollege Schnell, lieber Karl! Du hast gesagt, zu Recht, das ist der Beginn eines schwierigen Weges und wir werden schauen, wie das denn dann tatsächlich umgesetzt wird. Ich sage nur, ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen und die Frau Dr. Rössler hat das ja heute auch angesprochen, die Rolle des Landtages. Ich glaube, in den nächsten Jahren hat auch der Landtag eine sehr wesentliche Rolle, wenn es um die Frage der Konsolidierung geht. Und ich persönlich glaube eines: Es wird der oft sehr abstrakte Begriff der politischen Verantwortung sehr konkret werden in der nächsten Zeit. Nämlich dann, wenn es um die Frage geht, wie können wir wirklich diese strukturelle Schiefelage nachhaltig beseitigen. Nämlich einer Verantwortung, die sich auch bezieht auf eine zukünftige Generation. Ohne das zu dramatisieren. Aber kürzlich war wo sehr treffend zu lesen "Die Schulden sind unsichtbare Steuern, weil sie Steuern sind, die irgendwann eine nächste Generation zu entrichten hat." Und auch das nicht dramatisierend, das geht schon so stark nach oben, dass wir massiv gegensteuern werden müssen. Ich sage es auch, lade auch gerne alle ein, ihren konstruktiven Beitrag zu leisten. Das wird ein ganz, ganz steiniger Weg werden.

Lieber Cyriak! Da werden wir auch unterschiedliche Auffassungen haben. Das ist so. Auch unterschiedliche Schwerpunkte. Nur eines kann natürlich nicht funktionieren, dass wir alle massiv und leidenschaftlich für die Budgetsanierung sind, für die Konsolidierung. Aber wenn es dann konkret wird und wenn dann Einzelmaßnahmen kommen, dass man dann sagt, aber genau in diesem Punkt nicht. Und das habe ich gemeint mit einer politischen Verantwortung, die uns in der nächsten Zeit massiv einholen wird, die Gestalt annehmen wird, wo ich schon jetzt deponieren werde, dass wir einen konstruktiven Beitrag leisten werden, hier auch das Land wieder auf Kurs zu bringen. Weil ich denke, das sind wir auch einer zukünftigen Generation schuldig. Und wenn ich es nicht wirklich entschuldigen könnte, dass wir jetzt nicht die richtigen Weichen setzen, die notwendig sind, um unseren Gestaltungsspielraum zu erhalten. Das ist nämlich auch noch ein Punkt, den ich gerne anführen würde. Es geht nicht nur um die Frage der Größenordnung einer Verschuldung und damit der Größenordnung einer Zinszahlung. Es geht um die Frage, dass sich unsere Ausgabenstruktur verschiebt weg von Investitionen, weg von zukunftsfähigen, wichtigen Investitionen auch in die Bildung, auch in anderen Bereichen, hin zu Konsumausgaben, hin zu Transferausgaben. Und da müssen wir gegensteuern. Vielen Dank! (Beifall der ÖVP-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Als nächster zu Wort gemeldet der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Brenner, bitte!

**(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Magst nicht mehr, oder wie?)**

**LHStv. Mag. Brenner:** Cyriak! Passt gerade auch im Moment nicht auf! ...

**(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Ich höre begeistert zu!)**

... Danke, Herr Präsident! Ich hätte geglaubt, auch der Fraktionsvorsitzende der Grünen wollte sich noch zu Wort melden und es ist ja sinnvoll, dass der Finanzreferent darauf Bezug nehmen kann. Das ist ja das Wesen einer parlamentarischen Debatte, dass man diese Themen aufgreift und darauf reagieren kann. ...

**(Zwischenruf Abg. Schwaighofer: Nach dir, nach dir!)**

... Aber offensichtlich ist es ihm lieber, dass ich darauf nicht reagiere oder in einer zweiten Wortmeldung das unter Umständen noch mache, was ja noch möglich ist.

Ich möchte versuchen, in meiner Wortmeldung hier noch einmal ein paar Grundsätze des Budgets aufzugreifen und dir die Ideen, die dahinter stehen. Und das auch in einen Kontext zu setzen, zu dem, was andere tun. Eine Vorbemerkung. Wir haben in den letzten Wochen oft darüber diskutieren können, nicht nur auf parlamentarischer Ebene, sondern auch in Expertenrunden, auf Ebenen der Diskussion mit Vertretern des Finanzministeriums. Sind die Budgets, die wir heute beschließen, noch für die Konjunktur nächstes Jahr geeignet?

Und ich darf noch einmal darauf hinweisen: Ich glaube, es gibt wenig Länder, die sich so viel Mühe gemacht haben in der Berechnung und die so punktgenau liegen in ihren Abschätzungen. Das liegt zum einen an der langen Dimension. Wir haben im Sommer beschlossen, dass wir bis 2017 wieder ausgeglichen budgetieren wollen und haben festgestellt, dass nun so gut wie alle Wirtschaftswissenschaftler, die Bundesebene, die Financer, alle sagen, ausgeglichene Haushalte sind frühestens wieder 2017 möglich, wenn zusätzliche Anstrengungen unternommen werden – und dazu werde ich dann noch kommen. Aber das heißt wir liegen in der langfristigen Perspektive sehr richtig und ich fühle mich auch dadurch bestätigt, dass auch auf Bundesebene das in dieser Form eingeschätzt wird.

Auch in der kurzfristigen Perspektive liegen wir richtig. Wir haben noch wenige Tage vor der Budgetklausur der Regierung noch einmal nachadjustiert, haben die Konjunkturprognosen noch einmal revidieren müssen. Das war eine recht frustrierende Aufgabe für den Finanzreferenten, wenn man ein Budget über ein Dreivierteljahr vorbereitet, gemeinsam mit dem Koalitionspartner in allen Details verhandelt und dann wenige Tage vor der Regierungsklausur merkt man, dass die Prognosen

wahrscheinlich nicht halten werden und man muss im fertig geplanten Budget noch einmal knapp € 5 Mio rausnehmen, dann ist das eine schwierige Aufgabe. Aber auch das haben wir gemacht. Wir haben die Konjunkturprognose im Sommer von 1,8 % für das Jahr 2012 noch einmal revidiert um ein Prozent auf 0,8 %, auf dem dieses Budget für das Jahr 2012 aufgebaut ist. Und ich habe mir die letzten Prognosen sehr genau angesehen, auch zum heutigen Tag hin.

Das ist der Bericht der Österreichischen Nationalbank zur gesamtwirtschaftlichen Prognose von 11 bis 2013. Die fassen alle wesentlichen Wirtschaftsprognosen zusammen. Und die zwei aktuellsten, die momentan vorliegen, sind die Prognose der Europäischen Kommission vom November 2011 für nächstes Jahr für Österreich. Die schreiben dort plus 0,9 rein. Noch immer ein Prozent weniger als im Sommer noch angenommen. Und die letzte Prognose, die es gibt, die ist von der Österreichischen Nationalbank selbst. Kommt aus dem Dezember dieses Jahres. Die sprechen von 0,7 Prozent Wirtschaftswachstum.

Das heißt wir sind mit unseren 0,8, auf dem wir dieses Budget aufgebaut haben, weil wir noch einmal in der letzten Minute nachgebessert haben, noch einmal € 5 Mio rausgenommen haben, punktgenau bei dem, was von der Europäischen Kommission über IHS, WIFO bis zur Nationalbank alle momentan sagen.

Was ich nicht verhehlen möchte: es gibt momentan kein Wirtschaftsforschungsinstitut, keine Behörde, keinen Politiker und keinen Experten, der eine 100 % treffsichere Prognose darüber abgeben kann, wie nächstes Monat, wie nächstes Jahr, wie in zwei Jahren die Konjunktur aussehen wird. Und die Spannungsbreite dessen, was wir dabei erleben an Prognosen, schwankt vom völligen Bruch der Wirtschaft bis hin zu leichten Winden, die sich leicht wieder verflüchtigen werden und ab nächstes Jahr zieht die Konjunktur wieder an. Erstaunlich für mich selbst ist, dass in jeder Prognose für das Jahr 2013 wieder eine deutliche Steigerung der Konjunktur angenommen wird. Die Nationalbank sieht das so, die Europäische Kommission, auch die Wirtschaftsforscher. Hier wäre ich selbst durchaus skeptischer.

Soviel zur Grundlage. Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Wir haben die letzten Daten eingearbeitet. Wir haben in letzter Minute noch einmal Millionen eingespart, um genau auf diesen Prognosen zu liegen. Mehr kann momentan kein Mensch tun. Genauer kann man momentan nicht rechnen. Und ja, das ist eine unsichere Zeit, in der es keine Garantie gibt dafür, dass genau diese Prognosen in genau dieser Form eintreffen. Schon morgen kann unsere Welt leider völlig anders ausschauen, als wir heute davon ausgehen, während wir über die Finanzen des Landes diskutieren.

Was sind die Grundlagen der Budgetpolitik, so wie ich sie als Finanzreferent immer verfolgt habe? Es sind drei wesentliche Bausteine. Erstens: langfristige Maßnahmen. Ich habe immer davon gesprochen, dass das Landesbudget mit einem Volumen von € 2,3 Mrd. kein wendiges Schnellboot ist, dass Kurskorrekturen bei einem solchen Budget, noch dazu, wo es um die Sozialversorgung des Landes geht, wo es um viele tausend Mitarbeiter, deren Pensionen und deren Gehälter geht, wo es um die Gesundheitsversorgung geht, um unser Bildungssystem geht, um Kulturförderung, Wirtschaftsförderung, Tourismus, und, und, und, dass Kurskorrekturen in diesem Bereich nur langfristig angesetzt sein können und Schritt für Schritt erfolgen müssen. Genau, wie wir das im Budget gemacht haben.

Mit Einbruch der Wirtschaft haben wir 2009 das erste Mal gegengesteuert. Wir haben dann für die Jahre 10 und 11 die Ermessensförderungen um 12 % reduziert, haben im Gehaltssystem Eingriffe gemacht, haben auch Gebührenerhöhungen gemacht. All das haben wir Schritt für Schritt gemacht, weil man eben einen Riesentanker bewegen muss und weil diese Kurskorrekturen ihre Zeit brauchen und weil nur dann auch wirklich sichergestellt werden kann, dass es sich um nachhaltige finanzielle Effekte für das Land handelt.

Und wenn wir darüber diskutieren, was dieses Budget, das gerade jetzt im Landtag diskutiert und dann hoffentlich beschossen wird, für Auswirkungen hat, dann darf ich darauf hinweisen, dass allein die Tatsache, dass wir Ausgabenobergrenzen bis 2014 mit aufgenommen haben und Klubobmann Schnell hat dankenswerterweise auch darauf hingewiesen, das ist ein völlig neues Instrument. Allein diese Tatsache führt dazu, dass wir automatisch, wenn wir den Kurs halten, € 200 Mio weniger Schulden haben werden 2014. Durch die Langfristigkeit der Maßnahmen. Durch den längeren Planungshorizont. Und wenn wir in die Vergangenheit schauen, dann kann ich das Gleiche beweisen. Durch die Tatsache, dass wir für 10 und 11 gemeinsam ein Budget geschnürt haben, können wir heute sagen, dass nicht das, was der Landtag vorgegeben hat an Neuverschuldung eintreten wird, nämlich € 133 Mio für das Jahr 2011, sondern dass wir wahrscheinlich bei knapp € 100 Mio und das sind noch immer 100 Mio Schulden zu viel, abschließen werden können, weil wir uns in einer Zeit darauf verständigt haben, in der die Konjunkturprognosen noch schlechter waren und weil wir diesen Kurs halten konnten.

Zweiter Grundsatz: Eigentlich mein wichtigster Grundsatz in der Budgetpolitik. Nicht kosmetische Operationen, nicht Schönheitsmaßnahmen, nicht Behübschung des Budgets, sondern echte strukturelle Maßnahmen.

Und ich habe oft in diesem Haus und im Ausschuss ausgeführt, wie es andere Länder machen. Und ich habe oft darauf hingewiesen, dass ich relativ einfach binnen von sechs Monaten mit einem guten Steuerberater und einem guten Rechtsanwalt das Budget ausgeglichen darstellen könnte.

Und 50 Kilometer in diese Himmelsrichtung sehen wir, wie es geht. Oberösterreich. Wir brauchen nur die Wohnbauförderung verkaufen. € 1 Mrd stehen in Salzburg bei Schuldenstand € 770 Mio zur Verfügung! Binnen von sechs Monaten wäre ich der erfolgreichste Finanzreferent der Republik Österreich, der in der Wirtschaftskrise € 300 Mio Überschuss gemacht hätte. ...

**(Zwischenruf Abg. Dr. Schnell: Hat man auch schon versucht.)**

... Hat man - in Salzburg nicht. Zumindest nicht unter meinem Vorsitz als Finanzreferent. Das heißt, diese Instrumente gibt es und diese werden von anderen verwendet.

Ich kann in die andere Himmelsrichtung 150 Kilometer fahren. In die Steiermark. Und erinnere daran, dass man dort das Krankenhaus an sich selbst verkauft hat, damit Schulden zurückgezahlt hat und jetzt extrem hohe Leasingraten in Millionenhöhe hat, die das strukturelle Defizit massiv erweitern. Das gleiche hat das Burgenland gemacht. Und, und, und! Wir sehen rund um uns, wie Budgets auch schönfrisiert werden. Und genau das haben wir nicht gemacht. Wir haben keine Schulden ausgelagert in Krankenhäuser, in andere Betriebe. Wir haben keine Schulden versteckt. Wir haben uns nicht dazu überreden lassen, wie die Oberösterreicher das mit ihrem Verwaltungsgebäude gemacht haben, einen Privaten bauen zu lassen und von dort zu mieten. Das, was wir an Schulden haben, das steht in den Budgets. Das wird ausgewiesen. Darüber diskutieren wir. Das wird nicht versteckt. Das wird nicht kosmetisch schöngeputzt. Sondern das müssen wir sanieren.

Und die Budgetbeschlüsse, die jetzt anstehen, tun genau das. Ich habe den Landtag ausführlich darüber informiert: 74 % all dessen, was wir jetzt zur Budgetsanierung ausgearbeitet haben, machen wir ausgabenseitig und 26 % einnahmenseitig. Und der größte Teil davon hat strukturelle Wirkung. Das heißt, wirkt nachhaltig, wirkt langfristig, wenn wir es nicht selbst aufheben, wenn wir nicht selbst unsere Beschlüsse konterkarieren, weil uns zum Beispiel vor einer Wahl dann der Mut verlässt oder die einzelnen Klientelinteressen stärker werden, als die Fähigkeit, dem Stand zu halten.

Dritter Grundsatz vernünftiger Budgetpolitik: Sparen und investieren. Wir wissen alle, dass volkswirtschaftlich die öffentlichen Aufträge wesentliche Bedeutung haben. Gerade in wirtschaftlich schwachen Zeiten. Genau diesen Grundsatz erfüllen wir mit diesem Budget. Wir werden nächstes Jahr, wenn alles gut geht, 98 Mio Neuverschuldung haben, das heißt die Tendenz ist fallend. Wir kommen endlich wieder unter die 100 Mio Marke. Und wir werden rund € 100 Mio Investitionen haben. Und zwar nicht in abstrakte Themenbereiche. Nicht einfach in ein Budget angesetzt. Sondern da stehen ganz konkrete Projekte dahinter. Sanierung Krankenhaus Mittersill. Neubau BH Hallein. Übungshalle der Feuerwehr in der Stadt Salzburg. Zell am See Krankenhausumbau. Und, und, und. Dort wird das Geld hinfließen, dort wird investiert werden und zwar mehr, als die neuen Schulden des Landes ausmachen.

Aber ein Satz ist mir auch wichtig und das wird zu Recht diskutiert und auch zu Recht hinterfragt. Wenn wir dieses Budget beschließen mit seiner neuen Struktur, mit den Ausgabenobergrenzen, mit diesem langen Sanierungspfad, werden wir dann 2017 einen ausgeglichenen Haushalt haben? Und Hans Scharfetter und auch Klubobmann Schnell haben recht. Allein damit wird der Haushalt noch nicht ausgeglichen sein. Ich habe das immer betont. Das ist ein erster Schritt. Das ist eine wesentliche Weiterentwicklung, weil wir es erstmals schaffen, eine Art Trendumkehr zu erreichen. Die Neuverschuldung geht jetzt wieder zurück und sie geht strukturell zurück. Durch die Budgets 2010, durch die Budgets 2011, durch 12 und durch die Ausgabenobergrenze für 13 und 14. Aber das ist ein erster Schritt. Wir werden in den darauffolgenden Jahren weitere Anstrengungen unternehmen müssen, wenn wir das Ziel erreichen wollen, ab 2017 wieder ausgeglichene Haushalte zu erhalten. Und gerade in der Sozialdemokratie diskutieren wir momentan sehr stark über die Frage Schulden und volkswirtschaftlicher Effekt, Keynesianismus.

Keine Frage: In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es gerechtfertigt, Schulden aufzunehmen. Aber meine Erfahrung als Politiker – aber auch in den Jahren davor – war, dass es uns selten gelungen ist, Keynesianismus in seiner echten Ausprägung durchzuführen, nämlich dann Schulden zu machen, wenn es wirtschaftlich unruhig läuft und wieder Schulden abzubauen, wenn es wirtschaftlich gut läuft. Der zweite Teil ist selten erfolgt. Und wenn wir glauben, dass dieser Teil sich irgendwann von selbst wegrationalisiert, dass diese Schulden einfach durch gute Konjunktur aufgefressen werden, dann muss ich diesen Glauben heute relativieren. Das wird nicht passieren. Diese Schulden wird irgendwer zahlen.

Das Land Salzburg hat momentan mit Tilgungen und Zinsen über € 70 Mio pro Jahr zu bezahlen. Das sind € 70 Mio, die uns fehlen für Kinderbetreuung, die uns fehlen für die Entwicklung im Gesundheitssystem, die uns fehlen im Sozialsystem, die uns fehlen in der Kulturförderung. Und irgendwer zahlt das. Und realistischere Weise muss man heute sagen, wenn es uns nicht gelingt, hier gegenzusteuern, dann ist vielleicht meine Generation – ich bin jetzt 40 Jahre alt – die letzte Generation, die sagen kann, in einer langen, langen Geschichte seit dem Aufbau der zweiten Republik ist es jeder Generation besser gegangen, und dass ab jetzt wieder Kinder auf die Welt kommen werden, die unter schlechteren Voraussetzungen leben als noch ihre Eltern. Und das ist kein Drohszenario. Das ist kein Szenario, das unrealistisch ist. Sondern das sehen wir in Rest-Europa. Das sehen wir, wenn wir die Gesundheitsversorgung in Großbritannien anschauen. Das sehen wir, wenn wir merken, welcher Druck in unseren Sozialsystemen steckt. Das sehen wir, wenn wir darüber diskutieren, wie unser Bildungssystem sich weiter entwickelt. Und die Frage, die in jedem dieser einzelnen Punkte zu diskutieren ist, ist: Werden wir in zehn Jahren noch den finanziellen Spielraum haben, damit diese Leistungen allen zur Verfügung stehen. Und das ist eine zutiefst grundsätzliche Frage. Das ist eine Frage, die mit Gerechtigkeit zu tun hat. Und die man letztlich am Ende des Tages leider unterbrechen muss auf ganz nüchterne Zahlen, auf Budgets und auf die unmit-

telbare Notwendigkeit, einzusparen, neue Einnahmen zu finden, ausgeglichene Haushalte mittelfristig wieder zu erreichen, weil sonst die, die nach uns kommen, nicht die gleichen Rahmenbedingungen finden und die Spielräume deutlich schwinden werden.

Und das wird in den nächsten Jahren schon spürbar sein. Wir sind am richtigen Weg. Wir sind das einzige Bundesland, das in dieser Form Ausgabenobergrenzen hat. Wir sind das einzige Bundesland, das Haushaltsgesetze hat, das sein Budget in Gesetze gießt. Wir sind derzeit das einzige Bundesland, das das Instrument der Wirkungsziele aufgegriffen hat. Zugegeben. Noch nicht in der Form, wie man sich das vielleicht vorstellt. Aber als ein erster Schritt. Nicht nur die Zahlen einsetzt und dann überlegt, was politisch damit passiert. Sondern zuerst definiert, was wir wollen und dann die Zahlen dazuschreibt. Da ist viel passiert. Aber wir haben noch viel vor uns. Aber dieses Budget ist ein wesentlicher Baustein auf diesem Weg. Danke sehr! (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Als nächster zu Wort gemeldet Abgeordneter Schwaighofer, bitte!

**Abg. Schwaighofer:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde keine Zahlen nennen, weil ich keine Zahlen aufgeschrieben habe und sie mir auch schwer merke. Eigentlich zu der Wortmeldung veranlasst hat mich die mehrfache Wiederkehr des Begriffes Wachstum und Wachstumsraten. Und ich habe mir dann aufgeschrieben den Begriff "zukunftsstauglich".

Und einfach ein paar Gedanken, die mich jetzt beschäftigen, die nicht auf Einzelpositionen des Budgets eingehen, sondern darauf, was in Salzburg für die Zukunft geschehen soll und was vielleicht unsere Aufgabe ist oder wäre. Und die erste Frage, die man sich natürlich stellen kann und die heute immer öfter gestellt wird, ist, wofür ist denn die Politik zuständig, wenn sie gestaltend tätig wird. Wenn man es einmal ganz lyrisch ausdrückt, könnte man sagen, den Menschen, die Menschen glücklich zu machen oder zumindest glücklicher als sie sind oder ihnen ein bissl weiter zu helfen, dabei vielleicht glücklich zu werden. Und wenn man sich diese Frage stellen würde, wenn man das genehmigen würde, dass diese Frage gestellt werden darf, dann bin ich mir nicht sicher, ob man es mit der derzeitigen Politik - nicht in Salzburg, sondern insgesamt mit dem, was wir unter Politik gestalten – ob wir da auf dem richtigen Weg sind, ob die Menschen heute wirklich glücklicher sind als vor einiger Zeit und ob wir auf dem Weg sind, sie noch glücklicher zu machen.

Und ich frage mich zum Zweiten, ob die Wachstumsraten und das Wachstum ein profundes Mittel dazu ist, die Menschen glücklicher zu machen. Wenn wir uns die Statistiken anschauen, wenn es darum geht, nachzufragen, im Gesundheitsbereich, warum erkranken immer mehr Menschen und

woran erkranken sie, dann drängt sich der Verdacht auf, dass das vielleicht mit unserem Wirtschaftssystem zum Teil etwas zu tun haben könnte. Wenn die Menge der psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz rapide zunimmt, die Burnouts rapide zunehmen, dann ist das offensichtlich kein System, das viele Menschen glücklicher macht. Das ist die eine Seite.

Wenn wir uns die soziale Situation vieler Menschen anschauen, dann schaffen wir es offensichtlich auch nicht, mehr Glück zu schaffen mit dem Rezept Wirtschaftswachstum so und so viele Prozent. Und wenn ich jetzt einmal auf die andere Seite schaue und mich frage – darf man sich ja bei einem Anlass wie dem Budget – was bedeutet es denn auch, diesem Wachstum zu fröhnen. Das heißt natürlich, das wissen wir alle, da sage ich ja nichts Neues, dass wir laufend noch mehr Ressourcen verbrauchen. Jedes Wachstum verbraucht Ressourcen. Wir wissen, die werden knapp, in vielen Bereichen. Sie werden teurer werden und zwei von den Rednern vor mir haben die kommenden Generationen bemüht und die Frage, glaube ich, müssen wir uns schon auch stellen, wie weit wir in unserem Rahmen, in dem Gestaltungsrahmen, den wir haben, auch das immer mitbedenken, ob wir wirklich in der Form mit den Ressourcen umgehen, dass sie für die nächsten Generationen in dem Maß zur Verfügung stehen, wie wir es ihnen gönnen und wie sie es notwendigerweise brauchen würden.

Wenn wir noch dazunehmen, dass wir jetzt wissen, in etwa, dass die Weltklimaerwärmung wahrscheinlich vier Grad betragen wird und nicht mehr zwei, weil die Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen und das eigentlich weltweit eine Katastrophe darstellt, dann frage ich mich einfach – ohne eine Lösung zu haben, sage ich gleich ehrlicherweise dazu – ob wir so weitertun können wie bisher im Großen und Ganzen. Und sagen, okay, dann müssen wir das Wachstumsziel ein bissl herunterschrauben. Vielleicht nicht 2,5, aber das ist eh schlecht. Eigentlich wollen wir es ja hinaufschrauben. Oder ob wir grundlegend da umdenken können und die Frage, die sich für mich daraus dann ergebe, wäre, was können wir da in Salzburg tun. Sind wir nicht der Welt ausgeliefert und den Mechanismen dieses Wirtschaftssystems völlig ausgeliefert und können nur versuchen, die ärgsten Auswirkungen vielleicht fern zu halten.

Und wenn ich mir dann doch das Budget anschau etwas und mich frage, jetzt nehme ich einen Bereich oder ein paar Bereiche heraus, machen wir im Tourismus zum Beispiel das, was für die kommenden Generationen, für die kommenden Generationen das Sinnvolle ist. Und ich schaue in eine Gemeinde wie Flachau oder Großarl und schau mir an, was in diesen Gemeinden in den letzten Jahrzehnten passiert ist: Eine unglaubliche Steigerung von Gästebetten, eine unglaubliche Steigerung in der Infrastruktur und ich frage mich schon sehr stark, wie viel glücklicher sind die Leute da drinnen, wie geht es denen da drinnen. Geht es denen wirklich allen besser? Ist es für die alle besser geworden?

Oder ich frage mich eben jetzt anders: Ist es dann wichtig, dass wir in der Landespolitik nach wie vor auf diese Form von Wachstum setzen mit allen Mitteln oder wären wir nicht aufgerufen, vielleicht doch anders zu denken und den Mut zu haben, in eine andere Richtung zu schauen, nachzudenken, gibt es andere, gebe es andere Wege, andere Mittel, andere Maßnahmen, um für die kommenden Generationen ein möglichst glückliches, lebenswertes Leben zu sichern. Und ich glaube auch, dass wir insgesamt, es ist, weiß ich nicht, vielleicht eine gewagte These: Wir werden wahrscheinlich uns von dem Wachstumsgedanken verabschieden müssen. Möglicherweise wäre das ein sehr gesunder Abschied, der uns in allen Bereichen auf einen etwas niedrigeren Level holen würde, sowohl von den Belastungen wie auch vom Ressourcenverbrauch und von anderen Dingen. Und ich glaube sogar, dass wir dann auch viele Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, vielleicht eher erfüllen könnten, weil wir in so vielen Bereichen nicht mit diesen Auswirkungen dieser Turboform unserer Wirtschaft zu kämpfen hätten. Das ist es ja, was bei vielen Menschen die Situationen schafft, die krankmachenden Situationen schafft, in denen sie sich befinden.

Ich meine damit jetzt nur, ich glaube, wir sind gut beraten, in vielen Bereichen über Alternativen wirklich ein bisschen ernsthaft oder ernsthaft nachzudenken, ob Salzburg nicht, nachdem wir ein gesegnetes Land sind, davon bin ich wirklich überzeugt, mit vielen Möglichkeiten, ob wir nicht in einigen Bereichen dringend eine Umkehr wagen sollten und dorthin die ersten Schritte so bald wie möglich tätigen. Danke. (Beifall Abgeordnete Dr. Rössler)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke. Ich sehe keine Wortmeldungen. Bitte, Herr Klubobmann Karl Schnell!

**Abg. Dr. Schnell:** Hohes Haus!

Lieber Cyriak! Du hast mir aus der Seele gesprochen. Ich glaube, dass da wirklich ein jeder sich einmal an der Nase nehmen muss. Aber wir müssen ja ständig die Statistiken steigern. Jeder, jedes Regierungsmitglied muss beweisen, dass jetzt noch mehr hereingekommen ist, jeder Betrieb und so weiter. Wo das hinführen wird? Das erinnert mich so an einen Bergsteiger, der irgendwo am Glockner "hinaufkriecht". Das ist nicht genug. Dann muss er aufs Gipfelkreuz auch noch. Das nächste Mal schleppt er eine Leiter mit, bindet die beim Gipfelkreuz hinauf, dass er noch einmal ein paar Zentimeter höher kommt. Ist eine ungesunde Entwicklung. Wir müssen auch einmal auch uns damit abfinden, dass es einmal ein bisschen abwärts geht. Hoffentlich kommen wir nicht ins Rutschen. Nicht. Aber da ist ein jeder von uns irgendwo leider ein bisschen beteiligt.

Liebe Freunde! Beim Budget habe ich noch eine Problematik, die ich leider noch einmal ansprechen muss. Es ist eigentlich ein kleiner Posten und eigentlich möchte man sagen, lieber Karl Schnell, ist er wirklich nicht so wichtig. Aber was mich hier betrübt ist die Ignoranz gegenüber dem

Landtag, eine Unverfrorenheit, dass man einfach da drüber hinwegfährt und sagt, der Landtag interessiert mich nicht. Während der Budgetdebatte sind wir draufgekommen, dass es da einen Posten gibt im Bereich der Landesrätin Widmann, der überhaupt nicht definiert ist. Und auf die Frage an das Regierungsmitglied "Sie, entschuldigen Sie, wofür sind diese paar Millionen da?" – "Ja, die habe ich mir reservieren lassen." Irgendwann werde ich euch dann schon sagen, was, wofür das Geld verwendet wird. Das in einer Zeit, wo wir alle wissen, dass wir sparen müssen und dann darauf angesprochen, vom Landtag, verspricht sie uns, protokolliert bitte "Landesrätin Dr. Widmann sagt bis zur Plenarsitzung einen schriftlichen Bericht zu." Ich habe bis jetzt gewartet. Sie glaubt also alle, wir sind schon alle dement. Natürlich. Ich werde auch leider älter. Vergesse auch so manches. Aber gewisse Dinge nicht. Und das ist eine Anmaßung, das ist eine Überheblichkeit, die heute schon angesprochen worden ist gegenüber dem Landtag. Man findet was, man fragt nach und das ist unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe, unser Recht und das zuständige Landesregierungsmitglied sagt "Ich gebe euch eh einen schriftlichen Bericht. Ich kann es euch momentan nicht sagen, weil ich selber noch nicht weiß, für was ich das Geld verwende." Sogenannte Familienallianz. Was immer man darunter versteht.

Und jetzt habe ich extra bis jetzt gewartet. Habe mir gedacht, vielleicht kommt er noch. Vielleicht kommt er noch mit dem Eilboten. DHL oder was. Post gibt es ja nicht mehr. Haben wir eh schon abgeschafft. Vielleicht kommt da noch was. Ich habe mir gedacht, jetzt ist es schon spät und die ÖVP muss um 19:00 Uhr zum Dinner gehen. Habe ich mir gedacht, vielleicht kommt es jetzt, wartest noch ein bissl, Charlie, sei nicht so ungeduldig. Bis heute nicht! Ich sage es euch ganz ehrlich: Diese Dinge sind nicht akzeptabel! So geht man mit dem Landtag nicht um! Danke! (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Gibt es noch Wortmeldungen zum Punkt 7.1? Ich sehe keine Wortmeldung. Damit komme ich zur Abstimmung des Punktes 7.1. Wer mit dem Bericht des Finanz- sowie Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend den Haushaltsplan und das Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2012 einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenstimmen? Somit wurde dieser Bericht mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen FPÖ und Grüne angenommen.

Ich komme zum Punkt

7.2 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz zur Festlegung von Ausgabenobergrenzen für das Land Salzburg sowie zur Festlegung von allgemeinen Regelungen und Haftungsobergrenzen für das Land und die Gemeinden des Landes Salzburg (Salzburger Finanzrahmengesetz 2012 – 2014) – Nr 213 der Beilagen

Dieser Bericht wurde im Ausschuss mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP und FPÖ gegen Grüne angenommen. Ich sehe, es ist keine Debatte angemeldet. Gibt es Wortmeldungen zu Punkt 7.2? Wenn das nicht der Fall ist, lasse ich den Punkt 7.2 abstimmen. Wer mit dem Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz zur Festlegung von Ausgabenobergrenzen für das Land Salzburg sowie zur Festlegung von allgemeinen Regelungen und Haftungsobergrenzen für das Land und die Gemeinden des Landes Salzburg einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand zu geben. Bitte! Danke. Gegenprobe. Dieser Bericht wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen Grüne angenommen. Wir kommen zu Punkt

7.3 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschuss zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Landes-Verfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1999 geändert wird – Nr 214 der Beilagen

Dieser Bericht wurde im Ausschuss mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen FPÖ und Grüne angenommen. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Bericht? Ich sehe keine Wortmeldung. Damit lasse ich den Bericht zu 7.3 abstimmen. Wer damit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenstimmen. Danke. Der Bericht 7.3 wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne angenommen. Wir kommen zu Punkt

7.10 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Ök.-Rat Illmer, Dr. Kreibich, Dr. Schöchler und W. Ebner betreffend den Zustand der Unterkünfte des Österreichischen Bundesheeres in der Schwarzenbergkaserne – Nr 221 der Beilagen

Der Bericht 7.10 wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ gegen Grüne im Ausschuss abgestimmt. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht 7.10? Keine Wortmeldungen. Ich komme zur Abstimmung. Wer mit dem Bericht 7.10 einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe. Der Bericht wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen Grüne angenommen. Wir kommen zu Punkt

7.11 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend die Novellierung des Salzburger Mindestsicherungsgesetzes – Nr 222 der Beilagen

Dieser Bericht wurde im Ausschuss mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen FPÖ und Grüne angenommen. Hier ist Debatte FPÖ angemeldet. Wird zurückgezogen. Somit gibt es keine Debatte. Ich komme zur Abstimmung. Wer mit dem Bericht 7.11 einverstanden ist, den bitte ich ein Zeichen

mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe. Somit wurde der Bericht 7.11 mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP gegen FPÖ und Grüne angenommen. Wir kommen zu Punkt

7.15 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zum Antrag der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend Perspektiven der zukünftigen Stromversorgung für Österreich – Nr 226 der Beilagen

Dieser Bericht wurde einstimmig angenommen, ist aber Debatte FPÖ angemeldet.

**Abg. Dr. Schnell:** Danke, Herr Präsident.

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Die Debatte wurde zurückgezogen. Ich komme zur Abstimmung. Wer mit dem Bericht 7.15 einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Dieser Bericht wurde somit einstimmig wie im Ausschuss angenommen. Wir kommen zu

7.17 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Salzburger Landesrechnungshofes betreffend Dienstfahrzeuge Teil I – Last- u. Sonderfahrzeuge, September 2011 – Nr 228 der Beilagen

Wurde im Ausschuss mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen FPÖ und Grüne angenommen. Gibt es Wortmeldungen zum Punkt 7.17? Ich sehe keine Wortmeldung. Wer mit dem Bericht einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenstimmen. Im Ausschuss war SPÖ, ÖVP; FPÖ gegen die Grünen? Aha. Dann muss ich das - bei mir ist es falsch geschrieben. Dann ist der Bericht jetzt angenommen mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ wie im Ausschuss und dagegen sind die Grünen. Somit ist auch 7.17 abgestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung von Punkt

7.20 **Bericht** des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Verkauf von landeseigenen Grundstücksteilflächen in Obertauern im Gemeindegebiet von Untertauern – Nr 286 der Beilagen

Der Punkt 7.20 wurde im Ausschuss mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Grünen angenommen. Gibt es noch Wortmeldungen zu Punkt 7.20? Ich sehe keine Wortmeldung. Somit lasse ich den Punkt 7.20 abstimmen. Wer mit dem Bericht des Ausschusses einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand zu geben. Gegenprobe. Der Bericht wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen Grüne angenommen.

Danke. Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt und ich rufe den

### **Punkt 8: Beantwortung schriftlicher Anfragen**

auf. Zu folgenden Tagesordnungspunkten wurde keine Debatte angemeldet. Diese sind somit erledigt.

8.5 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. Oktober 2011 – Nr 234 der Beilagen

8.11 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner - betreffend die Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmer – Nr 240 der Beilagen

8.13 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrat Eisl betreffend ein neues Gehaltssystem im Landesdienst – Nr 242 der Beilagen

8.21 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend die Errichtung eines Pflegezentrums in der Christian-Doppler-Klinik – Nr 250 der Beilagen

Ich verlese nunmehr die Tagesordnungspunkte, zu denen eine Debatte angemeldet wurde. Ich er-  
suche um ein Handzeichen, wenn tatsächlich eine Debatte gewünscht ist. Ansonsten fahre ich mit  
der Verlesung fort:

8.1 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landes-  
hauptfrau Mag. Burgstaller betreffend das Digitalfunknetz "Tetron" – Nr 230 der Beilagen

Keine Debatte.

8.2 **Anfrage** der der Abg. Mag. Rogatsch und Dr. Kreibich an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller  
betreffend die Umsetzung des Blaulichtfunkes – Nr 231 der Beilagen

Keine Debatte.

8.3 **Anfrage** der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Zuteilung von BeratungslehrerInnen – Nr 232 der Beilagen

Keine Debatte.

8.4 **Anfrage** der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend den Masterplan Integration – Nr 233 der Beilagen

Zurückgezogen.

8.6 **Anfrage** der Abg. Dr. Pallauf und W. Ebner an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Einführung eines eigenen Faches "politische Bildung" – Nr 235 der Beilagen

8.7 **Anfrage** der der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betreffend die Entwicklung von Planstellen im Pflichtschulbereich – Nr 236 der Beilagen

8.8 **Anfrage** der Abg. Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer betreffend die Gebühreneinhebung beim Kauf einer Jahreskarte beim Salzburger Verkehrsverbund – Nr 237 der Beilagen

8.9 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend die doppelte Geschäftsführung beim Fußballstadion Wals Siezenheim – Nr 238 der Beilagen

**Abg. Dr. Rössler:** Zurückgezogen.

8.10 **Anfrage** der Abg. Dr. Rössler und Schwaighofer an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner - betreffend die im Jahr 2010 gewährten Zuwendungen an die Sport-Dachverbände – Nr 239 der Beilagen

**Abg. Dr. Rössler:** Zurückgezogen.

8.12 **Anfrage** der Abg. Dr. Pallauf und W. Ebner an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner betreffend die Finanzierung der Veranstaltungsreihe Yellow Lounge Salzburg – Nr 241 der Beilagen

8.14 **Anfrage** der Abg. Zehentner und Mag. Eisl an Landesrat Eisl betreffend das Bienensterben in Salzburg – Nr 243 der Beilagen

8.15 **Anfrage** der Abg. Kosmata und Steidl an Landesrat Eisl betreffend die Energieberatung Salzburg – Nr 244 der Beilagen

8.16 **Anfrage** der Abg. Schwaighofer und Dr. Rössler an Landesrat Blachfellner betreffend Informationen über besonders besorgniserregende Chemikalien – Nr 245 der Beilagen

Grüne. Zurückgezogen.

8.17 **Anfrage** der Abg. Riezler und Dr. Solarz an Landesrätin Dr. Widmann betreffend die Förderkulisse im Bereich der Kinderbetreuung – Nr 246 der Beilagen

Zwei Parteien Debatte angemeldet. SPÖ und FPÖ.

8.18 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Dr. Widmann - betreffend die Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmer – Nr 247 der Beilagen

FPÖ Debatte zurückgezogen.

8.19 **Anfrage** der Abg. Mag. Hagenauer und Riezler an Landesrätin Dr. Widmann betreffend das Integrationsleitbild und Integrationsprojekte im Bundesland Salzburg – Nr 248 der Beilagen

Danke.

8.20 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Dr. Widmann - betreffend Mandatswohnungen im Bundesland Salzburg – Nr 249 der Beilagen

FPÖ. Zurückgezogen.

8.22 **Anfrage** der Abg. Mag. Rogatsch und Dr. J. Sampl an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend die Tarifverhandlungen mit Schulärzten und Schulärztinnen – Nr 251 der Beilagen

ÖVP. 8.22.

**Abg. Mag. Rogatsch:** Zurückgezogen.

**Präsident Ök.-Rat Illmer:** Danke.

8.23 **Anfrage** der Abg. Ottenbacher und Dr. Pallauf an Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer betreffend Psychosoziale Versorgung – Planung NEU – Nr 252 der Beilagen

Ebenfalls ÖVP.

**Abg. Mag. Rogatsch:** Zurückgezogen.

8.24 **Anfrage** der Abg. Dr. Kreibich, Ing. Schwarzenbacher und Ottenbacher an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer - betreffend die Neuorganisation der Flugrettung in Salzburg – Nr 253 der Beilagen

**Präsident Ök-Rat Illmer:** ÖVP und FPÖ.

8.25 **Anfrage** der Abg. Dr. Schnell, Blattl, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrätin Mag. Schmidjell-Esterbauer - betreffend Mandatswohnungen im Bundesland Salzburg – Nr 254 der Beilagen

Auch zurückgezogen. Keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Am Ende der heutigen Sitzung angelangt, bedanke ich mich bei allen Mitgliedern der Landesregierung und bei allen Abgeordneten für ihre Mitwirkung. Wie üblich darf ich auf die durch die Landtagsdirektion vorgelegte Zusammenstellung der Jahresarbeit im Jahr 2011 verweisen. Mit acht Plenarsitzungen und 20 Ausschusssitzungen haben Sie den zeitlichen Rahmen wie üblich genützt, um ein vergleichsweise intensives Programm abzuwickeln. Neben der Abhaltung der parlamentarischen Enquete über die Energiewende am 29. Juni 2011 am Campus der Fachhochschule Puch Urstein haben Sie sich insgesamt acht Mal mit einem landespolitischen Thema in der Aktuellen Stunde befasst. Also je Plenarsitzung einmal.

Auf die zahlreichen anderen Veranstaltungen will ich nur verweisen. Dazu zählen die Landtagspräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz von Salzburg, die von Salzburg aus organisierte Tagung über "150 Jahre Februarpatent" unter dem Titel "Landtage auf dem Weg in die Zukunft". Die Buchpräsentation über den zweiten Band der politischen Eliten von Dr. Richard Voithofer sowie zahlreiche Begegnungen bei den beiden SchülerInnenparlamenten oder Schulbesuchen, Delegationsbesuchen und beim Festakt der Russisch-Österreichischen Sommerschule aus Anlass des 11-Jahr-Jubiläums, dieser bereits zur Tradition gewordenen Veranstaltung. Bekanntlich ist die Universität Salzburg hier stellvertretend für ganz Österreich Partner von russischen Universitäten, deren Studierende hier ihre Sommerschule abhalten.

Einige neue Gesetze sowie einige Vereinbarungen gemäß Artikel 15a BVG und zahlreiche Novellen zu Landesgesetzen standen auf den Tagesordnungen der Ausschüsse. Wie üblich, wird diese Zusammenstellung dem stenographischen Protokoll einverleibt.

An dieser Stelle möchte ich mich für die Zusammenarbeit mit der Landesverwaltung unter der Leitung des Herrn Landesamtsdirektors Hofrat Dr. Marckhgott sowie dem Legislativ- und Verfassungsdienstes unter der Leitung von Herrn Hofrat Dr. Faber und der Finanzverwaltung des Landes mit Herrn Hofrat Dr. Paulus und Frau Mag. Rathgeber sehr herzlich bedanken. Der Dank gilt auch dem Herrn Landtagsdirektor Hofrat Dr. Karl Edtstadler mit seinem Team in der Landtagsdirektion.

Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für 8. Februar 2012 ein. Alles Gute für die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage und ein gutes neues Jahr. Ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend und eine gute Heimreise. Danke. (Beifall der Abgeordneten)

**Ende der Sitzung: 16:21 Uhr**

Dieses Protokoll wurde  
am **8. Februar 2012**  
in der Sitzung des Salzburger Landtages  
**genehmigt.**

Der Präsident:

Die Schriftführerin:

## Zusammenstellung der Landtagsarbeit im Jahr 2011

### 14. Gesetzgebungsperiode

**8 Plenarsitzungen** an acht Sitzungstagen; eine außerordentliche Präsidialkonferenz

- 06.04.2011 Festliche Sondersitzung des Landtages "150 Jahre Salzburger Landtag" und im Anschluss die Präsentation des Buches von Dr. Richard Voithofer "... dem Kaiser Treue und Gehorsam ..."
- 20.06.2011 Außerordentliche Präsidialkonferenz betreffend den Beschluss des Landtages vom 5. Mai 2010 (Nr 500 der Beilagen der 2.S.d.14.GP) und der Live-Übertragung der Landtagssitzungen

**20 Ausschusssitzungen**

#### Parlamentarische Enqueten

---

- 29.06.2011 Mit alternativen Energien auf dem Weg zu einem energieautonomen Salzburg;  
Stand - Entwicklung - Ausblick, Fachhochschule Salzburg, Campus Urstein, Puch

#### Themen zur Aktuellen Stunde gemäß § 81a GO-LT

---

- 09.02.2011 - Stößt der Ausbau der erneuerbaren Energie in Salzburg an seine Grenzen. (SPÖ)
- 30.03.2011 - "Konsequenzen aus dem AK-Unfall in Japan - schafft Salzburg die Energiewende?" (ÖVP)
- 06.04.2011 - Sondersitzung: keine Aktuelle Stunde
- 18.05.2011 - Medizinische Versorgung am Land aufrecht erhalten - Maßnahmen gegen drohenden Ärztemangel setzen (ÖVP)
- 06.07.2011 - Aktuelle Herausforderungen an den Landeshauptleutekonferenz - und Bundesratsvorsitz durch Salzburg im zweiten Halbjahr 2011 (ÖVP)
- 05.10.2011 - Transparenz und Verantwortung im öffentlichen Bereich (SPÖ/ÖVP)
- 09.11.2011 - Bildungsvolksbegehren - Eine Chance für Salzburg (Grüne)
- 14.12.2011 - Steigende Bodenpreise - wie reagiert Salzburg? (SPÖ)

## Veranstaltungen:

### Veranstaltungen und Besuchstermine

---

- 24.01.2011 - Monitoring Junge Wirtschaft - Landesgruppe Salzburg
- 27.01.2011 - 1- SchülerInnenparlament
- 03. - 04.02.2011 - Symposium "Landtage auf dem Weg in die Zukunft", Salzburger Residenz
- 28.02.2011 - Betriebsbesuch bei der Firma Selmer, Energy-Globe-Gewinner 2010 in Köstendorf von einer Delegation Salzburger Landtagsabgeordneter
- 02.05.2011 - Besuch des Salzburger Flughafens Airport Wolfgang Amadeus Mozart von einer Delegation Salzburger Landtagsabgeordneter
- 04.05.2011 - Besuch einer Delegation von 15 EU-Beamten
- 23.05.2011 - Besuch einer Delegation der Altenpflegeschule Saalfelden
- 26.05.2011 - Präsentation der Ergebnisse des Planspiels "Wir gründen einen Staat" von Regisseur Claus Tröger
- 27.05.2011 - Landtagsdialog mit EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn
- 01.06.2011 - 2. SchülerInnenparlament
- 08.06.2011 - Besuch einer Delegation von oberösterreichischen Bauunternehmern
- 26.09.2011 - Zehnter Todestag von Landtagspräsidenten Univ.-Prof. Dr. Schreiner, Gedenkgottesdienst in der Stiftskirche St. Peter und Kranzniederlegung am Grab im Friedhof von St. Peter
- 29.09.2011 - Trauerkundgebung für den am 23. September 2011 verstorbenen Landtagspräsidenten aD LSI Ing. Georg Griessner
- 19.10.2011 - "Bio-Faires-Frühstück" anlässlich des von der UNO erklärten Weltlandfrauentages nach dem Motto "Bäuerinnen ernähren die Welt"
- 20. - 21.10.2011 - Besuch der Delegation Südkultur, Kanton St. Gallen, Schweiz, unter Leitung von Amtsleiterin Katrin Meier, Amt für Kultur, Kanton St. Gallen und Co-Präsident Kantonsrat Ferdinand Riederer, St. Gallen
- 14.12.2011 - Anklöpfler – Spendenzweck für St. Anton, Bruck an der Glocknerstraße, Wohnhaus für Menschen mit Behinderung

### Höflichkeitsbesuche von Repräsentanten auswärtiger Staaten

---

- 20.01.2011 – Besuch des Botschafters der Schweiz, Herrn Dr. Urs Breiter in Begleitung von Frau Honorarkonsulin Michaela Frey
- 17.05.2011 – Besuch einer chinesischen Delegation aus Yunnan
- 26.07.2011 – Besuch des österreichischen Botschafters in Litauen, Herrn Dr. Helmut Koller in Begleitung von Herrn Honorarkonsul Baurat h.c. Arch. Mag. Erich Wagner
- 28.07.2011 – Besuch einer Delegation der Provinzversammlung Shanghai

## **Konferenzen**

- 14. - 16.05.2011 – Landtagsdirektorenkonferenz im Burgenland
- 04. - 07.06.2011 – Landtagspräsidentenkonferenz in Niedersachsen
- 18. - 19.09.2011 – Landtagsdirektorenkonferenz in Salzburg/Elixhausen
- 03. - 04.11.2011 – Landtagspräsidentenkonferenz in Salzburg

Diverse Besuche von Klassen Salzburger Volksschulen, Hauptschulen, Berufsschulen, Gymnasien, Handelsakademien, Polytechnische Schulen und Sonderschulen

## **Besuche von ausländischen Schulklassen**

- 12.07.2011 - Festakt mit Studenten der Russisch-Österreichischen Sommerschule in Begleitung von Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger (Universität Salzburg, Völkerrecht)

## **Beratungen der Landtagsparteien**

- |    |                        |    |                               |
|----|------------------------|----|-------------------------------|
| 20 | Klubberatungen der SPÖ | 22 | Fraktionssitzungen der Grünen |
| 22 | Klubberatungen der ÖVP |    | nen                           |
| 20 | Klubberatungen der FPÖ |    |                               |

## **Behandlungen durch den Landtag**

- 143 Berichte und Anträge der Ausschüsse, 6 neue Gesetze, 88 Gesetzesnovellen und 4 Vereinbarungen gemäß Art 15a B-VG
- 58 Zuweisungen von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
- 111 Anträge von Abgeordneten, davon 11 dringliche
- 171 Schriftliche Anfragen von Abgeordneten, davon 13 dringliche
- 35 Mündliche Anfragen von Abgeordneten
- 201 Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 9 Berichte des Landesrechnungshofs
- 7 Berichte des Rechnungshofs
- 1 Bericht der Volksanwaltschaft
- 2 Petitionen

Genehmigung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2010, von Haushaltsüberschreitungen der Gebarung 2010 sowie des Subventionsberichtes 2010.

## **GESETZESBESCHLÜSSE:**

### **Neue Gesetze:**

- Allgemeines Landesdienstleistungsgesetz - S.ALDG
- Finanzrahmengesetz 2012 bis 2014
- Gesetz über die Erhebung eines Zuschlages zur Video-Lotterie-Terminal-Abgabe (VTSL-Zuschlagsabgabegesetz)

- Gesetz, mit dem Teile des in der Stadt Bischofshofen gelegenen Güterweges "Kreuzberg" als Landesstraße II. Ordnung übernommen werden
- Gesetz, mit dem die L 263 Wallersee Landesstraße als Landesstraße aufgelassen wird
- Landesvoranschlag und Landeshaushaltsgesetz 2012

#### **Vereinbarungen gem Art 15a B-VG:**

- Vereinbarung gem Art 15a B-VG über den Ausbau der ganztägigen Schulformen
- Vereinbarung gem Art 15a B-VG über die Marktüberwachung von Bauprodukten
- Vereinbarung gem Art 15a B-VG über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen
- Vereinbarung gem Art 15a B-VG über die Förderung der 24-Stunden-Betreuung
- Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitäts-pakt)

#### **Novellen:**

- |  |   |
|--|---|
| – Bergsportführergesetz  | – Landeselektrizitätsgesetz 1999              |
| – Bezügegesetz 1998  | – Landes-Sicherheitsgesetz                    |
| – Feuerpolizeiordnung 1973   | – Landes-Verfassungsgesetz 1999               |
| – Fischereigesetz 2002   | – Landwirtschaftskammergesetz 2000            |
| – Gemeindebeamten-gesetz 1968  | – Ortstaxengesetz 1992                        |
| – Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2001   | – Pflegegeldgesetz                            |
| – Gesetz über Auskunftspflicht, Dokumentenweiterleitung, Datenschutz und Landesstatistik | – Pflegegesetz                                |
| – Gesetz über den Gesundheitsfonds   | – Schischul- und Snowboard-schulgesetz        |
| – Jagdgesetz 1993  | – Schulorganisations-Ausführungsgesetz 1995   |
| – Krankenanstaltengesetz 2000  | – Tierzuchtgesetz 2009                        |
| – Kurtaxengesetz 1993  | – Umweltschutz- und Umweltin-formationsgesetz |
| – Landarbeiterkammergesetz 2000  | – Vergnügungssteuergesetz 1998                |
| – Landarbeitsordnung 1995  | – Wohnbauförderungsgesetz-Novelle 2011        |

## **Sammel-Novellen:**

### **Gesetz zur Anpassung des Salzburger Landesrechtes an Art 20 B VG in der Fassung BGBl Nr 2/2008):**

- Bediensteten-Schutzgesetz
- Gesetz über die Gutachterkommission nach dem Bodenbeschaffungsgesetz
- Gesetz über die Gutachterkommission nach dem Stadterneuerungsgesetz
- Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat des Landes Salzburg
- Gleichbehandlungsgesetz
- Grundverkehrsgesetz 2001
- Kinder- und Jugendwohlfahrtsordnung 1992
- Krankenanstaltengesetz 2000
- Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrerdiensthoheitsgesetz 1981
- Landarbeitsordnung 1995
- Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz 1995
- Landesumweltschutz-Gesetz
- Magistrats-Beamtinnen und Magistrats-Beamten-Gesetz 2002
- Naturschutzgesetz 1999
- Objektivierungsgesetz
- Patientinnen- und Patientenentschädigungsgesetz
- Salzburger Stadtrecht 1966
- Standesbeamten-Dienstprüfungsgesetz

### **Eingetragene Partnerschaften - Anpassungs-Gesetz:**

- Behindertengesetz
- Bezügegesetz 1992
- Fiakergesetz
- Gemeindebeamten-Gesetz 1968
- Gemeindeordnung 1994
- Gemeindeorgane-Entschädigungsgesetz
- Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2001
- Gemeindewahlordnung 1998
- Gleichbehandlungsgesetz
- Grundverkehrsgesetz 2001
- Hausstandsgründungs-Förderungsgesetz 1985
- Jagdgesetz 1993
- Kurtaxengesetz 1993
- Landarbeiterkammergesetz 2000
- Landesbeamten-Gesetz 1987
- Landesbeamten-Pensionsgesetz
- Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000
- Landwirtschaftliche Siedlungsgesetz 1970
- Landwirtschaftskammergesetz 2000
- Leichen- und Bestattungsgesetz
- Magistrats-Beamtinnen- und Magistrats-Beamten-Gesetz 2001
- Ortstaxengesetz 1992
- Pensionskassenvorsorge-Gesetz
- Raumordnungsgesetz 2009
- Salzburger Stadtrecht 1966
- Schischul- und Snowboardschulgesetz
- Sozialhilfegesetz
- Tanzschulgesetz
- Volksabstimmungs- und Volksbegehrensgesetz
- Volksbefragungsgesetz
- Wohnbauförderungsgesetz 1990

**Budgetbegleitgesetz 2012:**

- Bezügegesetz 1998
- Jagdrechtsabgabegesetz
- Kinderbetreuungsgesetz 2007
- Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabegesetz 1969
- Landesbeamten-Pensionsgesetz
- Parteienförderungsgesetz
- Rettungsgesetz
- Rundfunkabgabegesetz
- Tourismusgesetz 2003
- Wohnbauförderungsgesetz 1990

**Aufhebung von Gesetzen:**

- Hausstandsgründungs-Förderungsgesetz 1985 – Aufhebung durch Budgetbegleitgesetz 2012